18. Ausgabe • 43. Jahrgang Einzel-Nummer 20 Pf. Österreich 30 Groschen · Bayernausgabe · „Freiheit und Brot!" · Bayernausgabe · München, Donnerstag, 23. Januar 1930

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G. m. b. H., München 2, NO, Thierschstraße 11/15 / Fernr. 20647, 20648 / Drahtanschr.: „Beobachter München" / Postscheckkonto München 11346, Wien 79921, Prag 77303 / Bank: Münchener Industriebank, e. G. m. b. H., / Schriftleitung: München Schellingstr. 39/1 / Fernruf: 20801—20808 / Sprechstunden täglich von 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint tägl. in 2 Ausgaben: Reichsausg., Bezugspr. monatl. M 3.20; Bayernausg. monatl. M. 3.45 jeweils zuzügl. Postbestellgeld M. —.36 / Anzeigenpr.: Die 31,5 mm breite u. 1 mm hohe Zeile kostet 15 Pf. / Im Textteil die 65 mm breite u. 1 mm hohe Zeile 60 Pf. / Anzeigenschluß 12 Uhr vorm. am Tage vor Erscheinen / Anzeig.-Abteilg. Thierschstr. 11 / Fernr. 20647

Heimliche Rückkehr der deutschen Abordnung nach Berlin
Begeisterter Empfang Schobers in Wien

Bürgerblock-Regierung in Württemberg — Hakenkreuz und grüne Front — Zentrums-Kaas soll Erzbischof werden

Hindenburg für den Haager Versklavungs-Vertrag?

(Eigene Drahtmeldung!)

Berlin, 22. Januar.

Am heutigen Tage findet eine Sitzung des Gesamtkabinetts statt, in der man sich über die Ergebnisse der Haager Konferenz unterhalten will, nachdem bereits gestern Herr Curtius dem Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichskanzlers darüber einen eingehenden Vortrag gehalten hatte. Während ein Teil der Berliner Rechtsblätter, beispielsweise die „Deutsche Zeitung", noch immer der Hoffnung Ausdruck gibt, Hindenburg könne doch noch im letzten Augenblick ein Machtwort gegen die Annahme der Versklavungsverträge sprechen, ist die Judenpresse in bezug auf ihre Politik, soweit sie die Persönlichkeit Hindenburgs betrifft, völlig siegesgewiß. Das jüdische „8-Uhr-Abendblatt" verkündete gestern abend durch eine dicke Schlagzeile, daß Hindenburg dem Haager Abkommen zustimme und erklärte dies im einzelnen dahin, daß diese Zustimmung ja bereits im letzten August erfolgt sei, wo Hindenburg das Kabinett zu seinen bisherigen außenpolitischen Erfolgen beglückwünscht habe. Man kann gespannt darauf sein, in welcher Form Hindenburg zu den jetzt schwebenden Schicksalsfragen Deutschlands Stellung nehmen wird.

Kaas Erzbischof?

Berlin, 22. Jan. In Zentrumskreisen rechnet man damit, daß der jetzige Parteivorsitzende Prälat **Kaas** in absehbarer Zeit als Erzbischof an die Spitze eines Erzbistums berufen wird. **Herr Kaas ist soeben aus Rom zurückgekehrt.**

Hohe Ehrung für General Litzmann

Königsberg, 21. Januar.

Anläßlich des morgigen 80. Geburtstages hat der Senat der Universität Königsberg General **Litzmann** in Anerkennung seiner Verdienste um den Schutz und die Befreiung Ostpreußens den Titel eines civis academicus unter Zuerkennung der Goldenen Ehrenkette und gleichzeitiger Überreichung eines Schreibens des Rektors verliehen. General Litzmann ist damit Ehrenbürger der Universität Königsberg geworden.

Mac Garrah Präsident der B.I.Z.?

Amsterdam, 21. Januar.

Wie das „Handelsblad" mitteilt, nimmt man in gut unterrichteten Kreisen an, daß der Direktor der Federal Reserve Bank in Neuyork, Mac **Garrah**, für einen hohen Posten in der B. I. Z. in Aussicht genommen sei. Mac Garrah hat seinerzeit bei der Ausführung des Dawesplanes aktiv mitgearbeitet und ist eines der ausländischen Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichsbank und Mitglied der Bank für Industrieobligationen. Wenn er die Ernennung annehmen sollte, würde er voraussichtlich zum Präsidenten der B. I. Z. gewählt werden.

Blut! Blut! Blut!

Magdeburg: Von Angehörigen der „Antifaschisten-Garde" wurde der Parteigenosse **Heinz Köbler** angefallen und durch Hiebe mit Stahlruten und anderen Schlagwerkzeugen niedergeschlagen, wobei er mehrere so schwere Verletzungen davontrug, daß er von hinzueilenden S.A.-Männern in ärztliche Behandlung geschafft werden mußte. Köbler ist infolge seiner schweren Verletzungen auf Wochen hinaus arbeitsunfähig.

*

Schmiedeberg (Oberschles.): Auf dem Heimwege vom S.A.-Dienst wurden die S.A.-Männer **Warzlaw** und **Joseph Donimiak** sowie Willi **Schrek** von einer Kommunistenhorde überfallen und mit Schlagringen und Dolchmessern bearbeitet. Alle drei trugen schwere Hieb- und Stichwunden davon und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

*

Ilmenau: Bei Abwehr eines kommunistischen Versuches, unsere Versammlung zu sprengen, wurde der S.A.-Mann Kurt **Abendroth** durch geschleuderte Stühle und Bierflaschen am Kopfe schwer verletzt, daß er ohnmächtig zusammenbrach und in ärztliche Behandlung geschafft werden mußte.

*

Nagold (Württemb.): Auf ein Auto, das unseren Redner von einer Versammlung nach Hause fuhr, wurde auf offener Landstraße von acht bis zehn Marxisten ein Attentat verübt. Sie versuchten mittels langer Stangen, das Auto zum Halten zu bringen, um dann über die Insassen herzufallen. Bei Abwehr dieses hinterhältigen Angriffes wurde der Parteigenosse Bäßner erheblich verletzt und mußte zum nächsten Arzt gebracht werden.

Die Marxisten wollen noch größere Verschuldung des deutschen Volkes

Verantwortungslose Klassenpolitik der Roten

Berlin, 22. Januar.

Die Spitzen der sozialdemokratischen Partei und der roten Gewerkschaften offenbarten gestern in einer Versammlung ihre Wirtschaftsweisheit. Es ist bezeichnend, daß vor allem die sofortige Beseitigung aller inländischen Hemmungen gegen Anleiheaufnahmen im Auslande gefordert wurden. Es ist also festgestellt, daß die Sozialdemokratie zur Behebung der heutigen Not nichts weiter beizutragen vermag als das Verlangen immer neuer Verschuldung. Dazu paßt es sehr gut, daß gerade jetzt eine demokratische Korrespondenz berichten muß, die Schuldenlast der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung werde am Ende März nahezu eine Milliarde betragen, abgesehen von den Ausgaben für die Krisenfürsorge und die Notstandsarbeiten. Der Sozialdemokratie ist aber die entsetzliche innere und äußere Verschuldung Deutschlands immer noch nicht groß genug.

Das schlechte Gewissen der deutschen Abordnung

Curtius und Wirth verlassen heimlich den Zug vor der Ankunft
Schober wird in Wien mit Ovationen empfangen

Berlin, 21. Jan. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, war nach den Vereinbarungen der zuständigen Stellen mit der Reichsbahndirektion und der Polizei beabsichtigt, den Schlafwagen, in dem die deutschen Delegierten die Fahrt vom Haag zurückgelegt hatten, an den fahrplanmäßigen Kölner Zug D 7 anzuhängen. Die Ankunft sollte auf dem Bahnhof Friedrichstraße stattfinden, wo auch der Empfang durch die Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Reichspräsidenten vorgesehen war. Auf Bahnhof Friedrichstraße hatte man infolgedessen alle Vorbereitungen getroffen und auch die ehemaligen Fürstenzimmer hergerichtet. Wider Erwarten wurde dann der Wagen, der für die Delegierten reserviert war, an den von Köln kommenden Zug D 174 angehängt. Die deutschen Unterhändler verließen ihre Wagen bereits auf dem Bahnhof Zoologischer Garten, wo zwei Herren des Auswärtigen Amtes sich zur Begrüßung eingefunden hatten. Der Bahnhof war durch Kriminalbeamte gesichert worden, während die Zugänge von der Straße her durch uniformierte Schutzpolizisten stark geschützt waren, da man immerhin mit der Möglichkeit von Zwischenfällen gerechnet hatte. Die Ankunft vollzog sich jedoch ohne Aufsehen, selbst die Photographen fehlten.

*

Wien, 22. Januar. Bundeskanzler **Schober** ist am Dienstag abend mit der österreichischen Abordnung aus dem Haag in Wien eingetroffen. Auf dem Wiener Westbahnhof hatten sich sämtliche Mitglieder der Regierung, zahlreiche Bundesräte, Nationalräte und Wiener Gemeinderäte der bürgerlichen Parteien versammelt; außerdem Vertreter der meisten Behörden, der Wirtschaft und viele Offiziere. Als der Zug in die Halle einfuhr, spielte die Regimentsmusik die neue Bundeshymne, deren zweite Strophe der Wiener Männergesangverein sang. Nicht endenwollende Heil- und Bravorufe empfingen den Bundeskanzler und die Abordnung. Vizekanzler **Vaugoin** begrüßte den Bundeskanzler mit einer Ansprache, in der er u. a. sagte:

„Durch Ihre zähe Ausdauer haben Sie es auf der Haager Konferenz durchgesetzt, daß Österreich bedingungslos befreit wurde von den Reparationen und von dem Generalpfandrecht. Sie haben damit die staatsfinanzielle Souveränität Österreichs wieder hergestellt."

In seiner Erwiderung erklärte Bundeskanzler **Schober**: „Ich danke dem Herrgott, daß er die Österreicher nicht vergessen hat und unser Land befreit wird. Ich habe im Haag erklärt, daß ein Land mit etwa 300 000 Arbeitslosen nicht imstande ist, einen Heller ins Ausland zu zahlen. Wir sind ein freier Staat und wollen als freies Volk nun an die Arbeit gehen, um die wirtschaftliche Lage so zu gestalten, wie wir es alle wünschen."

Der Bundeskanzler begab sich dann in den ehemaligen Hof-Wartesalon. Als er das Bahnhofsgebäude verließ, brach die unübersehbare, vieltausendköpfige Menge, die sich vor dem Bahnhof versammelt hatte, in stürmische Rufe aus, die erst lange danach verstummten, nachdem er im Auto davongefahren war.

*

Die Schächtgabel

Die bemitleidenswerten Opfer des grausamen Schächtunfugs werden niedergeworfen und mittels Kopfhalter am Boden festgehalten, sodaß ihnen widerstandslos das Blut bei lebendigem Leib entzogen werden kann

Die Eröffnung der Flottenkonferenz durch den englischen König

London, 21. Jan. Im englischen Oberhaus wurde am Dienstagvormittag die Flottenabrüstungskonferenz durch eine **Ansprache des englischen Königs feierlich eröffnet.** In seiner Ansprache, die über alle Sender der Welt verbreitet wurde, begrüßte König Georg V. die Vertreter der Hauptseemächte und gab der Überzeugung Ausdruck, daß eine Wiederholung eines so schrecklichen Ereignisses, wie es der Weltkrieg gewesen sei, verhindert werden müsse. Die Verminderung der Flottenrüstungen sei allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die jetzige Konferenz sei eine Angelegenheit der ganzen Menschheit. **Die Welt müsse von den schweren Lasten der Rüstungen befreit werden. Der König schloß mit dem Wunsche, daß die Konferenz zu einem greifbaren Erfolg im Sinne einer allgemeinen Abrüstung führen möge.**

Hierauf sprach der französische Ministerpräsident **Tardieu**, der darauf hinwies, daß alle Völker entschlossen seien, eine Wiederholung der letzten großen Tragödie zu verhindern. Bei den bevorstehenden Arbeiten dürfe man sich nicht von Sonderinteressen leiten lassen, **obwohl den nationalen Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse. (!)**

Der amerikanische Staatssekretär **Stimson** schlug dann den englischen Ministerpräsidenten **Macdonald** für den Posten des Vorsitzenden der Konferenz vor. Dieser übernahm mit Dankesworten den Vorsitz, wobei er betonte, daß der Wettbewerb in den Seerüstungen unter allen Umständen aufhören müsse, da die Welt sonst niemals zum Frieden kommen würde. Die Arbeiten der Konferenz müßten im wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten berücksichtigt werden: Einmal unter dem Gesichtspunkt der **Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse der einzelnen Länder**, so zum Beispiel in geographischer Hinsicht; ferner müsse berücksichtigt werden, **daß jede Waffengattung in gewisser Beziehung zu anderen Waffengattungen stehe. Wenn man sich jetzt über die Flottenabrüstung einige, dann werde in einigen Jahren auch die Einigung über die anderen Waffengattungen folgen. (Auf Kosten Deutschlands!)**

Staatssekretär **Stimson** versicherte, daß das endgültige Ziel der Vereinigten Staaten die Lösung des Abrüstungsproblems bleibe. Ein Erfolg der Flottenkonferenz werde allen Ländern in gleicher Weise zugutekommen und der Förderung des Weltfriedens dienen.

Hierauf ergriff nochmals Tardieu das Wort und begrüßte die Erklärung Macdonalds, daß eine Einschränkung der Flottenrüstung **nur im Verhältnis zu den einzelnen Ländern möglich sei.** Eine Abrüstung sei nur möglich, wenn man berücksichtige, daß **Bürgschaften für den Frieden** geschaffen werden müßten. Diesem Ziel der **Sicherung (!) der nationalen Existenz** und des Friedens sei die französische Regierung zu dienen bereit.

Auch der italienische Hauptvertreter **Grandi** erklärte, daß die italienische Abordnung hinsichtlich des Abrüstungswillens den anderen Delegationen nicht nachstehen wolle. Die Rüstungen müßten wirklich vermindert werden, wenn die Welt nicht enttäuscht werden soll. Es sprachen dann nacheinander die Vertreter Japans, Kanadas, Irlands, Neuseelands, Südafrikas und Indiens, die übereinstimmend ihren Willen zur Abrüstung bekundeten.

Demokratie und Republik-Schutzgesetz

Vernichtende Kritik eines hohen demokratischen Richters an dem Gesetzentwurf Severings

Das zur Zeit in den Ausschüssen des sogenannten deutschen Reichstags durchberatene Republikschutzgesetz Severings ist dazu ausersehen, das politische Tschekagesetz der Republik zu werden. Ein Ausnahmegesetz zum Schutz der parlamentarischen Korruption und des marxistischen Klassenterrors, ein Zuchthausgesetz zur Niederhaltung des erwachenden Deutschtums und zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung. Wir wissen, daß in diesem Scheinstaat, der sich deutsche Republik nennt, alle volkstumerhaltenden Werte mit Füßen getreten, jedes nationale Lebensgefühl vernichtet wird und die systematische Zerstörung des deutschen Widerstandsgeistes straflos geworden ist. Wo ein Gesetz zum Schutz des Volkes und Vaterlandes die nationale Forderung des Tages wäre, machen die Nutznießer des Novemberstaates ein Gesetz zum Schutz ihrer durch „Meineid und Verrat" erlangten Pfründen. Gesetz zum Schutz der Republik? Es ist in Wahrheit ein Gesetz zum Schutz der durch den Novemberverrat an die Oberfläche geschwemmten Asphaltmenschen, die sich als herrschende Oberschicht in Mitteleuropa mit Gewalt an der Macht erhalten wollen. **Anstelle des alten „Obrigkeitsstaates der Junker und Korpsstudenten" ist die „neue Gesellschaft" der Juden und Bankiers, der Gewerkschaftssekretäre und Sklarekkunden getreten.** Diese Errungenschaft gilt es mit Hilfe der sozialdemokratischen Parteibonzen, die Geschmack am Regieren gefunden haben, zu sichern.

Um so wertvoller ist die Kritik, die ein prominenter Vertreter der Vorkriegsdemokratie an dem neuen Gesetz übt. Dr. **Müller-Meiningen**, 1919 bayerischer Justizminister im sozialdemokratischen Kabinett Hofmann, langjähriger Führer der bayerischen Demokraten, veröffentlicht in den „Münchener Neuesten Nachrichten" einen längeren Aufsatz, über das Republikschutzgesetz. Im wesentlichen ist daraus eine einzige vernichtende und zornige Abrechnung des alten Demokraten mit seinen Nachkömmlingen geworden, die das Erbe des — von Müller-Meiningen immer noch hochgehaltenen — demokratischen Gedankens restlos verwirtschaften. So vernichtend ist die Kritik, daß wir kurz darauf eingehen wollen.

Müller-Meiningen beginnt mit einer Attacke gegen den „politischen Stumpfsinn", der in dieser „demokratischen Republik" systematisch gezüchtet wird. Das auffallendste Zeichen dieses Stumpfsinns ist die „Erfüllungspolitik mit ihrer entmannenden, moralisch entwaffnenden Gleichgültigkeit". Das Republikschutzgesetz ist auf dem Gebiet der inneren Politik nur die Folge des gleichen Zustands. Der Verfasser glossiert zuerst die „jämmerliche Furcht vor den Feinden der Republik, die sich in dem Gesetz spiegelt, und nennt es ein Gesetz „zum Schutz der jetzigen Parteiwirtschaft, die beim Volke gründlich abgewirtschaftet hat und geradezu verhaßt geworden ist."

Im einzelnen kritisiert der alte Jurist die Bestimmungen des Gesetzentwurfes als Kautschukparagraphen und schreibt u. a.:

Am meisten Kopfzerbrechen machte der § 6 mit seinen unglaublichen kasuistischen Tatbeständen. Nach der neuen verschlechterten Fassung soll hier mit **Gefängnis nicht unter 3 Monaten** — nebenher noch Geldstrafe — bestraft werden, **„wer öffentlich oder in einer Versammlung die . . . Staatsform beschimpft oder böswillig oder mit Überlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, daß er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Regierung beschimpft oder verleumdet". „Mit Überlegung verächtlich macht": Soll also z. B. der Spruch, der von Millionen deutscher Staatsbürger in Wort und Schrift täglich mit voller Überlegung verbreitet wird: „Der Staat ist der größte Betrüger, er hat Fälschungen in Milliardenwerten jahrelang gemacht, . . . er hat betrügerischen Bankrott gegen seine Gläubiger gemacht" usw., in Zukunft nach § 6 bestraft werden? Wenn das Reich diese Rechtspolitik streng durchführen will, darf es bald Millionenbauten für neue Gefängnisse in Menge ausführen.**

Das Tollste ist die Bestimmung (§ 6 Abs. 1 Z. 4), daß sogar derjenige so strenge bestraft werden soll, **der „einen Hochverrat, der die Republik gefährdet, ausdrücklich billigt". Hier wird der gemeinsten Denunziationssucht Tür und Tor geöffnet. Ist es denn wirklich möglich, daß Männer von einigem politischen — Anstandsgefühl solchen Hohn auf jede liberale Gesinnung mitmachen?** Als „ausdrückliche Billigung" genügt doch z. B. die irgendwie sichtbare Zustimmung zu einer rednerischen Äußerung. **Hier wird politischen Lumpen geradezu eine Prämie auf Lumperei ausgestellt. Hätte man etwas Ähnliches der Sozialdemokratie in der verschrienen „alten Zeit" geboten, sie hätte gerast und den Umsturz des Staates mit allen Mitteln betrieben.** Jetzt zeichnet Herr Severing einen solchen mit einem parlamentarischen Ausdruck gar nicht zu bezeichnenden Entwurf: O tempora, o mores!

Man merkt dem alten Demokraten die innere Erregung über diesen neudeutschen Verrat an den heiligsten Gütern des demokratischen Vermächtnisses ordentlich an. Man kann es ihm nachfühlen, daß er sich gegen die fatale Erkenntnis wehrt, ein Leben lang für eine verlorene Sache gekämpft zu haben, die den Einsatz nicht wert war. „Das sind schlechte Freunde der demokratischen Republik, die so ihre frühere Haltung als Heuchelei preisgeben und dem Freistaat Dinge erlauben, die wir im alten Obrigkeitsstaate leidenschaftlich bekämpft haben."

Und auf den enttäuschten Demokraten folgt der besorgte Richter: „Zuletzt trägt die Zeche solcher Gesetzesmacherei der deutsche Richter. Das nennt sich dann Vertrauenskrise der Justiz — was nur Unfähigkeit der Gesetzgebung ist."

Diese Verzweiflungsausbrüche eines alten Demokraten und erfahrenen Juristen kennzeichnen am besten nicht nur die politische, sondern auch die moralische Minderwertigkeit des herrschenden Systems. Das Republikschutzgesetz ist nur der klassische Ausdruck der ganzen untergangreifen Erbärmlichkeit. P. E.

Am Anfang steht die Tat

Von Rittergutspächter Hermann **Schneider**, Eckersdorf.

Als die Silvesterglocken über Deutschlands Gaue tönten und ein neues Jahr das entschwundene ablöste, wieviele echte Deutsche — Männer und Frauen — haben sich da nicht im tiefsten Innern bangend gefragt: „Was wird das neue Jahr uns bringen?"

Schon Neujahr 1929 ging es von Mund zu Mund, so kann es nicht weitergehen, es muß eine Wendung kommen. Sie kam. Aber nach unten — tiefer in den Sumpf. Immer hoffnungsloser wurde die wirtschaftliche Lage, immer zerrissener und verworrener der politische Parteikampf. Die Masse des arbeitenden Volkes wurde umnebelt mit Arbeitslosenunterstützung, geknechtet durch Terror und einen Pressekampf, wie man ihn sich schmutziger nicht denken kann. Millionen politisch ungeschulter Staatsbürger hörten Reden und Vorträge in schier ungeheuerer Zahl, suchten ihr Heil im politischem Parteigetriebe und arbeiteten trotzdem mit einer bewunderungswürdigen Geduld und Ausdauer. Sie konnten die Grundidee unseres Leides nicht fassen.

Wie hat die deutsche Landwirtschaft um ihre Existenz gekämpft und gerungen, mit unermüdlichem Fleiß versucht die Produktionskraft der Scholle zu erhöhen. In allen Betriebszweigen wurde „rationalisiert"; wurden bessere Arbeitsmethoden geschaffen; das Leben im Acker durch wissenschaftliche Erforschungen und höhere Kultur gefördert. Neugründungen an Organisationen und Vereinen aller Art schossen wie Pilze aus dem Boden; unzählige Anträge und Resolutionen wurden gestellt; flammende Proteste gegen die verantwortlichen Leiter unserer Agrarpolitik losgelassen. Nichts wurde erreicht! Trotz aller Kredite starb in Deutschland langsam aber sicher der Acker.

Warum? Weil eine Konsumentenpartei allein über unsere Geschicke bestimmte. Eine Partei, die keine nationale Pflicht, keine Heimat, kein Vaterland kennt. Eine Partei, die stammesfremde Führer an ihre Spitze stellt, die dem internationalen Materialismus huldigen, die nicht das Wort „dienen" kennen, sondern denen es einzig und allein auf ein schnelles „Verdienen" ankommt.

Wenn nicht noch mehr deutsche Bauern am weißen Stabe von ihren Besitzungen vertrieben wurden, so lag es nicht an der Hilfsbereitschaft unserer Regierung.

Es lag am Bauer selbst und an allen seinen Familienmitgliedern, die mit unermüdlichem Fleiß von früh bis spät — meist 16 Stunden täglich — unter harter Arbeit ihr Brot verdienten, für ihre Arbeitsleistungen fast nichts berechneten und keinerlei Ansprüche an das Leben stellten.

Alles war vergebens. Der Bauer erntete nur Spott und Hohn. Hat eine deutsche Regierung nach der Revolution schon den Mut gefunden, den Kampf um die Erhaltung der Scholle in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen? Nein. Sie wollen nicht erkennen, daß die Zukunft Deutschlands in unserer Ackerscholle ruht. Die Geschichte hat längst bewiesen:

„Das Aufblühen von Völkern und ihr Untergang beruht immer auf ein und demselben Naturgesetz — der Produktionskraft der Scholle." Ein Volk, das seinen Nährstand vernichtet, muß zugrunde gehen.

Deutsches Volk bedenke eines! Millionen und aber Millionen von Menschen auf unserer Mutter Erde beten täglich in ihrer Sprache, in ihrem Glauben und Gebräuchen zu dem Schöpfer dieser Welt:

„Unser täglich Brot gib uns heute."

Sie bekunden dadurch, daß für alle Völker der Erde die Erzeugung von Nahrungsmitteln der Grundstock ist für eine blühende Volkswirtschaft. — Unsere Regierung läßt die heilige deutsche Scholle sterben!

Wie kann ein Landwirt seine Stimme einem Sozialdemokraten geben. Ist das nicht ein Wahnsinn — ein Selbstmord. Nicht ein Abgeordneter dieser Partei vertritt die Interessen — die Belange der Landwirtschaft. Erst kürzlich sagte einer von ihnen im Reichstag:

„Wenn sich die Landwirtschaft nicht mehr halten kann, sollen die Bauern stempeln gehen!"

Sollte man es für möglich halten, daß so ein „Führer" noch von Landwirten gewählt wird. In diesen Kreisen herrscht die Anschauung, wir brauchen keine blühende Landwirtschaft. Es ist ihnen ganz gleich, ob sie Produkte unserer heimischen Scholle oder ausländische Erzeugnisse essen. 4 Milliarden wurden 1928 an Lebensmitteln eingeführt — zum Fenster hinausgeworfen. Wären diese Milliarden für die deutsche Scholle verwandt worden — hätte der deutsche Bauer diese Summe zur Erhöhung der Produktionskraft seines Ackers verwenden können, wir wären heute in der Lage, den Lebensmittelbedarf für das ganze deutsche Volk restlos zu decken. Da wir aber von einer Konsumentenpartei regiert werden, die die schaffende Hand vernichtet, den deutschen Geist knechtet, unsere Ideale verhöhnt, haben wir von dieser Regierung keine Besserung der ganzen wirtschaftlichen Lage zu erhoffen. Dieser Weg führt uns unabwendbar dem Abgrund entgegen.

Wie muß es kommen? Kein Landwirt kann in diesem Jahr Dünger kaufen. Die deutsche Scholle versagt — sie stirbt. Die Äcker verwüsten — Handwerk und Gewerbe liegen brach — die Industrie geht elend zugrunde — keine Steuern können mehr gezahlt werden — immer mehr Arbeitslose verlangen Unterstützung. Im Ausland ist das Vertrauen zur schaffenden Kraft verschwunden — die Kredite versiegen — die Beamten erhalten keine Gehälter mehr. Arbeiter und Bürger schreien nach Brot — eine furchtbare Hungersnot zieht über unser Vaterland — Folge: Plünderung und Mord — russische bolschewistische Zustände. Was das für ein Volk bedeutet? Wir sehen es an Rußland. Über 1,5 Millionen Menschen wurden seit der Revolution bis 1926 durch jüdische Machthaber ermordet. Keine Klasse wurde verschont. Vom Arbeiter bis zum reichen Adligen, vom Lehrer bis zum Bischof.

In Ostpreußen stehen heute 2000 Betriebe aller Besitzgrößen vor dem Zusammenbruch,

trotz der vielen Millionen, welche Staat und Reich an Krediten gewährten. Ein klarer Beweis, daß keine Kredite der Landwirtschaft helfen, sondern die wirkliche Not in der verfehlten Wirtschafts- und Steuerpolitik zu suchen ist.

Die Bauern sind erwacht! Mit dem Symbol alter Bauernnot — der schwarzen Fahne — ziehen sie durch die Dörfer, in die Gotteshäuser, zur Versammlung. Von Mund zu Mund geht ihre Parole:

Unsere Macht ist die Zahl,
Unsere Macht ist unser geschlossener Wille,
Unsere Macht ist unser gutes Recht,
Unser Zeichen ist die schwarze Fahne.

Was wollen wir denn? Vernünftige Preise! Preise, die wenigstens die Entstehungskosten unserer Produkte decken, volkswirtschaftlich tragbar sind und uns ermöglichen, unseren Mitarbeitern bessere Lebensbedingungen zu bieten. Das Problem der Landflucht würde sicher gelöst werden. Bauer werde hart. Du hältst Deutschlands Schicksal selbst in der Hand!

29 Millionen Hektar Ackerland, Wiese und Weiden werden in Deutschland landwirtschaftlich genutzt. Auf je 4 Hektar entfällt durchschnittlich eine Arbeitskraft — **rund 7 Millionen Menschen lassen sich von einer Konsumentenpartei knechten, geben womöglich noch die Stimme ihren Henkern, anstatt 100 Abgeordnete ihres Berufes in den Reichstag zu entsenden.**

Es ist unsere heiligste Pflicht, den deutschen Bürgern zu zeigen, wie nicht nur die deutsche Scholle versagt — sondern wie Industrie, Handel und Wandel zugrunde gehen, wie der ganze Organismus stirbt. Wir gewinnen dann auch viel mehr. Alle Handwerker und Geschäftsleute in den kleinen Städten werden mit uns gehen. Sie wissen genau, wenn die Landwirtschaft kaufkräftig ist, steigt auch ihr Umsatz und bietet ihnen Gewähr für eine Besserung ihrer jetzt ebenso trostlosen wirtschaftlichen Lage.

Am Sonntag, den 17. November 1929, hat das deutsche Volk sich zum Freiheitswillen der nationalsozialistischen Idee bekannt. Aus der kleinen Schar von 7 fanatischen, verfemten Männern, die 1919 in München zusammentraten, die nichts einzusetzen hatten, als ihr heißes Herz, ihren leidenschaftlichen Willen, ihre glühende Liebe zu Volk und Vaterland, ist eine Millionenarmee deutscher Freiheitskämpfer geworden, die bereit sind, den Kampf des deutschen Volkes um nationale Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu führen. — Uns Nationalsozialisten war diese Wahl ein beglückendes Zeichen dafür, daß das deutsche Volk sich nicht zur willenlosen Beute internationaler Kapitalisten machen lassen will, daß es aufbäumt gegen die Versklavung, gegen stammesfremde Machthaber und ihre Gewinnsucht.

Wir erlebten aber auch, wie Rubel und Dollar es immer noch vermögen, schaffende deutsche Menschen zu Fronknechten jüdischer Marxisten zu machen. Unsere Aufgabe ist es deshalb, immer wieder zum Kampfe zu rufen und den Willen zur wirklichen Freiheit zu wecken. Die Freiheit eines Volkes kommt nicht durch Proteste, Demonstrationen, Resolutionen, Bildung von neuen Organisationen; nicht durch hochtönende Reden und weltpolitische Vorträge — die Freiheit eines Volkes kommt nur durch die Tat — durch Erziehung zur Tat! —

Wir Nationalsozialisten müssen die von Angst, Feigheit und egoistischem Interesse aufgestellten Kulissen niederreißen und dem Volke zeigen: „Die Wahrheit, die Not, die Sklaverei der Gegenwart, die Hoffnungslosigkeit der Zukunft, die Unerbittlichkeit der Weltfinanz und das wahre Gesicht der Erfüllungsparteien."

Deutscher Bauer — deutscher Bürger, auf zum wirtschaftlichen Kampf um unsere heilige Scholle — und um die Zukunft unserer Heimat. Aller Streit und Haß der Gegenwart muß versinken. Gedenken wir derer, die für uns in den Tod gingen. Zwei Millionen der Besten unserer Nation. Vom einfachsten Soldaten bis zum Fürstensohn, alle deckt die gleiche Erde. Jeder Blutstropfen, der aus ihrer Todeswunde quoll, er spricht zu uns, er sagt uns: „Es ist keine Unehre, Ketten tragen zu müssen, die brutaler Siegesübermut uns auferlegte, als unsere Kraft zerbrach, es ist aber Unehre — es ist eine Schande, diese Ketten freiwillig tragen zu wollen, die Hände hinzuhalten, um sich immer neue Keten schmieden zu lassen."

Über Städte und Dörfer — über Palast und Hütte schweben die Geister unserer Toten. Möchten sie die deutsche Volksseele aufrütteln aus dieser geistigen Erschlaffung, aus diesem erbärmlichen Knechtschaftsgefühl — emporreißen zur Tat. Sie mahnen uns an unsere Pflicht. Sollen wir uns ihrer schämen?

Jeder von uns, wohin das Schicksal ihn auch gestellt hat, muß sein Möglichstes leisten im Interesse der Wiedergeburt unserer Nation, muß seine Pflicht erfüllen als Mensch, als Deutscher, als Bürger!

Französische Lieferanten für badische Staatsaufträge

Karlsruhe, 21. Januar. Die Zustände beim Badischen Schluchseewerk wurden auf eine Anfrage der nationalsozialistischen Fraktion im badischen Landtag erörtert. **Die nationalsozialistische Anfrage bezog sich vor allem darauf, daß bei dem Bau des Schluchseewerkes trotz der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland und der wirtschaftlichen Notlage französischer Zement verwendet wird.** Es ist sehr bezeichnend, daß die Marxisten unter Führung des Heidelberger Holzhofdirektors Maier die Erörterung der Zustände beim Schluchseewerk dazu ausnützen wollten, einem ihrer Bonzen eine fette Pfründe zu verschaffen, indem sie beantragten, zur Bauaufsicht über alle Baustellen des Schluchseewerkes durch das Gewerbeaufsichtsamt einen besonderen Beamten mit Dienstsitz an Ort und Stelle zu bestellen. Für diesen Posten hatten sie einen ihrer Bonzen ausersehen, dem sie auf diese Weise mindestens auf ein Jahr eine nette Einnahme auf Kosten der Allgemeinheit zuschustern wollten. Sie drangen jedoch mit ihrem Antrag nicht durch, was in erster Linie der Stellungnahme der nationalsozialistischen Fraktion zu verdanken war.

Wie berechtigt die Kritik der Nationalsozialisten und ihrer Anfrage wegen der Verwendung des französischen Zements war, ersieht man am besten daraus, daß selbst ein Stresemannorgan, die Neue Mannheimer Zeitung, die gewiß nicht im Rufe nationalsozialistischer Freundlichkeit steht, und die stets bestrebt ist, den verhaßten Nationalsozialisten am Zeuge zu flicken, eingestehen muß: **„Am stichhaltigsten war die Kritik der Nationalsozialisten am Schluchseewerk, denn die Regierung mußte zugeben, daß tatsächlich in Frankreich Zement bestellt wurde (und in großen Mengen verwendet worden ist).** Etwas ungeschickt (sogar sehr ungeschickt) sucht sie sich herauszureden, daß sie nicht unmittelbar Aktionär der Schluchsee-A.-G. sei und darum auch keine anderen als die Hoheitsrechte des Staates besitze." Das ist eine ganz dumme Ausrede, denn das Badenwerk hat 37½ Prozent der Aktien in der Hand, und da das Badenwerk dem badischen Staat gehört, somit die badische Regierung einen sehr bestimmenden Einfluß hat, so daß sie die Verwendung des französischen Zements hätte verhindern können, wenn sie gewollt hätte. Ebenso lächerlich war die Ausrede der schwarz-roten badischen Regierung, daß die deutschen Zementwerke, die, wie die Regierung selbst zugeben mußte, einen dem französischen gleichwertigen Zement herstellen, nicht die Lieferung der genügenden Mengen in sichere Aussicht hätten stellen können. Das ist ein glatter Schwindel. **Denn die deutschen Zementwerke konnten zu dem angegebenen Termin die Lieferung der angefragten Mengen deshalb nicht in sichere Aussicht stellen, weil — wohl absichtlich — bei ihnen viel zu spät angefragt worden ist.** Wären die Aufträge rechtzeitig an die deutsche Zementindustrie erteilt worden, so hätte sie genau so pünktlich liefern können, wie die französischen Zementwerke. **Die Geschädigten sind nicht zuletzt die deutschen Arbeiter der Zementwerke, denen durch die badische Regierung Arbeitsgelegenheit entzogen worden ist.** So sieht in Wirklichkeit die „Arbeiterfreundlichkeit" des Marxismus und des Zentrums aus. **Das Allerschönste aber ist, daß man nach einer während der Debatte gemachten Feststellung** eines deutsch-volksparteilichen Abgeordneten mit dem französischen Zement beim Bau des Schluchseewerkes und des Neckarkanals die allerschlechtesten Erfahrungen gemacht hat, so daß **zu der schweren Schädigung der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Wirtschaft noch der Schaden kommt, den das Schluchseewerk, d. h. die Allgemeinheit, durch die Verwendung** des französischen Zements erleidet.

Um ihre Arbeiterfeindlichkeit zu verschleiern, bemängelten die Marxisten aus rein agitatorischen Gründen die Arbeitsverhältnisse beim Schluchseewerk und die Überschreitung des Acht-Stundentages. Sie sind aber dabei schwer hereingefallen, denn dem zentrümlichen Gewerkschaftsführer, dem Abgeordneten Heurich, entschlüpfte dabei die Bemerkung, daß die Arbeiter die Gewerkschaftsführer, die den Achtstundentag beim Schluchseewerk durchdrücken wollten, mit der Bemerkung abgeblitzt haben: „Bleibt uns weg mit Eurem Acht-Stundentag, wir wohnen hier in der schönen freien Natur und wollen von Euch nichts wissen."

*

Regierungsumbildung in Württemberg zur Unterwerfung unter den Young-Plan

Sozialreaktionärer Bürgerblock

Stuttgart, 21. Jan.

In Württemberg hat sich eine politische Wandlung von grundsätzlicher Bedeutung vollzogen. Die seitherige Regierungskoalition bestand aus Deutschnationalen und Zentrum, die zusammen 35 Sitze von insgesamt 80 Abgeordneten besaßen. Bisher war die Haltung der Regierung derart, daß die Unterstützung seitens der Nationalsozialisten, der Volksrechtspartei und des Christlichen Volksdienstes möglich war, so daß die Regierung in kritischen Lagen über eine Mehrheit verfügen konnte. Die entscheidende Stellung dieser Gruppen war besonders dem Zentrum ein Dorn im Auge. **Eine ausschlaggebende Rolle spielte aber, was von der gesamten Presse peinlich verschwiegen wird, die Haltung der württembergischen Regierung zum Youngplan bei der kommenden Abstimmung im Reichsrat.**

Das württembergische Staatsministerium besteht aus 2 deutschnationalen Ministern (Bazille und Dehlinger) und zwei dem Zentrum angehörigen Ministern (Staatspräsident Bolz und Justizminister Beyerle). Entsprechend der Haltung der Deutschnationalen zum Youngplan und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Deutschnationalen (einschließlich Bauernbund) die stärkere Regierungspartei sind gegenüber dem Zentrum, hätte sich das Staatsministerium in der Frage des Youngplanes zum mindesten neutral verhalten müssen. **Nun setzte aber schon frühzeitig ein scharfer Druck des Zentrums ein mit dem Ziel, auch Württemberg im Reichsrat eindeutig für den Youngplan festzulegen.** Da ein offener Umfall der Deutschnationalen angesichts der Haltung Hugenbergs und seiner Partei allzu blamabel wäre, fand man einen anderen Ausweg.

Mit dem Schlagwort von der „Sammlung aller Bürgerlichen" wurden die Stresemannpartei und die De[illegible] regierungsfromm, ob[illegible] letztere Partei den deutschnationalen Führer Bazille in der gehässigsten Weise bekämpft hatte und vor persönlicher Verunglimpfung nicht zurückscheute. Bei der in der vorigen Woche stattgefundenen Generalaussprache zum Staatshaushalt machte **unser nationalsozialistischer Abg. Mergenthaler** auf die engen Zusammenhänge mit dem Youngplan aufmerksam, wobei auf der Rechten, entgegen der Darstellung in der deutschnationalen „Südd. Ztg", peinliches Schweigen herrschte. Die Sache wird nun so gedreht: Die Demokraten erhalten unter Ernennung eines fünften Ministers das Wirtschaftsministerium, **so daß jetzt im Staatsministerium eine Mehrheit für Annahme des Youngplanes vorhanden ist:** Die beiden Zentrumsminister und der neueingetretene Demokrat stimmen für den Youngplan. **Um nach außen hin den Schein zu wahren, lassen sich Bazille und Dehlinger einfach überstimmen und im Plenum des Landtags soll das entsprechende Theater aufgeführt werden.** Bei der Debatte im Halbmondsaal wurde dieser Sachverhalt durch demokratische Zwischenrufe bestätigt.

Eine andere Deutung ist schon deshalb nicht möglich, weil die kommende politische Arbeit im Landtag, die sich vor allem auf das Landesschulgesetz und die Neuordnung der Lehrerbildung erstreckt, durch den Hinzutritt der Deutschen Volkspartei und der Demokraten innerhalb der neuen Koalition scharfe Gegensätzlichkeiten heraufbeschwören wird. Schon daraus geht hervor, daß das Zentrum einzig den Zweck verfolgt, nun auch Württemberg eindeutig für die Youngversklavung einzuspannen. Es ist natürlich im Reichsrat nicht unwesentlich, auch dort vollends jeden Widerstandswillen niederzubrechen.

Dabei hat ein politischer Zwang für die Deutschnationalen durchaus nicht vorgelegen. Letztere sind dem Bluff des Zentrums völlig erlegen. Der starke Zentrumsagrarflügel in Württemberg hätte das Zentrum zweifellos zurückgehalten, es auf eine Regierungskrise und die Bildung einer Linkskoalition ankommen zu lassen. Die Reichstagsabstimmungen des deutschnationalen Führers Bazille machen es aber erklärlich, daß die Rechte dem Druck des Zentrums widerstandslos gewichen ist..

Aus Landbundkreisen verlautet bereits, daß der Bürgerblock in Württemberg auch im Reich Schule machen müsse. **Es handelt sich also um eine deutschnationale Aktion, die den Richtlinien Hugenbergs direkt zuwiderläuft,** der mit Recht seine Partei davor warnte, die Folgen des Youngplanes verantwortlich zu decken.

Heute verkündet die württembergische Presse **die Ernennung des demokratischen Rechtsanwalts Maier zum Wirtschaftsminister,** nachdem gestern auf einer Demokratentagung der Eintritt in die Regierung gegen eine erhebliche Minderheit beschlossen wurde. Die Deutsche Volkspartei muß sich mit einem Staatsrat begnügen, da leider ein sechster Ministersessel ohne Verfassungsänderung nicht freigemacht werden konnte. Aber **der neugebackene Staatsrat, der Schultheiß Rath** von Lustnau bei Tübingen ist trotzdem restlos glücklich.

Der Kuhhandel ist also perfekt. Uns Nationalsozialisten interessiert vor allem die Auslassung des Organs der Rechten, der „Südd. Ztg." Sie schreibt unter anderem in ihrer heutigen Morgenausgabe: „Man wird annehmen dürfen, daß auch die kleinen Parteien, wie der Christliche Volksdienst, die Volksrechtspartei und die Nationalsozialisten auch künftighin der erweiterten Regierung ihre Unterstützung nicht entziehen werden." — Demgegenüber ist zu erklären: **Die Nationalsozialisten werden jede Regierung, die den Young-Versklavungsplan zustimmt, schärfstens bekämpfen, denn auch das Schicksal der Länder ist unlöslich verknüpft mit dem Youngplan. Die Erweiterung der württembergischen Regierung bedeutet den Versuch, durch Hereinnahme der Börsen- u. Finanzkreise nach Annahme des Youngplans die Lasten auf das schaffende Volk abzuwälzen. Wir sehen in der Bildung des sozial-reaktionären „Bürgerblocks" eine Sabotage des deutschen Befreiungskampfes. Das gesund empfindende Volk, das noch vor wenigen Wochen den Kampf für Volksbegehren und Volksentscheid geführt hat, wird einer solchen Politik die Gefolgschaft verweigern.**

Frankreich fordert Gleichberechtigung mit den großen Seemächten

London, 21. Januar. **Die privaten Verhandlungen zwischen den Abordnungen der Flottenkonferenz haben bereits einige heikle Punkte berührt. Die Hauptschwierigkeiten sind, wie sich immer deutlicher zeigt, in der Kreuzerfrage zu überwinden.**

In amerikanischen Abordnungskreisen ist im Gegensatz zu der bisherigen Haltung eine gewisse Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen an Japan in der Frage der Kreuzerquote festzustellen und zwar wird augenblicklich an eine japanische Quote von 6,6 zu 10, anstatt bisher 6 zu 10 gegenüber Amerika gedacht. Hierbei handelt es sich um die Klasse der 10 000 Tonnenkreuzer.

In französischen Abordnungskreisen werden Quotenforderungen in der Kreuzerfrage vorbereitet, die alle bisherigen Erwartungen übertreffen. Die Abordnung soll ernsthaft daran denken, Kreuzerparität mit Japan zu verlangen, was eine Änderung der Washingtoner Quote von 5 zu 5 zu 3 zu 1,75 für Amerika, England, Japan und Frankreich auf 5:5:3:3 bei unveränderter italienischer Quote bedeuten würde.

Die Presse nicht zugelassen

London, 22. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Expreß" hört von zuverlässiger Seite, daß in letzter Minute entschieden worden ist, für die Sitzungen der Flotten-Konferenz die Presse nicht zuzulassen. Als Grund für die überraschende Entscheidung, die auf amerikanischer Seite angesichts der Entsendung so zahlreicher Berichterstatter größte Überraschung und Bestürzung hervorgerufen hat, wird der ungenügende Raum des Sitzungssaales angegeben. Auf amerikanischer Seite ist mit heftigen Angriffe gegen diese Methode zu rechnen.

*

London, 21. Januar. Die Eröffnung der Flottenkonferenz fand unter äußerlich sehr ungünstigen Umständen statt. Im Regierungsviertel war wegen des starken Nebels von den Vorbereitungen für die Auffahrt des Königs nur wenig zu sehen, und auch der Andrang des Publikums war sehr gering, da die meisten durch die Verkehrsstockungen von dem Besuch abgehalten wurden. Gegen 10 Uhr begann sich langsam vor dem Oberhaus eine kleinere Menschenmenge anzusammeln. Wenige Minuten danach füllten sich die Vorräume des Oberhauses. Von den Teilnehmern erschien Briand als erster.

Wenige Minuten vor 11 Uhr nahmen die Konferenzteilnehmer ihre Sitze ein. Der Sitzungssaal mit dem hufeisenförmigen Tisch und dem goldenen Thronsessel in der Mitte bot ein eindrucksvolles Bild. Die Rede des Königs wurde von den Anwesenden stehend angehört. Nach dem Weggang des Königs übernahm Ministerpräsident Macdonald den Vorsitz. Die Ankunft und die Abfahrt des Königs vollzog sich ohne jedes Zeremoniell. Die Polizei hatte den Schutzdienst vom Buckinghampalast bis zum Oberhaus übernommen, und die im dichten Nebel kaum sichtbaren Menschenmengen begrüßten den König lebhaft bei der An- und Abfahrt.

v. Payer aus der Demokratischen Partei Württembergs ausgetreten. Stuttgart, den 21. Januar. v. Payer ist aus der Bezirksorganisation Württemberg der Demokratischen Partei ausgetreten, da diese in die württembergische Regierung eingetreten ist. v. Payer bleibt jedoch Mitglied der Reichspartei, deren Ehrenvorsitzender er ist. Payer ist alter Linksdemokrat von der Richtung der „Frankf. Ztg.".

JB Illustrierter Beobachter
Jahrgang 1929, gebunden, Ganzleinen
M. 15.— portofrei
Verlag Frz. Eher Nachf. G. m. b. H.
München 2 NO, Thierschstraße 11/15
Postscheckkonto 11346 München

Hauptschriftleitung: Alfred Rosenberg.
Chef vom Dienst: Wilhelm Weiß.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Walter Buch.
Für Anzeigen: Ernst v. Westernhagen.
Verlag: Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H.
Walter Buch in Solln b. München, alle übrigen in München.
Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München.

Die erste Bürgerpflicht ist es, dem Vaterland zu dienen. . . . Die Regierung beruht auf vier Hauptpfeilern: der Rechtspflege, weiser Finanzverwaltung, kräftiger Mannszucht im Heer und der Kunst gerechter Maßnahmen zur Wahrung jener Interessen, die man Politik nennt.
Friedrich der Große, Politisches Testament.

Berlins verfehlte Spekulation auf den Fremdenverkehr

Berlin, 20. Januar.

Schon vor 1914 besaß Berlin mehr Theater und andere Vergnügungsstätten, als es so zu füllen wußte, daß die Unternehmer auf ihre Kosten kamen. Besonders die neuen Musentempel, an die sich erst die Berliner gewöhnen mußten, hatten schwer zu kämpfen, und es kriselte da fortwährend, was sich in dem steten Wechsel der Besitzer am deutlichsten zeigte. So bei dem Theater am Nollendorff-Platze, wo bis vor kurzem Piscator hauste. Dieses wurde vor etwa zwei Jahrzehnten als Schauspielhaus mit ernsten, künstlerischen Absichten eröffnet, um aber bald eine Operettenbühne zu werden. Ähnlich erging es dem Theater in der Königgrätzer Straße, das man unter der Firma Hebbel-Theater vielversprechend aufmachte. Dann das „Neue Operettentheater" am Schiffbauerdamm, mit dem Rudolf Lothar (Jude), der es als Schauspielbühne aufziehen wollte, eine Riesenpleite machte. Auch das Theater des Westens wollte auf keinen grünen Zweig kommen, und die Charlottenburger Oper hielt sich nur dank der Zuschüsse durch die Stadtverwaltung. Damals war aber Berlin eine steinreiche Stadt, in unheimlichem Aufblühen begriffen, und trotzdem deckten die alten Theater den Bedarf der Spree-Athener an dramatischer Kunst vollständig.

Dessen ungeachtet entstand nach unserem Zusammenbruche nicht nur eine Reihe neuer Bühnen, sondern auch anderer Unterhaltungsstätten; vor allem Kinos, die ja überall dem Drama ernste Konkurrenz bereiten. Nach einer Aufstellung Berliner Blätter wurden nach der Inflation folgende neue Vergnügungshäuser gegründet:

Zwölf neue Kinopaläste mit zwei Vorstellungen am Tage 10000 Plätze, Plaza mit zwei Vorstellungen 4000 Plätze, Kabarett der Komiker 1000 Plätze, Haus Vaterland 4000 Plätze, Europahaus mit Hofbräu 2000 Plätze, Café mit Palais am Zoo 1000 Plätze, Gurmeniapalast 4000 Plätze, Femina 2300 Plätze, ein Dutzend neuer Eßlokale, wie Cascade, Atelier, Ambassadeurs, Hungaria usw. 5000 Plätze.

Diese haben zusammen nicht weniger als rund 75000 Plätze mehr, als 1925 zu besetzen waren; d. h. also, daß jener Teil der Berliner, der noch so viel Geld hat, um sich Abend für Abend vergnügen zu können, mit einem Mehraufgebote von mindestens 50000 Köpfen anrücken müßte, damit auch die neuen Unternehmungen wenigstens vegetieren könnten, denn ganz voll werden alle die Theater, Kinos, Kabaretts, Kaffee- und Bierpaläste doch nicht. Nicht einmal mehr an Sonntagen. Es sollte also das — wie ganz Deutschland — infolge der Verelendung durch alle die wirtschaftlichen Erdrosselungs-Verträge rapide verarmende Berlin mit seiner täglich wachsenden Armee von Arbeitslosen mehr Geld für Vergnügungen ausgeben, als das reiche Berlin der Vorkriegszeit imstande war!

Nun krächzt der Pleitegeier mißtönig über all dem faulen Zauber in der steinernen Riesenkarawanserei; der große Krach ist da, und eine Amüsierbude nach der anderen schließt ihre Pforten. Vor allem jene Vergnügungspaläste, die man wirklich nur mit einer wohlgespickten Brieftasche betreten kann. Tausende von Angestellten können jetzt stempeln gehen; Hunderte von Brauereien, Weinlieferanten, Lebensmittelgeschäften, Kleingewerbetreibenden usw. sind ferner die Mitleidtragenden.

Das traurige Ende einer falschen Spekulation auf den — Fremdenverkehr, die wiederum mit einer schiefen Beurteilung der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage zusammenhing! Als der Stresemann — Gott schenk ihm die ewige Ruhe! — Silberstreifen, und der galizische „Vorwärts" in einer Zeichnung der Masse der noch Dummgläubigen die Dawes-Sonne aufsteigen ließen, flunkerte sich nach der Inflationskatastrophe das Unternehmertum, durch solche Vernebelungsmanöver aus der Wilhelmstraße an der eigenen Urteilskraft irre gemacht, den Goldregen eines Fremdenstromes vor, der sich nunmehr über die „deutsche" Reichshauptstadt ergießen würde! Der ließ aber auf sich warten! Denn was Berlin an großstädtischen Vergnügungen zu bieten hat, das bieten in gesteigertem Maße — teils infolge der Tradition, teils weil dort ein ganz anderer Reichtum herrscht! — auch Paris, London und Neuyork! Dazu kam die Stabilisierung der Reichsmark mit ihrer gleichzeitigen Senkung der Kaufkraft im Innern, was wieder zu einer derartigen Verteuerung führte, daß der Fremde in Berlin nicht billiger, sondern — im Gegenteil — teurer lebt als daheim. Die Vorkriegszeiten sind eben lange vorbei, wo man in Deutschland so spottbillig leben und wohnen konnte, daß Tausende von Engländern und Amerikanern sich in den deutschen Großstädten niederließen, weil sie als Kleinrentner dort herrlich und in Freuden leben konnten, während sie von ihren kleinen Einkünften daheim ihr Dasein sich wesentlich bescheidener einrichten mußten. Das englische und amerikanische Viertel in Dresden zeugen heute noch von der lange entschwundenen Pracht!

Arme Leute werden nur von armen, reiche nur von reichen besucht! Das ist eine alte, wenn auch traurige Erfahrung. Reiche Fremde reisen nicht zu ihrem Vergnügen in armen Ländern herum, auch wenn diese noch so sehenswerte Naturschönheiten haben und eine ethnographisch noch so interessante Bevölkerung dort haust. Andernfalls müßten z. B. Jugoslawien mit seiner dalmatinischen Küste, dem landschaftlich so herrlichen Bosnien und der Herzegowina, Rumänien mit dem wundervollen Siebenbürgen und dem untersten Donaulaufe von Fremden geradezu heuschreckenartig überschwemmt werden! Anstatt dessen kommen nur Geschäftsreisende und wissenschaftliche Forscher hin! Alle Versuche der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung unter dem alten Österreich, den Fremdenverkehr zu beleben, scheiterten, und damals boten die fast nur von Deutschen bewirtschafteten Hotels weit mehr Bequemlichkeiten für verwöhnte Globetrotter als heutzutage, wo eben alles balkanisiert und damit verlottert wurde, was die deutsch-österreichischen Pioniere dort in rastloser Zivilisationsarbeit schufen!

Was Berlin seine gewaltige Anziehungskraft vor dem Kriege verlieh, das war das Kaisertum mit seinem Glanz und seiner Pracht, das war seine gewaltige Industrie, sein mächtig pulsierendes Geschäftsleben, das war nicht zuletzt die Stellung Deutschlands als vorherrschende Großmacht auf dem ganzen Kontinent, wo man noch dazu so außerordentlich billig leben konnte!

Und was ist Berlin heute? Eine dahingesunkene Größe, die hastig den Rest des von den Vätern ererbten Kapitals auffrißt und, da dieser schon lange nicht mehr ausreicht, in aller Herren Länder herumpumpt! Daß es sich diese traurige Wahrheit noch immer nicht eingestehen will, ist seine Tragik! Verschuldet durch jene vorläufig noch herrschenden Kreise, die all das Elend auch über Berlin brachten, und die nicht den Mut finden, ihren Bankerott einzugestehen, weil sie wissen, was ihnen dann droht! Walter W.

Aus germanischer Vorzeit

Hans von Wolzogen und Franz Staffen, die beiden unermüdlichen Verkünder germanischen Geistes, haben im Verlage von Ludwig Schroeter, Berlin, ein Werk herausgegeben, das unter dem Gesamttitel „Aus germanischer Vorzeit" in drei Bänden: „Sagen der Edda", „Germanische Heldensagen" und „Urväterhort" (Dietrich von Bern, Parzival; Hermoders Ritt von Eberhard König) bietet (in Ganzleinen Bd. I und II 3.75; III 4.—). Dies Werk ist ein wahres Labsal für Gemüt und Auge deutscher Menschen, geeignet, weiteste Kreise wieder heranzuführen an die Wurzeln völkischer Art. In die stickigen, dumpfen Niederungen unseres hochgelobten 20. Jahrhunderts fährt da ein reinigend rauher Sturmwind von den himmelan starrenden Bergen der Urzeit. Wie stürzen da alle die Mauern der Künstlichkeit, wie schrumpfen alle die „Fortschritte" der Zivilisation zusammen. Auf den Menschen, seinen Wert oder Unwert, kommt es an, heute nicht minder als vor zwei Jahrtausenden! Wie zerflattern die Faseleien modernen Literatentums vor der trotzigen Kraft und ungeheuren Wucht dieser Vorzeit, der doch Schönheit nicht mangelt — nordische Schönheit, wie aus Stahl gebildet, in Not und Kampf geschmiedet! Und das germanische Schönheitsideal hat in Franz Staffen ja längst seinen unübertrefflichen Entdecker und Gestalter gefunden. Es bedarf keiner weitläufigen Darlegung mehr, wie dieser Künstler, der dem vorliegenden Werk 160 Federzeichnungen mitgab, zur nordischen Welt steht, wie er Geist und Wesen ihrer Mythen und ihres Menschentums aufs tiefste erlebt und sich zu eigen gemacht hat. Man erquickt sich immer wieder aufs innigste an diesen kristallklaren, edelreinen Darstellungen, die für weite Kreise ja schon längst das Bild germanischer Menschen und Götter entscheidend bestimmt haben. Und dann die Neugestaltung der Mythen und Sagen durch Hans v. Wolzogen, unserm greisen Meister deutschen Sprachgeistes! Welche unerhörte Urkraft wohnt doch dieser leidenschaftlich bewegten, klingenden, blitzenden, scharf und stolz geformten, aber beileibe nicht nach moderner Ästheten Art gedrechselten und verkünstelten Sprache Wolzogens inne! Der Rhythmus des Urtextes ist auch in der Prosa nicht verloren gegangen. Möchten recht viele Volksgenossen zu diesem köstlichen „Heilswerk in Buchform" greifen! Was Goethe vom „reinen Osten" sagt, gilt doch wohl erst recht vom germanischen Norden:

„Dort im Reinen und im Rechten
Will ich menschlichen Geschlechten
In des Ursprungs Tiefe dringen,
Wo sie noch von Gott empfingen
Himmelslehr' in Erdesprachen
Und sich nicht den Kopf zerbrachen."

Herbert Müller.

Ulrich Dühring, der Sohn des großen deutschen Denkers und Forschers Eugen Dühring, ist noch nicht siebenundsechzigjährig am 13. Januar in Nowawes gestorben. — Ihm verdankt neben seiner Mutter die Welt die Ermöglichung des Lebenswerkes seines blinden Vaters. Aber er hat auch als selbständiger Schriftsteller besonders auf mathematischem und naturwissenschaftlichem Gebiet Hervorragendes geleistet.

Ein Rabbi im Vatikan

In der Reichsausgabe Deutsches Volksrecht, Nummer 103/104 vom 25. Dezember 1929 ist zu lesen:

Ein Rabbiner als Gast des Vatikans.

Der Rabbiner von Neutra darf als erster Jude die vatikanischen Staatsakten studieren.

Der Rabbiner von Neutra, Markus Vorhand, ist nach längerem Aufenthalt in Rom heimgekehrt. Der Rabbiner hatte sich mehrere Monate in Rom aufgehalten und war Gast des Vatikans. Er wurde auch vom Papst in Audienz empfangen. Der Rabbiner ist ein bekannter jüdischer Gelehrter, und hat mit besonderer Erlaubnis des Papstes die vatikanischen Staatsakten und die vatikanische Bibliothek für ein Werk benützen dürfen, das er derzeit verfaßt und das sich mit den staatlichen und kulturellen Verhältnissen zur Zeit des jüdischen Königreiches beschäftigt. Es ist das erstemal, daß ein Jude die vatikanischen Akten studieren durfte.

Mißverständnis. Kullemann erschien vor Gericht. Mit Fausthandschuhen und Gummiknüppel. Pflanzte sich breitbeinig vor dem Richtertisch auf und sagte: „So, meine Herren, jetzt kann's beginnen." Der Richter sah ihn verständnislos an, schüttelte mit dem Kopf und meinte: „Ich verstehe Ihr Benehmen nicht! Wie kommen Sie dazu, mit einer Waffe und mit Fausthandschuhen zur Verhandlung zu erscheinen?" „Wie ich dazukomme?" fragte Kullemann gelassen. „Das sollen Sie gleich erfahren: „In meiner Vorladung stand, ich habe für meine Verteidigung selbst zu sorgen."

Münchener Beobachter

Tägliches Beiblatt zum „Völkischen Beobachter“ Ausgabe 18 vom 23. Januar 1930

Gespannte Atmosphäre im Stadtrat

Wie man Dringlichkeitsanträge abdrosselt — „Fachleute“ im Beirat für das Gerichts- und Vollstreckungsgefängnis — Neue nationalsozialistische Anträge

st. Die öffentliche Vollsitzung des Stadtrates vom Dienstag dauerte nur eine halbe Stunde — aber die Zuhörertribünen waren voll besetzt. Es stand auch nichts auf der Tagesordnung, was diesen Besuch irgendwie gerechtfertigt hätte. Aber man hat bereits die nationalsozialistischen Anträge in der Zeitung gelesen, von denen wohl die beiden Dringlichkeitsanträge gegen das öffentliche Faschingstreiben und gegen die Abhaltung eines Faschingszuges und das Verbot von städtischen Aufträgen an ehrenamtliche Stadträte den größten Widerhall im Volke gefunden haben. Auch unser Antrag auf Herabsetzung der Mieten in den mit städtischen Geldern errichteten Siedlungen hat Tausenden von Mietern aus der Seele gesprochen.

Diese Leute sind gekommen, um der Behandlung dieser Anträge beizuwohnen und die Haltung der Fraktionen unter die Lupe zu nehmen. Sie dachten nicht daran, daß der Bremsklotz der geheimen Sitzungen allen Dringlichkeitsanträgen in die Zügel fallen und sie, wenn auch nicht ganz unterbinden, so doch mit bürgerlichen und marxistischen Mehrheiten auf die lange Bank schieben kann.

Hermann Esser

nahm die Gelegenheit wahr, gegen diesen Unfug zu protestieren, nachdem der 2. Bürgermeister Dr. Küfner mitgeteilt hatte, daß 16 Anträge, darunter drei Dringlichkeitsanträge des neuen Stadtrates „auf normalem Wege“ vorberaten werden, also hübsch langsam an die Reihe kommen sollen.

Esser wandte sich scharf gegen die in Geheimer Sitzung erfolgte Ablehnung der Dringlichkeit der nationalsozialistischen Anträge, die eine Verzögerung der Behandlung der Frage bedeutet, ob in München angesichts der im Haag neuerdings inaugurierten verschärften Notzeiten Deutschlands ein Faschingszug abgehalten werden soll. Das sei ein durch nichts gerechtfertigtes Hinausziehen der Angelegenheit: wir behalten uns einen entsprechenden Antrag vor.

Bei den Kommunisten steht das Barometer auf Sturm.

Zwar hat sich Herr Huber vom alten Stadtrat und Hauptprovokateur im Kreistag im neuen Stadtrat noch nicht blicken lassen. Sollte er in Moskau weilen, um dort seine Weisungen für den großen Faschisten-Angriff zu holen? („Schlagt sie tot die Hunde!“) Möge er gleich dort bleiben! Es genügen auch die zurückgebliebenen zwei Schreier, der Hirsch und die Sarnecki, die man sich besser am häuslichen Herde als in einem Stadtparlament vorstellen kann.

Das kommunistische Temperament entlud sich bei einem Antrag der Bayerischen Volkspartei, wonach der Beirat für das Gerichts- und Vollstreckungsgefängnis von den drei stärksten Fraktionen des Stadtrates mit je einem Mitglied besetzt werden soll. (Dem Stadtrat stehen in diesem Beirat gesetzlich drei Sitze zu.)

Herr Hirsch betonte unter der Heiterkeit des Hauses: nachdem von unseren Genossen durch unsere Politik und unsere Tätigkeit die meisten im Gefängnis sitzen, beantragen wir, uns einen Sitz einzuräumen. Denn es gehe nicht an, daß unsere Gegner über das Wohl und Wehe unserer gefangenen Genossen zu befinden haben!

Der 2. Bürgermeister Dr. Küfner bestreitet nicht, daß eine gewisse Fachkenntnis notwendig sei. (Hirsch: Das hat mit der Fachkenntnis nichts zu tun! Auch die Sarnecki lärmt mit ihrer hohen Fistelstimme unverständlich dazwischen.) Es seien aber nur drei Mitglieder nach dem Proporz abzuordnen.

Hermann Esser:

Den Vorwurf der Kommunistischen Fraktion, daß die in diesen Beirat zu entsendenden Fraktionsmitglieder die Interessen der Gefangenen nicht entsprechend wahrnehmen, weise ich, was uns betrifft, zurück. Wir bringen die notwendigen Fachkenntnisse mit, und wir sind stolz darauf, das öffentlich sagen zu können. Die Herren, die wir entsenden, haben selbst Gelegenheit gehabt, das Gefängnis von innen kennenzulernen: sie werden die Interessen der politischen Gefangenen so wahrnehmen, wie es sich gehört. (Die Kommunistin Sarnecki schreit fortgesetzt dazwischen, wobei nur das Wort „Straßenräuber“ zu verstehen ist.) Esser entgegnet ihr, daß sie zwar daheim reden könne, wann es ihr paßt, daß das aber im Sitzungssaal nicht angeht. Diese Mahnung macht sie noch wütender.

Dr. Küfner teilt mit, daß von den Nationalsozialisten Stadtrat Amann in den Beirat abgeordnet werde.

Der Antrag der Bayerischen Volkspartei wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Die Besetzung des Literaturbeirates wird auf Antrag Mauerer vertagt.

Pg. Fiehler ersucht, daß auch der Hauptausschuß des Bayerischen Städtebundes neu besetzt werde.

Dr. Küfner will zuerst die juristischen Unterlagen beibringen.

*

Aus dem letzten Hauptausschuß tragen wir noch nach, daß der Referent für den Ausstellungspark, Rechtsrat Dr. Konrad, die Genehmigung eines Kredites von 8000 Mark (!) beantragte, für die Instandsetzung der Beleuchtung des Parkes.

Pg. Stadtrat Fiehler machte auf die schlechte Einlagerung dieser Beleuchtungsgegenstände, Messing-Armaturen u. s. f., aufmerksam. Diese Dinge sind im Lager derart dem Wetter ausgesetzt (!), daß man sich über die hohen Kosten dieser Beleuchtung nicht zu wundern braucht.

Nachdem der Referent erklärte, nach dem Rechten sehen zu wollen, wurde der Betrag genehmigt!

Die nationalsozialistischen Anträge

Die nationalsozialistische Stadtratsfraktion hat folgende neue Anträge vom 15. und 16. Januar (Nr. 16 und 17) eingebracht:

Antrag Nr. 16:

Wir beantragen, zu beschließen, daß die Schülerfahrkarten der Städtischen Straßenbahn zum Besuch der Schülergottesdienste an Sonn- und Feiertagen für einmalige Hin- und Rückfahrt Geltung haben.

Begründung:

Verschiedene Schulen und Lehranstalten führen Klage darüber, daß der regelmäßige Schulgottesdienst von Schülern und Schülerinnen deshalb nicht besucht wird, weil die Schüler-Trambahnkarten an Sonn- und Feiertagen keine Gültigkeit haben. Die Gesuche der Eltern um Befreiung ihrer Kinder vom Schulgottesdienst werden bei der heutigen wirtschaftlichen Not damit begründet, daß die Trambahnkosten für zweimalige Fahrt in Höhe von 40—50 Pfennig eben eingespart werden müssen.

Es dient aber zur Stärkung der Autorität der Schule, wenn die Schulklassen an Sonn- und Feiertagen gemeinsam den Gottesdienst besuchen. Ein Ausfall für die Straßenbahn liegt nicht vor, da bei dem bisherigen Verfahren aus Sparsamkeitsgründen die Straßenbahn nicht benützt wurde. Dazu kommt noch, daß der Gottesdienst in der Regel an den Sonn- und Feiertagen, vormittags zwischen 8 bis 10 Uhr, stattfindet, zu einer Zeit also, zu der die Straßenbahn nur geringen Verkehr aufzuweisen hat.

gez. Amann, gez. Esser.

*

Antrag Nr. 17:

Die Straßenbahnverhältnisse für die Bewohner des Westendviertels, soweit sie auf die Verbindung in das Stadtinnere mit der Linie 9 angewiesen sind, werden nachgerade unhaltbar. Der Andrang ist vor allem während der Hauptverkehrszeiten derart, daß er mit dem derzeitigen Wageneinsatz augenscheinlich nicht bewältigt werden kann.

Wir beantragen: Die Direktion der Straßenbahn ist zu beauftragen, dafür zu sorgen, daß die Straßenbahnverbindung nach dem Westend auf der Linie 9 in einer der Großstadt würdigen und allen Anforderungen einigermaßen entsprechenden Weise geregelt wird, nicht nur durch Einsatz genügender Reservewagen während der Stoßverkehrszeiten, sondern auch durch ständige Beigabe eines Anhängewagens während der späten Abendstunden.

Für die Fraktion der Nationalsozialisten:
Hermann Esser.

Das Zugsunglück in Dinkelscherben vor Gericht

Die verhängnisvolle Feile

Augsburg, 21. Januar.

Am heutigen zweiten Verhandlungstag machte der Angeklagte Hübler noch einige Angaben über den verstärkten Schrankenverkehr an dem Unglückstag.

Bei der darauffolgenden Vernehmung des angeklagten Betriebswerkstättenvorstehers Amler ergab sich folgendes: Den Auftrag, das Unglücksstellwerk nach Dinkelscherben zu liefern, erhielt er von dem Angeklagten Wiedenbauer, der es gemeinsam mit dem Angeklagten Karner aussuchte. Amler erhielt eine Skizze, nach der das Stellwerk abzuändern war.

Die Arbeiten ließ er von den besten Schlossern, die er hatte, ausführen. An Hand eines Holzmodells wurde dann demonstriert, wie die Abhängigkeiten funktionierten. Der Apparat war im Januar 1928 fertig und wurde schon in der Werkstätte viele dutzendmale ausprobiert. Später wurde noch ein Verschlußstück angebracht, von wem weiß Amler nicht.

Als er den Apparat nach dem Unglück wieder sah, erkannte er sofort, daß der Schlitz, der das Versagen verursacht hatte, nicht von ihm ausgefeilt worden war. Er ist sich in keiner Weise einer Schuld bewußt. Der Apparat war vollkommen betriebssicher, als er die Werkstätte verließ.

Es folgte dann die Vernehmung des angeklagten Oberwerkmeisters Wiedenbauer. Er ist seit 33 Jahren im Sicherungsdienst tätig. Er prüfte das Stellwerk, als es fertig war, genau. Es funktionierte tadellos. Bei der Besichtigung nach dem Unglück sah er auf den ersten Blick, daß daran herumgepfuscht worden war. Bei der Prüfung des Stellwerks durch Oberinspektor Karner war er anwesend gewesen. Damals sei das Werk eingehend geprüft worden.

Im weiteren Verlaufe des zweiten Verhandlungstages im Dinkelscherbener Prozeß erklärte der Angeklagte Karner, daß er sich auf das erprobte Personal der Werkstätten verlassen habe, als dies den fraglichen Apparat als brauchbar erklärte. Er gab die Anordnungen zum Einbau der Abhängigkeiten im Einverständnis mit dem Dezernenten.

Bei der Prüfung war das Stellwerk vollkommen in Ordnung. Ob später unbefugt daran gefeilt wurde, wisse er nicht. Nach dem Unglück blieb der Apparat bis 26. September in Betrieb. Am Stellwerk selbst wurde in dieser Zeit nichts geändert. Er selbst habe das Bewußtsein, seine Pflicht voll getan zu haben. — Rechtsanwalt Roßteuscher fragt, ob der Eingriff eines Unbefugten das Unglück herbeigeführt haben könne. Dies wird von dem Angeklagten bejaht. Amler und Wiedenbauer seien unbedingt zuverlässige und fähige Beamte, ebenso wie Müller.

Hierauf wurde der Mitangeklagte Betriebswerkstättenvorsteher Müller vernommen. Ihm oblag die Instandhaltung des Stellwerkes. Er war bei der Inbetriebnahme des Stellwerks II anwesend, fand aber nichts zur Beanstandung. Nach der Störung am 24. Juli nahm er eine kleine Reparatur vor. Er sah dabei nichts von dem zu weit ausgefeilten Schlitz, weil über diesem die Hebelsperre lag. Er selbst plombierte das Stellwerk vor seinem Weggang.

Am Nachmittag wurde das Verhör des Angeklagten Müller fortgesetzt. Es handelt sich dabei ausschließlich um die Frage, wann und von wem die verhängnisvolle Feilung an der Kerbe der Verriegelungsscheibe vorgenommen wurde. Während des ganzen Monat Juli, besonders aber gegen Ende des Monats, hatten sich Betriebsstörungen an dem fraglichen Stellwerk gezeigt.

Müller gibt an, daß bei den Reparaturen, die er vorzunehmen hatte, die Feilung das Normalmaß noch nicht überschritten hatte. Wären sofort nach dem Unglück die inzwischen spurlos verschwundenen Plomben und die Feilstelle genau kontrolliert worden, so würde man sich jetzt entschieden leichter tun.

Damit war das Verhör der Angeklagten beendet. Es wurde so dann eingetreten in die Vernehmung der Sachverständigen. Als erster Sachverständiger erstattete Professor Halter, München, sein Gutachten. Er äußerte sich über das Wagenmaterial des verunglückten Personenzuges.

Dabei stellte er in Zweifel, daß die verwendeten Wagen wegen ihrer verschiedenen Schwere zur Vergrößerung der Katastrophe beigetragen haben könnten; möglich sei es zwar, so führte der Sachverständige aus, jedoch lasse sich darüber Einwandfreies nicht aussagen. Unter den Fahrdienstvorschriften befinden sich allerdings Paragraphen, die die Verwendung möglichst einheitlich schweren Wagenmaterials vorschreiben, doch existieren diese Vorschriften nicht auf Grund der Betriebssicherheit, sondern vielmehr aus Gründen der Wirtschaftlichkeit.

Sachverständiger Reichsbahnrat Sauler, Lindau, verbreitete sich ebenfalls über diesen Punkt und ging dann noch ein auf das Fahrtempo des verunglückten Zuges. Belastendes Material kam dabei nicht zutage. Die Verhandlung nimmt am Mittwochvormittag ihren Fortgang.

Aus Bayerns Gauen

14500 Arbeitslose in Augsburg

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich ähnlich wie in den übrigen Städten auch in Augsburg in der vergangenen Berichtswoche weiter verschlechtert. Im Stadtbezirk wurden am letzten Zähltag nahe an die 14500 Arbeitslose festgestellt. Die Mehrung gegenüber der Vorwoche betrug über 350.

Schweres Autounglück.

Prien. Am Montagnachmittag ereignete sich am Inntaler Berg bei Endorf ein schweres Autounglück. Bei einem mit Benzinfässern beladenen Lastwagen versagten über den steilen Berg die Bremsen, wobei der Wagen ins Gleiten geriet, über die Böschung stürzte und sich überschlug. Die Insassen konnten sich wohl durch Abspringen in Sicherheit bringen, doch zogen sie sich dabei im Gesicht und an den Händen schwere Verletzungen zu. Der Motor des Lastkraftwagens geriet in Brand, konnte jedoch gelöscht werden, ehe das Feuer auf die Benzinladung übergriff.

Am Tage vor seiner Entlassung gestorben.

Bernau/Chiemsee. Der Strafgefangene Ant. Bolzenmacher aus Augsburg, der in der Strafanstalt Bernau eine mehrmonatige Freiheitsstrafe verbüßte, meldete sich einen Tag vor seiner Entlassung beim Arzt und starb noch am Abend des gleichen Tages an den Folgen einer Magenoperation im Krankenhaus Prien. Da Anspruch auf die Leiche seitens der Angehörigen nicht erhoben wurde, wurde diese in die Anatomie zu Studienzwecken gebracht.

Verwüstungen auf den Bergen.

Teisendorf. In der Stoißeralpe am Teisenberg der Waldgenossenschaft Teisenberg wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei die Täter wie die Wilden hausten. Die Türe zur Hütte des Schiklubs Teisendorf wurde aufgesprengt, der Schlafraum der Alpenvereins-Sektion Teisendorf mit einem Beil verwüstet. Der Geräte- und Lebensmittelkasten der Schiabteilung wurde zertrümmert und vollständig ausgeplündert, die Schlafdecken ins Freie geschleppt und in den Schmutz gezogen. Von den gemeinen Tätern fehlt noch jede Spur.

Neue Erhebungen zu dem Frauenmord in Kläham.

Landshut. Wie vor einigen Tagen gemeldet, war in einem Walde bei Kläham die stark verweste Leiche der Hilfsarbeiterfrau Maria Oberndorfer von Eberstall, Gemeinde Kirchberg, aufgefunden worden. Als der Täter wurde ihr Mann ins Landgerichtsgefängnis Landshut eingeliefert, wo er ein Geständnis ablegte. Neue Erhebungen haben nun ergeben, daß Oberndorfer in Kempten längere Zeit beschäftigt war und dort eine Geliebte hatte, die wohl die Ursache zu dem am 4. Januar verübten Mord an der eigenen Ehefrau bildete. Der Gattenmörder gibt an, er habe seine Frau im Streit erschlagen.

Ein Feuerlöschzug verunglückt.

Ingolstadt. Als ein Löschzug der hiesigen Feuerwehr auf der Straße Ingolstadt—München auf der Brücke über die Brautlach einem Radfahrer ausweichen wollte, versagte die Steuerung. Der zum Glück mit nur zwei Mann besetzte Wagen durchbrach das Brückengeländer und stürzte die drei Meter hohe Böschung hinab. Der Fahrer und sein Begleiter blieben unverletzt. Der Wagen, der sich auf einer Übungsfahrt befand, wurde schwer beschädigt.

In einer Wasserpfütze erstickt.

Pfaffenhofen/Ilm. In dem nahen Förnbach fiel ein kleines Kind der Landwirtseheleute Mauermeier in einem unbewachten Augenblick in eine Wasserpfütze. Da Hilfe nicht gleich zur Stelle war, fand das Kind einen jämmerlichen Erstickungstod.

Zuchthaus für einen rückfälligen Dieb.

Regensburg. Der Schlosser Ernst Petermüller von Pfaffenhofen hat mittels Einsteigens zwei Diebstähle verübt, wobei ihm ein Koffer und ein Fahrrad in die Hände fielen. Wegen Diebstahls im Rückfalle erhielt er von dem hiesigen Schöffengericht eine Gesamtzuchthausstrafe von zwei Jahren und einem Monat. Untersuchungshaft wurde abgerechnet.

Überfahren und getötet.

Bad Dürkheim. Auf der Fahrt nach Kaiserslautern stürzte der 47 Jahre alte Fuhrwerksbesitzer Johannes Schrot aus Eppstein vom Kraftwagen und geriet unter die Räder des Anhängers. In schwerverletztem Zustande wurde er in das Dürkheimer Krankenhaus eingeliefert, wo er bald darauf verstarb. Der Unglücksfall ist um so tragischer, als der Kraftwagen vom eigenen Sohn gesteuert wurde.

Eine Erklärung zum Prozeß Adolf Hitler gegen „Münchener Telegramm-Zeitung“

Wir erhalten folgende Erklärung des Prinzen Öttingen:

„Anläßlich der Loiblschen Veröffentlichung habe ich mit Herrn Reichel am 25. Oktober v. J. eine Unterredung unter vier Augen gehabt und dabei über Herrn Oberst v. Lenz in der Erregung über das mir Vorgebrachte eine beleidigende Äußerung getan.

Ich bedaure sehr, daß ich diese Äußerung überhaupt getan habe, und daß dieselbe ohne mein Zutun und gegen meinen Willen von Herrn Reichel weitergegeben wurde und in die Öffentlichkeit gelangt ist.

München, den 19. Januar 1930.

Eugen Prinz Öttingen.“

Kardinal Faulhaber über seine Militärdienstzeit

Der Münchner Kardinal von Faulhaber hat bekanntlich seit Kriegsende eine Haltung eingenommen, die nicht gerade durch eine besondere Würdigung der deutschen Frontleistung sich auszeichnete. Es muß daher fast überraschen, daß er es für zweckmäßig hielt, kürzlich im Nachrichtenblatt der ehem. Angehörigen des 9. bayer. Inf.-Regts., bei dem er früher als „Einjähriger“ stand, persönliche Erinnerungen aus seiner Dienstzeit zum besten zu geben. Der Kardinal schreibt u. a.:

„Wenn man es auch während der aktiven Dienstzeit nicht einsah, die Dienstzeit im Rock des Königs war doch eine Schule für das Leben mitgegeben, zum mindesten den einfügen in Reih und Glied, das Zähneübereinanderbeißen, wenn die erstarrten Hände das Gewehr kaum mehr halten konnten, das und vieles andere hat denen, die es mit ihrer Dienstzeit ernst nahmen, gar manches für das Leben mitgegeben, zum mindestens den Sinn für Pünktlichkeit und Ordnung, den Sinn für Autorität, jenen Gemeinschaftsgeist, der sich Schulter an Schulter in vaterländischem Geist mit den Mitbürgern zusammenfindet...“

Nun sind das zwar nur Reminiszenzen persönlicher Art, aus denen man noch keine Schlüsse ziehen darf, die nicht im Sinne des Verfassers liegen, immerhin klingt das Urteil des Kardinals doch etwas anders, als etwa die schändliche Verleumdung deutschen Soldatentums, wie sie unter Billigung des bayerischen Kultusministers Goldenberger durch den Fanatiker Mönius unter der bayrischen Mittelschuljugend verbreitet wurde! Herrn Mönius (und offenbar auch dem Kultusminister) fehlte eben die straffe soldatische Erziehung der Militärdienstzeit, und aus dieser persönlichen Unkenntnis heraus auch die notwendige Achtung vor der deutschen Wehrmacht!

Alle Lobpreisung der erzieherischen Wirkung des früheren Wehrpflichtheeres kann allerdings auch den Kardinal Faulhaber nicht dazu bringen, den richtigen Schluß aus seiner Anerkennung zu ziehen. Er schreibt nämlich weiter:

„Es ist ein großer Wesenspunkt, in widrigen Stunden die Zähne übereinanderbeißen und der Fahne treu bleiben zu können, auf die man geschworen hat. Ich trete heute für den Frieden ein, weil es nach meiner Überzeugung nicht mehr menschlich ist, in dieser Art Krieg zu führen mit Gaswolken, die alle persönliche Tapferkeit ersticken, mit Fliegergiftbomben, die alles Leben, vom Säugling bis zum Greis vernichten...“

Der Kardinal verkennt hier, wie viele Friedenssoldaten, völlig das Wesen und die Eigengesetze des Krieges, den man nicht einfach deshalb gewissermaßen abschaffen kann, weil er Formen anzunehmen droht, die den Vorstellungen ritterlicher Romantik nicht mehr entsprechen. Der Krieg bleibt sich ewig gleich, er war nie ein Spaziergang,

Fortdauerndes Hochdruckwetter

Die bayerische Landeswetterwarte meldet unterm 22. Januar 1930, vormittags 9 Uhr:

Der erkaltete Kontinent zeigt sich gegen die atlantische Depression weiterhin sehr widerstandsfähig. Das winterliche Hochdruckwetter — Tieflagen vorwiegend Nebelbildungen, Hochlagen heiter — dauert daher an.

Humanismus

Uns wird geschrieben:

In seiner Besprechung über die Ödipusaufführung im Prinzregententheater hat unser hochverehrter Herr J. Stolzing, selbst erfolgreicher Bühnendichter und seiner Vorbildung nach Humanist, die Feststellung gemacht, daß wir von einem endgültigen Abschluß des Humanismus sprechen können. Es sei mir als durchaus hitlertreuem, somit die großen deutschen und nordisch-arischen Ziele der Hitlerbewegung völlig mitverfolgendem Humanisten gestattet, um der tiefen Bedeutung dieses Gegenstandes willen, gegen Herrn Stolzings Axiom unweitläufig Widerspruch zu erheben. Die immer wiederkehrenden Neu- und Umdichtungen antiker Bühnenwerke und ihre Aufführung in deutschen Theatern der Gegenwart mögen dabei ausgeschaltet bleiben, obwohl ich selbst in einer philologischen Münchner Examensarbeit bei einem Vergleich zwischen der Sophokleischen „Antigone“ und der des Herrn Walter Hasenklever, die seinerzeit auch am hiesigen Nationaltheater aufgeführt wurde, die wohl ewig gegebene Inkommensurabilität zwischen Original und posthumer Nach- und Umdichtung aufwies. Von einem Abschluß des Humanismus kann auch heute m. E. nicht gesprochen werden, die deutsche Freiheits- und Bildungsreform, wie sie auch von der Hitlerbewegung ersehnt und propagiert wird, dabei in allen Ehren! Seit der Verarbeitung des antiken Bildungsmaterials durch die klassische Periode unserer Dichtkunst hat die Altertumswissenschaft unaufhörlich in allen Kulturländern weitergearbeitet, und die historisch-pragmatischen, soziologischen u. a. Geschehnisse, Zustände, Verflechtungen, Fortwirkungen usw. der Antike, von denen das literarisch-künstlerische Gebiet ja nur ein Teilausschnitt ist, stehen heute in ganz anderem Lichte als zu Lessing-Schillers und Grillparzers Zeiten vor uns. **Wir können in keiner Weise mehr die ungeheure Tatsache aus der Welt tilgen, daß neunzehn** Jahrhunderte hindurch im christlichen Morgen- und Abendland ganz fundamentale Elemente der Antike in Religion, Sprache, Kunst usw. bei allen Völkern dieses weiten Gebietes in deren Kultur hineingeschmolzen worden sind, die zu ergründen und wissen zu lernen, auch jetzt noch nicht nur für den engen Fachkreis der Altertumswissenschaftler, sondern auch für die zur geistigen Führung der Völker nicht berufene Jugend nützlich, und gegenüber einer rein technisch-naturwissenschaftlichen oder rein gegenwartssprachlichen oder nur germanistisch-historischen Jugendbildung sicher geistesagiler, horizontweiter und denkfundamentaler erscheint. Man braucht gewiß nicht die großzügige französische Bildungsreform der Nachkriegszeit, die aus völkisch-französischen Gloiregründen (der Abstammung aus Lateinerblut!) den Humanismus in der Jugendbildung bis zum Extrem geführt hat, für vorbildlich anzusehen. Jedoch kann es nur nützen, auf die noch immer im Weltimperium sich sonnende angelsächsische, also arisch-nordische Nation der Briten zu blicken, wo der Humanismus in der Vorbildung der zum geistigen Führertum des Landes berufenen Jugend auch heute noch die erste Stellung, den unbestrittenen Vorrang vor allen anderen Bildungssystemen, behauptet. Schon wegen dieses Prinzipats des Humanismus bei den weltbeherrschenden Angelsachsen wäre es abwegig, von einem Abschluß des Humanismus im Sinne Herrn Stolzings zu sprechen. Die Antike als Ganzes ist nicht tot, sie ist in den Völkern der Gegenwart, soweit es sich um das christliche Morgen- und Abendland handelt, in unzähligen Einschmelzungselementen noch immer lebendig, wenn natürlich auch die Heroen der Griechen im Leben und auf der Bühne für die Moderne tot und nicht wieder weckbar sind und die tragischen Probleme des hellenischen Kulturkreises andere als die heutigen Völker waren. Und da die Antike in den heutigen Völkerkulturen weiterlebt, kann und darf man den Humanismus nicht so summarisch in die Moderkammer tun, wie es unser hochverehrter Herr Stolzing in idealer und tiefeindringender Begeisterung für den arisch-nordischen Komplex des deutschen Kulturgutes als ein gründlicher Kenner H. St. Chamberlains tut. Der Humanismus in seiner wahren Form, nicht etwa in der oft anödenden Verzerrung der Schulmeisterpedanten, lebt und wird leben, ohne das geringste Hindernis für die deutsche völkische Freiheitsbewegung zu sein.

Muth-Klingenbrunn.

*

Wir bringen vorstehende Ausführungen zum humanistischen Bildungsideal gerne zur Kenntnis. Es liegen hier Probleme zur Lösung vor, die nur schwer erschöpfend in einer Tageszeitung behandelt werden können; und in der Kürze der Ausführungen erscheint manches zugespitzter, als es bei näherer Begründung sich ausnehmen würde. Unter „Humanismus“ hat Pg. Stolzing die überwiegende, notwendig zur Nachahmung und nicht zur Selbstentwicklung führende Erziehungsmethode verstanden, die viele Jahrzehnte unser Leben überkrustete und im innersten unecht war. Diese ganze Geisteseinstellung wird heute überwunden, d. h. die unzulänglichen Mittler werden beiseitegeschoben, um unmittelbar an das Urverwandte des Hellenentums wieder anzuknüpfen.

Herr Muth sagt sehr richtig, daß wir heute von der Antike ein ganz anderes Bild haben als Schiller und Goethe. Die heutige Rassenforschung hat vieles aufgedeckt, was verschüttete Quellen neu zum Sprudeln gebracht hat. Und heute erleben wir Homer und Platon als Glieder einer großen nordischen dorischen und germanischen — Welt. Hellas wird somit erst jetzt organisch eingefügt. Was einzelne Deutsche erlebten und kleine Zeiten verfälschten, sind zweierlei Dinge. Und was ungriechisch ist im Griechentum, scheidet sich erst heute bewußt vor unserer Forschung aus. Dies darzustellen, ist mit eine der **großen Aufgaben unserer Zeit.** A. R.

Die Schöpfung

Im 2. Konzert des Bachvereins dirigierte Edwin Fischer Joseph Haydns „Schöpfung“. Es ist bekannt, daß kein anderes Werk Haydns so zu seinem Bekanntwerden beitrug wie gerade dieses, dem geschichtlichen Boden des Händelschen Oratoriums entstammende Meisterwerk. Wenn auch für Haydns Unsterblichkeit, wie Hermann Kretschmer schreibt, seine Sinfonien und Quartette genügt hätten, ohne die „Schöpfung“ hätten wir aber niemals den ganzen Umfang seiner Begabung erfahren. Haydns „Schöpfung“ ist zu bekannt, als daß es nötig wäre, über dies Werk, das in seiner genialen Konzeption auch heute noch zu den hervorragendsten und eindrucksvollsten Werken auf dem Gebiete des Oratoriums zählt, viel Worte zu machen. Bleibt also nur mehr festzustellen, daß auch dieser Abend wieder unstreitig bewies, daß der Bachverein in Edwin Fischer eine Persönlichkeit gewonnen hat, die für den Bachverein und im weiteren Sinne auch für München ein kaum hoch genug einzuschätzender Gewinn ist. Das volle Haus allein schon war dafür Beweis genug. Und die Wiedergabe wird allen, die sie erleben durften, unvergeßlich bleiben. Man mag dann auch über Einzelheiten, die aber nur einem ganz kritischen Ohr auffallen konnten, gerne hinwegsehen. Der Abend erbrachte wieder den Beweis, daß das Orchester der Münchner Philharmoniker auch den höchsten Anforderungen gerecht zu werden vermag. Daß man mit den dynamischen Leistungen des Bachvereinschores auch heute noch nicht vollkommen einverstanden sein kann, liegt eben an der Schwierigkeit, den Chor stimmbildnerisch richtig zu schulen. Ein Übel, an dem ohne Ausnahme alle Chöre leiden. Als Solisten wirkten mit Mia Peltenberg, Sopran, eine an sich sehr hübsche, jedoch nicht in allen Lagen ganz natürlich durchgebildete Stimme, dann Fritz Krauß vom Staatstheater, und Fred Drissen, Baß, dessen weiches Organ im Piano und in der mezza voce schöner klang als im Forte. Anie Speckner spielte das Cembalo. Ein dem überwältigenden Eindruck der Gesamtleistung entsprechender Beifall dankte am Schluß Edwin Fischer und seinen mitwirkenden Künstlern. G. A.

Unerfreuliches vom Plakatwettbewerb

Aus Münchener Künstlerkreisen wird uns geschrieben:

Der bayerische Fremdenverkehrsverein erließ einen Plakatwettbewerb mit Termin 14. Dezember 1929.

In den Zuschriftsformularen hierzu stand u. a. auch ein Passus, welcher sich auf Rücksendung der nicht prämiierten noch angekauften Arbeiten bezog, welcher auf „Freie Zustellung“ lautete.

An Stelle einer freien Rücksendung trat eine gedruckte Mitteilung, worin man aufgefordert wurde, bis zu dem und dem Termin seine eingesandten Arbeiten im Ausstellungspark, Theresienhöhe, abzuholen, widrigenfalls dieselben ohne Übernahme irgendwelcher Garantie, eingelagert würden. Sic! Unterzeichnet war der gedruckte Zettel mit: „Dr. Schwink und Oberingenieur Frankfurter“.

Je nach Temperament und so, machten die auf solche Art gezwungenen Künstler, ihre Werke abzuholen, dem Ärger hierüber Luft.

Eine junge Dame, welche die Aushändigungspflicht auszuführen hatte, war unnötigen Expektorationen ausgesetzt.

Der selbstverständliche Anstand, so wie er früher einmal vor vielen Jahren von öffentlichen Ämtern gepflegt wurde, scheint auch vergessen zu sein. Schade! Wir älteren Semester waren gewöhnt, in öffentlichen Institutionen das Vorbildliche zu sehen. Heute muß man sich vor solchen Vorbildern hüten.

Noch bleibt es eine offene Frage, ob die zuständige Abteilung des Fremdenverkehrs-Vereins nicht zum Transport-Schadenersatz heranzuziehen wäre.

Abgesehen vom glatten Wortbruch, liegt in der von dieser Plakat-Kommission beliebten Handlungsweise eine grobe Nichtachtung der ohnehin prekären Wirtschaftslage der Künstlerschaft.

Vortrag von Irma Strunz-Bargehr.

Der Kampfbund für deutsche Kultur veranstaltet am Montag, den 27. Januar, im großen Saal des Studentenhauses, Luisenstr. 67, abends 8 Uhr einen Vortragsabend der bekannten Vortragskünstlerin und ehem. Miedgliedes des Berliner Deutschen Künstlertheaters Irma Strunz-Bargehr. Die Vortragsfolge besteht aus sieben Schöpfungen Hölderlins, Balladen Goethes und Schillers, sowie Vorträgen aus der Edda, die das Publikum schon in vielen Städten zu stürmischem Beifall mit fortgerissen haben. (Karten zu M. 3.30, M. 2.20, M. 1.10, Studierende M. 0.55 in der Riegerschen Universitätsbuchhandlung u. a. d. Abendkasse).

Nach dem Vortrag geselliges Beisammensein.

Kunstverein München, E. V. Die Gesamtausstellung Professor Oscar Graf und Frau Cäcilie Graf-Pfaff sowie die Kollektion Hans Stadlberger wird am Freitag, den 24. Januar, abends, geschlossen. — Die am Sonntag, den 26. Januar, neu eröffnete Ausstellung wird Kollektionen von M. Bergmann, Heimhausen, Konstantin Gerhardinger, Karl Müller-Samerberg und Georg Liebhardt, Freising, enthalten.

Der Münchner Bund veranstaltet am Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Künstlerhausvereins, Lenbachplatz 8 (Eingang durch den Hof), einen Vortragsabend mit Lichtbildern. Herr Stadtbaurat Dr. Ing. Martin Wagner, Berlin, wird sprechen über „Probleme neuzeitlicher Stadtplanung“. Der Vortrag ist öffentlich. Garderobengebühr 30 Pf.

ebensowenig wie umgekehrt in Zukunft die tapfere persönliche Haltung dem Krieg gegenüber etwa an Wert verlieren kann. Der Krieg ist ein gottgewolltes Schicksal der Menschen und Völker, und wer ihm theoretisch ablehnt, noch dazu als Angehöriger eines Volkes, das sich in der Rolle des Schafes zwischen reißenden Wölfen befindet, der dient der Sache eines wahren Friedens bestimmt nicht in praktisch wirksamer Weise. Es ist auch noch die große Frage, ob es einen Unterschied macht, wenn Kinder, Frauen und Greise im Krieg umkommen oder durch den Hunger und das Massenelend einer unsittlichen Erfüllungspolitik, deren Opfer allerdings lautlos ins Gras beißen.

Ein Krieg vermag, wenn er im Dienste eines nationalen Zieles geführt wird, bei aller Furchtbarkeit jedenfalls erlösend zu wirken und ein Volk als Ganzes zu retten, während das Sterben und Veröden eines versklavten Volkes ganz ohne Sinn und Zweck ist und niemals wieder zu neuem Leben führen kann.

Im übrigen wäre ein Zukunftskrieg, der nicht nur die kampfsittlich tüchtigen Kräfte verzehrt, sondern auch die unabkömmlichen und eigensüchtigen Elemente erfaßt und unter Lebensrisiko stellt, bestimmt weit ethischer und gerechter wie ein Krieg, der von der Front geführt und von der Heimat verloren wird...

Aus der Landeshauptstadt

Kriegsopfer und die Haager Konferenz

München, 21. Januar.

In einer in München abgehaltenen Sitzung des erweiterten Landesvorstandes des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die zunächst der Befriedigung darüber Ausdruck gibt, daß dem drohenden Abbau der Kriegsopfer-Versorgung bis auf weiteres ein Riegel vorgeschoben wurde.

Die in diesen Tagen im Haag beschlossene Annahme des verschlechterten Youngplanes lege aber unserem Vaterlande auf 60 Jahre derartige Verpflichtungen auf, daß die ausreichende Versorgung der Kriegsopfer hierdurch ernstlich gefährdet ist.

Die Reichsregierung und der Reichstag werden aufgefordert, in allem Ernst und ohne Rücksicht auf parteipolitische Erwägungen zu prüfen, ob die Annahme der Haager Beschlüsse mit einer würdigen Versorgung der deutschen Kriegsopfer und mit dem notwendigen Ausbau der sozialen Gesetzgebung noch vereinbar ist. Unter allen Umständen müssen die deutschen Kriegsopfer es ablehnen, daß ihre ohnedies unzureichende Versorgung mit Rücksicht auf Zahlungen an unsere ehemaligen Kriegsgegner weiterhin geschmälert wird.

Das Besoldungsdienstalter der schwerkriegsbeschädigten Beamten

Durch den Bayerischen Kriegerbund erfahren wir: Die Entschließung des 14. Ausschusses des Reichstages, die bereits anfangs 1929 der Reichsregierung als Material für die Formulierung neuer Vorschläge überwiesen worden ist und nach welchen die Reichsregierung um eine Prüfung ersucht wurde, in welcher Weise die Besoldungsordnung bezüglich der Verbesserung des Besoldungsdienstalters für Schwerbeschädigte zu vereinfachen und zu verbessern ist, hat ein Ergebnis bisher nicht gehabt.

Unser Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen im Deutschen Reichskriegerbund Kyffhäuser hat in einer ausführlichen Druckschrift unter Verwendung des im ganzen Reich gesammelten Materials den 14. Ausschuß des Deutschen Reichstages gebeten, endlich einmal die bestehende Ungerechtigkeit in dem Besoldungsdienstalter der schwerbeschädigten Beamten zu beseitigen.

Der Inhalt der Druckschrift kann wegen seines Umfanges nur in der „Bayerischen Kriegerzeitung" bekanntgegeben werden; über den Verlauf der Verhandlungen im 14. Ausschuß wird ebenfalls die „Bayerische Kriegerzeitung" unterrichten.

Was geht bei Maffei A.-G. vor?

Man schreibt uns:

Die seinerzeit bei Fusion der Firma J. A. Maffei A.-G. und Henschel, Kassel, in Teilen der Münchener Presse veröffentlichte Erklärung, daß dieser Schritt nur zur Hebung und Besserung beider Geschäftslagen dienen soll, scheint sich wieder einmal nicht zu bewahrheiten. Im Gegenteil, der in letzter Zeit rücksichtslos vorgenommene Abbau einer großen Schicht des alten guten Stammes von Arbeiter und Angestellten (250 Angestellte und 800 Arbeiter) läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß auch hier dunkle Mächte am Werke sind, um das alte, aber doch immer noch konkurrenzfähige Maffei-Werk vollständig aufzulösen oder so zu verkleinern, wie es den Absichten entspricht. Einige Tausend Menschen, die mit dem Betriebe seit Jahren aufs engste verknüpft sind und ihr Bestes gegeben haben, sehen der weiteren Entwicklung dieser Dinge mit größtem Mißtrauen entgegen und verlangen endgültige Aufklärung dieser Machenschaften, da sie nicht gewillt sind, von heute auf morgen mit ihren Familien auf die Straße gesetzt zu werden.

70. Geburtstag. Am 19. d. M. vollendete der Dipl.-Ing. P. A. Hampel in vollster geistiger und körperlicher Frische sein 70. Lebensjahr. Wir wünschen ihm noch viele Jahre in gleich ungetrübter Gesundheit und Arbeitskraft.

*

Mit Gas vergiftet hat sich am Dienstag Früh in der elterlichen Wohnung in der Zweibrückenstraße ein 19 Jahre alter Schreiner. Was den jungen Menschen in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Opfer des Großstadtverkehrs

Leichter Rückgang der Verkehrsunfälle in München — 102 Tote und 3495 Verletzte in einem Jahr

München, 21. Januar.

Die Münchener Polizei veröffentlicht eine Statistik über die Verkehrsunfälle im Jahre 1929. Danach beträgt die Gesamtzahl der von der Polizei erfaßten Verkehrsunfälle im Jahre 1929 5661 (1928 6049), die Gesamtzahl der Verletzten 3495 (1928 4098).

In diesen Zahlen für 1929 sind nicht enthalten 364 Personen, die sich durch Ausgleiten auf der Gehbahn oder Straße verletzten. Diese Personen sind in die Statistik von 1928 einbezogen. Selbst wenn man diese 364 Personen den Zahlen von 1929 zuzählt, bleibt ein kleiner Rückgang der Unfälle und Verletzten. Dabei ist zu bedenken, daß am 1. Juli 1929 um 34 Prozent mehr Kraftfahrzeuge in München waren als am selben Tage des Vorjahres.

Die Tatsache, daß die Zahl der Unfälle im ersten und auch noch im zweiten Vierteljahr 1929 wesentlich geringer ist, als im Jahre 1928, ist offenbar auf den außergewöhnlich kalten und langen Winter des vorigen Jahres zurückzuführen.

Um so erfreulicher ist, daß im vierten Vierteljahr 1929 die Unfälle gegenüber den Vorjahren wesentlich zurückgingen, trotz des schönen Herbstwetters, das hier bis zum Schluß des Jahres anhielt und den Verkehr weniger eindämmen ließ, als in anderen Jahren. Vielleicht hat hier die Propaganda zur Verhütung der Unfälle schon einige Früchte getragen. Die Vierteljahresstatistik der Radfahrerunfälle zeigt dasselbe Bild wie die allgemeine Unfallstatistik.

Im ganzen waren an den Unfällen beteiligt: 1177 Fußgänger, 2753 Personenkraftwagen, 1221 Lastkraftwagen, 1146 Krafträder, 372 Kleinkrafträder, 203 Fuhrwerke, 1453 Straßenbahnen und 2101 Radfahrer.

Leider ist die Zahl der Toten gegenüber dem Vorjahre von 84 auf 102 wesentlich gestiegen. Unter den Toten des Jahres 1929 sind 6 Kraftwagenführer, 14 Kraftradfahrer, 17 Radfahrer, 2 Fuhrwerkslenker, 15 Kraftfahrzeuginsassen und Soziusfahrer, 48 Fußgänger. Von den Fußgängern wurden 13 von Personenkraftwagen, 9 von Lastkraftwagen, 2 von Zugmaschinen, 1 vom Kraftrad, 3 von Radfahrern und 7 von der Straßenbahn überfahren. 12 verunglückten tödlich durch Absprung oder Fallen aus der Straßenbahn, von den 48 getöteten Fußgängern waren 3 weniger als 10 Jahre, dagegen 22 mehr als 60 Jahre alt.

Fast die Hälfte der tödlichen Fußgängerunfälle fällt also auf Personen über 60 Jahre. Das ist außerordentlich viel, wenn man bedenkt, daß die Personen über 60 Jahre nur etwa 10 Prozent unserer Bevölkerung ausmachen. Wenn demnach ein zahlenmäßiger und im Verhältnis zum Anwachsen des Verkehrs noch stärkerer Rückgang der Verkehrsunfälle zu verzeichnen ist, so zeigt doch die hohe Zahl der Toten die Größe der Gefahr, mit der uns der Großstadtverkehr bedroht. Nicht eindringlich genug kann daher gewarnt werden: Fahrt vorsichtig, vor allem an Kreuzungen! Gebt acht beim Überschreiten der Straße!

Jeder Deutsche bestellt sofort beim nächsten Postamt den „Völkischen Beobachter" jeder Freund Hitlers wirbt unermüdlich neue Bezieher, indem er den untenstehenden Bestellschein ausgefüllt zur Post bringt.

Post-Bestellschein

Für nachbenannte Bezugszeit bestellt

Herr

Frau

(Straße und Nr.)

Exemplar	Benennung der Zeitung	Bezugszeit (Monate)						Bezugsbetrag
1	Völk. Beobachter München Bayern-Ausgabe	I	II	III	IV	V	VI	monatlich 3.45 Mark zuzüglich 36 Pfennig Einweisungsgebühr
		VII	VIII	IX	X	XI	XII	

Quittung

Obige ______ Mark ______ Pf. sind richtig bezahlt.

Post-Annahme

Ort:

Datum:

Bei der Post bestellen und dort einzahlen

Goldenberger und die Hitlerjugend

Der bayerische Kultusminister Goldenberger, mit dem wir uns in letzter Zeit wiederholt beschäftigen mußten, hat bekanntlich den Mittelschülern den Beitritt zur Hitlerjugend verboten. Wir werden dazu aus Elternkreisen um Veröffentlichung des folgenden offenen Briefes an Herrn Goldenberger gebeten:

An den bayerischen Kultusminister
im bayerischen Staatsministerium München.

Sehr verehrter Herr Minister!

Durch die Presse wird Ihr neuer Erlaß Nr. XIII 44613 bekanntgegeben! Betreff: Beteiligung von Schülern an Vereinen.

Dazu folgende Zeilen.

Was Ihre Anfrage in den Lehranstalten, in welchen Vereinen die Jungens sind, für einen Zweck haben soll, kann ich nicht verstehen!

In der Schule ist mein Junge in Ihre Obhut gegeben.

Außerhalb der Schule ist mein Junge aber immer noch in meiner Aufsicht und hat seinen Eltern zu gehorchen.

Dieses Erziehungsrecht lasse ich mir von Ihnen sowenig nehmen, als Sie sich Ihr Recht über die Schule von mir nehmen lassen! Einen unberechtigten Eingriff in Angelegenheiten meiner Familie muß ich daher zurückweisen.

Vereine werden im allgemeinen schulpflichtige Jungens nicht als Mitglieder aufnehmen.

Es kann sich daher nur um Jugendpflegeverbände handeln. **In welchen Jugendverband ich meinen Jungen einschreiben lasse, oder ob ich dies überhaupt für nötig halte, das, Herr Minister, ist lediglich meine Angelegenheit ganz allein!**

Zu Ihrer Orientierung aber sei es gesagt: Wahrhaft deutsche Eltern werden ihre Jungens nur in solche Verbände schicken, in denen deutsche Ordnung, deutsche Sitte, deutsches Pflichtgefühl und auch noch der deutsche Wehrgedanke gepflegt werden, denn nur dort können sich wahrhaft deutsche Jungens zu Hause fühlen. In welchen Jugendverbänden solche Tugenden ganz besonders gepflegt werden, diese Auswahl müssen Sie, Herr Minister, ganz allein den Eltern selbst überlassen.

Ihre Pflicht wäre es aber, in den bayerischen Lehranstalten alle echten deutschen Tugenden schon von sich aus so zu fördern, daß es nicht nötig wäre, unsere Jungens zu nationaler Charakterhaftigkeit und wehrhafter Gesinnung außerhalb der Schule zu erziehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anton Lindner.

Münchens Verbrechens-Statistik

Im Jahre 1929 wurden von den Beamten der Kriminalpolizei und der Schutzmannschaft wegen Verbrechen und Vergehen 26 971 (24 055 im Jahre 1928) Anzeigen erstattet und von der Kriminalabteilung behandelt. Von der Gesamtzahl der Anzeigen trafen 509 (658) auf jugendliche Personen.

Auf Verbrechen und Vergehen gegen Leben und Gesundheit entfielen 3066 (2995), auf Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum 18 251 (16 804), auf gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen 1209 (1049), auf Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit 1197 (1041) und auf sonstige Verbrechen und Vergehen 3246 (2166) Anzeigen.

Während des Nachtdienstes im Polizeigebäude an der Ettstraße wurden 2080 (2119) Personen vorgeführt. Wegen Verbrechen und Vergehen wurden 2373 (2495) Personen in Haft genommen, hiervon 856 (919) mit Antrag auf Lösung der Haftfrage dem Richter überstellt. 567 (757) Personen wurden aus sicherheitspolizeilichen Gründen aus München bzw. aus dem Freistaat Bayern ausgewiesen.

Ferner wurde wegen Unterkommenslosigkeit 1000 (766) Personen auf Ansuchen Obdach gewährt. Zur polizeilichen Einlieferung (vorläufige Festnahme, Haft, Strafvollzug) gelangten 13 156 (13 690) Personen, davon wurden 3801 (4302) verschubt. Gelegentlich polizeilichen Streifen (Razzias) wurden 2060 (1449) Personen vorgeführt.

Schwer verletzt aufgefunden. Am Montag, den 20. Januar, abends 6 Uhr, wurde im Bahnhof Planegg ein Reisender mit abgefahrenem rechten Unterschenkel 90 Meter von dem Halteplatz der Züge entfernt am Gleis Gauting—München (Nahbahn) aufgefunden. Nach Anlegung eines Notverbandes kam der Schwerverletzte ins Nymphenburger Krankenhaus. Erhebungen über den Vorfall sind im Gange.

Die Juden gegen das Schächtgesetz

Eine israelitische Eingabe zum kommenden Schächtgesetz.

München, 21. Januar.

Der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden hat eine Eingabe an den Bayerischen Landtag zum Gesetzentwurf über das Schlachten von Tieren eingereicht. In der Eingabe heißt es u. a., die israelitische Bevölkerung empfinde den Entwurf als einen Eingriff in die verfassungsmäßig gewährte Gewissensfreiheit.

Eine Regelung durch ein einzelnes Land widerspreche auch der Reichsgesetzgebung. Der Landtag wird ersucht, in dem Gesetz eine Ausnahme für das Schlachten von Tieren in den israelitischen Kultusgemeinden zuzulassen.

Und wir betrachten das betäubungslose Schächten als einen Eingriff in unser sittliches Gewissen. Daher her mit dem sofortigen Schächtverbot!

Jubiläums-Mozart-Festabend im Dom-Pedro-Saal. Der Bayerische Volksbildungsverband veranstaltet am Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Dom-Pedro-Saal (Haltestelle der Linie 4, Waisenhausstr.) einen Mozartabend als 200. Jubelkonzert der Deutschen Kultur München-Nordwest. Mitwirkende: Das Süddeutsche Trio (Trapp, Wilke, Merker) und Mitglieder der „Münchner Opernbühne" (Süddeutsche Wanderoper des B.V.V.). Zur Aufführung gelangt „Der Schauspieldirektor" von Mozart, die Regie hat Dr. Storz von der Staatsoper übernommen.

Johann-Strauß-Sonderfenster. Die unvergänglichen Tanzschöpfungen des Walzerkönigs Johann Strauß hat der Verlag Schott nach Ablauf der dreißigjährigen Schutzfrist in billigen Einzelausgaben sowie Sammelbänden herausgebracht. Die Firma Otto Halbreiter, Promenadeplatz 16, hat diese Neuerscheinungen in einem besonders originell dekorierten Sonderfenster zusammengestellt. In der augenblicklichen Faschingszeit dürfte daher diese Ausstellung von allgemeinem Interesse sein. Das mit Notenbeispielen ausgestattete Verzeichnis steht Interessenten kostenlos zur Verfügung.

Eine Trauerfeier der Münchener Künstlerschaft für Ferdinand von Miller. Die Münchener Künstlerschaft veranstaltet am Sonntag, den 26. Januar, im Festsaale des Künstlerhauses, eine Trauerfeier für Ferdinand von Miller, den vor einigen Wochen in München verstorbenen hervorragenden Erzgießer.

Handel

Konkurs in Bayern

Eröffnet: Fels-G. m. b. H. Dampfsägewerk in Eisenstein i. Ndb., K.-V. Rechtsanwalt Einwag in Regen, A.-F. 12. Februar, P.-T. 26. Februar. — Engelbert Haindl, Alleininhaber des Bankgeschäftes Eichberger & Co. Ebersberg, K.-V. Rechtsanwalt Hofrat Schülein I, München, A.-F. 15. Februar, P.-T. 7. März. — Walter Tockus, Inhaber der gleichnamigen Fima, Schuhhaus in München, K.-V. Rechtsanwalt Dr. Wolf, München, A.-F. 7. Februar, P.-T. 28. Februar. — Peter Kesberger, Händler in Kurz-, Woll- und Baumwollwaren in Lautersheim, K.-V. Rechtsanwalt Lindemer in Kirchheimbolanden, A.-F. 10. Februar, P.-T. 17. Februar. — Landwirts-, Getreide- und Milchhändlersehleute Georg und Marie Bernecker in Weißenbronn, K.-V. Obersekretär Meiler in Heilsbronn, A.-F. 10. Februar, P.-T. 10. März.

Aufgehoben: Joseph Dimpflmaier, Mineralwasserfabrikant in Bad Tölz (Schlußverteilung.)

*

Vergleichsverfahren in Bayern.

Eröffnet: Fa. Ernst Levy & Co., Mehlhandlung in Bergzabern, V.-T. 8. Februar. — August Konrad Geber, Kaufmann in Mannheim, Inhaber einer Photohandlung unter der Fa. Photohaus Konrad Geber in Ludwigshafen a. Rh., V.-T. 14. Febr.

Aufgehoben: Martin Neumann, Konfektionsgeschäftsinhaber in Bamberg (Vergleichsbestätigung). — Hans Hoffstädter, Schuhwarenhändler in Bamberg (Vergleichsbestätigung). — Erhard Müller, Kolonialwarenhändler und Landwirt in Münchberg (Zwangsvergleich). — Oskar Böhm, Alleininhaber der Fa. Georg Pfeiffer & Co. in Koburg (Vergleichsbestätigung).

Aus der Bewegung

Gau Groß-München

Die Ortsgruppen des Gaues Groß-München haben bis Ende März ihre diesjährigen General-Mitgliederversammlungen abzuhalten.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage 1929.
2. Organisationsfragen.

Ich werde an sämtlichen General-Mitgliederversammlungen teilnehmen.

Folgende General-Mitgliederversammlungen sind bereits festgelegt:

22. Januar: O.-Gr. Westend
23. Januar: O.-Gr. Schwabing
24. Januar: O.-Gr. Gern
25. Januar: O.-Gr. Gräfelfing
26. Januar: O.-Gr. Allach-Untermenzing, nachm.
O.-Gr. Obermenzing, abds.
27. Januar: O.-Gr. Pasing
2. Febraur: O.-Gr. Freimann (Ismaning)
5. Februar: O.-Gr. Süd
13. Februar: Innere Stadt

Die noch nicht aufgeführten Ortsgruppen haben unverzüglich die von ihnen vorgemerkten Termine für die Generalmitglieder-Versammlung dem Gau in Vorschlag zu bringen.

Wagner, M. d. L., Gauleiter.

*

Eine ganze Anzahl von Parteigenossen haben ihre Mitgliedsbeiträge für Dezember noch auf das Postscheckkonto der Reichsleitung überwiesen. Dies bedeutet sowohl für die Reichsleitung wie für den Gau und die Ortsgruppen eine gänzlich unnötige Belastung mit Mehrarbeit. Die Ortsgruppen werden dringendst aufgefordert, jedem Parteigenossen den für ihn zuständigen Kassier zu benennen. Dabei bitte ich Rücksicht zu nehmen auf die bereits in der Durchführung begriffene organisatorische Neueinteilung Münchens.

Gau Groß-München der N.S.D.A.P.

gez.: Adolf Wagner.

*

Ortsgruppe Westend.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, Generalmitgliederversammlung im Friedenheimergarten, Landsbergerstraße 96. Erscheinen der Mitglieder Pflicht. Mitgliedsausweise sind mitzubringen.

Ortsgruppenleitung. gez.: Dietenhauser.

*

Ortsgruppe Gern.

Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, Generalmitgliederversammlung bei Semmelmann, Gerner Straße 20. Anwesenheit sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich. Gauleiter Pg. Wagner wird anwesend sein.

*

Ortsgruppe Au-Giesing.

Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, öffentlicher Sprechabend im Franziskanerkeller, Hochstraße. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

*

Ortsgruppe Haidhausen.

Donnerstag, den 23. Januar 1930, abends 8 Uhr,

Sprechabend im Hofbräuhauskeller.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre rückständigen Beiträge an diesem Abend einzuzahlen.

Ortsgruppe Süd.

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, öffentlicher Sprechabend im Gasthaus Koch, Thalkirchnerstraße 41.

Ortsgruppe Schwabing.

Die Generalmitgliederversammlung findet statt am Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Blüte", Ecke Blüten- und Barerstraße. Es spricht Gauleiter Pg. Adolf Wagner, M. d. L. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsausweise sind mitzubringen.

*

Ortsgruppe Allach.

Die Generalmitgliederversammlung der Ortsgruppe Allach findet nicht am 26. Januar, sondern am Dienstag, den 28. Januar, im „Würmtalhof", Allach, statt.

*

Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Hochschulgruppe München, Studentinnensektion.

Donnerstag, den 23. Januar 1930, abends 8 Uhr c. t., Mitgliederversammlung im kleinen Nebenzimmer des Mathilden-Hospizes, Mathildenstraße 5. Tagesordnung: 1. Arbeitsprogramm bis zum Semesterende. 2. Referat: „Die Organisation der N.S.D.A.P." 3. Verschiedenes. Erscheinen für alle Mitglieder unbedingt Pflicht. Die Sektionsführerin.

Theater-Anzeiger

Mittwoch, 22. Januar:

National-Theater: „Sly". Anfang 7.30 Uhr.
Residenz-Theater: „Ein Sommernachtstraum" Anfang 7.30 Uhr.
Prinz-Regenten-Theater: Schülervorstellung. „Wilhelm Tell". Anfang 2.30 Uhr.
Münchener Schauspielhaus: „Die 3 Groschen-Oper". Anfang 7.30 Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Bubi und die Frauen". Anfang 8 Uhr.
Münchener Volkstheater: „Hulla di Bulla". Anfang 8 Uhr.

Donnerstag, 23. Januar:

National-Theater: „Gianni Schicchi" hierauf „Coppelia". Anfang 7.30 Uhr.
Residenz-Theater: „Ernst". Anfang 8 Uhr.
Prinz-Regenten-Theater: „Ödipus". Anfang 7.30 Uhr.
Münchener Schauspielhaus: „Die 3 Groschen-Oper". Anfang 7.30 Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Bubi und die Frauen". Anfang 8 Uhr.
Münchener Volkstheater: „Hulla di Bulla". Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Augsburg.

Mittwoch, den 22. Januar.

18. Vorstellung in Platzmiete C. „Schwanda, der Dudelsackpfeifer". Anfang 7.30 Uhr.

Donnerstag, den 23. Januar.

Vorstellung für die Volksbühne. „Vorstadtparadies". Anfang 7.30 Uhr.

Theater in Nürnberg

Mittwoch, 22. Januar.

Altes Stadt-Theater am Lorenzerplatz: „Jedermann" Anfang 8 Uhr.
Neues Stadt-Theater am Ring. Keine Vorstellung.

Donnerstag, 23. Januar.

Altes Stadt-Theater am Lorenzerplatz. „Die Sache, die sich Liebe nennt". Anfang 8 Uhr.
Neues Stadt-Theater am Ring: „Der letzte Walzer". Anfang 8 Uhr.

Landestheater Koburg.

Donnerstag, 23. Januar:

Donnerstags-Dauerkarte, Vorstellung 24. Zum ersten Male: „York". Anfang 7 Uhr.

Stadttheater Würzburg.

Donnerstag, 23. Januar:

15. Vorstellung in der Donnerstag-Dauermiete. Preise B; Studentenkarten gültig. „Minderheit". Anfang 8 Uhr.

Film des Tages

Gloria-Palast, Stiglmaierplatz, und **Schauburg,** Elisabethplatz. Der neue Van-de-Velde-Film „Fruchtbarkeit" — „Die seltsame Vergangenheit der Thea Carter", mit Olaf Fönß, June Marlowe, Olga Engl, Herm. Vallentin.
Filmburg, Feilitzschstraße 7. „Der Adjutant des Zaren" mit Iwan Mosjukin, Carmen Boni. — „Zwei junge Herzen" mit Glenn Tryon und Barbara Kernt.
Imperial-Theater, Schützenstr. 1a. „Atlantic" mit Franz Lederer, Theodor Loos.
Bahnhof-Lichtspiele, Schillerstraße 4. „Sonja, Sonja, Du mein Glück" mit Harry Liedtke, A. Esterhazy. — „Das Todesseil der Blandin-Truppe" mit Carl de Vogt, Maly Delschaft.
Capitol-Lichtspiele, Türkenstraße 89. „Die Nacht nach dem Verrat" mit Lia de Putti. — „Meine Schwester und ich" mit Igo Sym M. Christians.
Fern-Andra-Lichtspiele, Nymphenburgerstr. 136. „Das Mädchenschiff" mit Margot Landa. — „Geschminkte Jugend".
Scala-Lichtspiele, Türkenstr. 24. „Die Geheimpolizisten" mit Eddie Polo, Anton Pointner, Rina Marsa.
Kammerlichtspiele, Kaufingerstr. 28. „The Pilgrim" (Der Pilger) mit Charles Chaplin. — „Autobus Nr. 2" mit Lee Parry-Benz, Fritz Kampers.
Wittelsbacher-Lichtspiele, Wittelsbacherplatz 3. „Wildschütz Jennerwein" mit Grit Haid. — „Was eine schöne Frau begehrt". Lustspiel mit Billi Dove.
Merkur-Lichtspiele, Gollierstr. 24. „§ 173 Blutschande" mit Olga Tschechowa, Erna Morena, Walter Rilla. — „S.O.S. Schiff in Not" mit Liane Haid, Alfons Fryland.
Leopold-Lichtspiele, Leopoldstr 50. „Simba, der König der Tiere." — „Pat und Patachon als Vagabunden."
Marmorhaus, Leopoldstr. 35. „Los, Harold, los." — „Die Herrenhofsage."
Regina-Lichtspiele, Kaufingerstr. 23. „Die Lady von der Straße" mit William Boyd, Lupe Velez.
Karlsplatz-Theater, am Stachus. „Der 13. Geschworene" mit Francis Buschmann. — „Hütet Euch vor leichten Frauen" mit Vivian Gibson, Helga Thomas, Leo Peukert.
Emelka-Theater, Augustenstr. 89. „Die Frau im Mond" mit Willy Fritsch, Gerda Maurus. — „Achtung!"
Luna-Palast, Dachauerstraße 46. „Der Dieb von Bagdad" mit Douglas Fairbanks. — „Der Adler" mit Rudolf Valentino.
Film-Palast, Müllerstr. 32. „Fruchtbarkeit". — „Die seltsame Vergangenheit der Thea Carter", mit Olaf Fönß, June Marlowe, Olga Engl, Hermann Vallentin.
Rathaus-Lichtspiele, Weinstr. 8. „Die weiße Hölle von Piz-Palü" mit Gustav Dießl, Leni Riefenstahl, Ernst Petersen, Ernst Udet.
Kamera-Kino, Geibelstr. 6. „Konfetti". — „Susannes erstes Abenteuer", mit Coleen Moore.
Phöbus-Palast, Sonnenstr. „Das Land ohne Frauen" mit Konrad Veidt, Elga Brink, Ernst Verebes.
Hans-Sachs-Pavillon, Hans-Sachs-Straße 20 „Die Straße der verlorenen Seelen" mit Pola Negri. — „Qualen der Schuld."
Bergpalast, Wirtstraße 11. „Mutterliebe" mit Henny Porten. — „Qualen der Schuld."
Alhambra-Lichtspiele, Lindwurmstraße 124. „Karneval des Lebens" mit Maria Jacobini. — „Ja, ja .. so sind die Frauen" mit Hans Junkermann.
Carl-Gabriels-Lichtspiele, Dachauerstraße 16 „Kennst du das kleine Haus am Michigansee" — „Vom Täter fehlt jede Spur."
Lindwurmhof-Lichtspiele, Lindwurmstr. 88. „Der heilige Berg" mit H. Schneider. Leni Riefenstahl. — „Der Schrecken der Posträuber" mit Tom Mix.
Lipali, Kaufingerstraße 14. „Der Todesstollen mit Jack Hoxie. — „Flucht vor der Liebe" mit Jenny Jugo, Vera Schmitterlöw, Paul Heidemann, Kurt Behrendt.

„Ihre Abhandlung ... hat mich ergriffen wie selten eine Schrift in meinem langen Leben"

schrieb A. Geistbeck

über das durch die Buchhandlung

Franz Eher Nachf. G. m. b. H. München, Thierschstr. 11

zu beziehende Buch:

Vogel

Denke und fühle deutsch

Preis kartoniert M. 1.50

Geschmackvolle Ausführung und Umarbeitungen sowie Reparaturen v.

Goldschmiedearbeiten

Otto Gahr,

Goldschmied und Ziseleur,

München Mariannenstr. 3/31.

Rundfunk

Donnerstag, den 23. Januar.

6.45 Uhr: Morgengymnastik I.
11.05 Uhr: Pressemeldungen. Zeitangabe. Wetterbericht.
12.00 Uhr: Übertragung der Funkbildwetterkarte der Bayerischen Landeswetterwarte.
12.30 Uhr: Mittagskonzert.
1.55 Uhr: Zeitzeichen.
2.00 Uhr: Zeitangabe. Wetterbericht. Pressemeldungen. Werbenachrichten. Börsennachrichten. Tagesprogrammdurchsage.
3.45 und 5.55 Uhr: Zeitangabe. Wetterbericht. Neueste landwirtschaftliche Meldungen.
4.00 Uhr: Lesestunde: Mein Patient.
4.30 Uhr: Konzert: Funktrio.
5.25 Uhr: Klavierkonzert.
6.15 Uhr: Landwirtschaftsfunk: Land.-Ök.-Rat G. Kropp, Würzburg: Die Einheitsbewertung in Bayern.
6.45 Uhr: Büchertisch.
7.00 Uhr: Dr. W. Lipps: Biologische Merkwürdigkeiten (I).
7.30 Uhr: Willy Buschhoff (Berlin).
8.10 Uhr: Schallplatten-Konzert.
8.50 Uhr: Symphoniekonzert. Leitung Hans A. Winter.
10.20 Uhr: Bekanntgabe der nächsten Opernübertragung. — Abendmeldungen.

Beerdigungen

am 23. Januar 1930.

Ostfriedhof: Beer Hans, Regierungsoberregistrator a. D., 59 Jahre, 2.30 Uhr; Kellner Frieda, Kassierin, 19 J., 2.30 Uhr; Römer Alfred, Automechanikerskind, 1 J., 2 M., 3 Uhr; Schmucker Franz, Stenograph, 69 J., 2.45 Uhr; Naue Ida, Hausdame, 70, J., 11 Uhr (Feuerbestattung.)

Westfriedhof: Eder Josefa, Gärtnersgattin, 77 J., 4 Uhr; Breyherr August, Elektromonteur, 68 J., 2.30 Uhr; Zisch Johann, Brauereiarbeiter, 75 J., 2 Uhr; Popp Friedrich, Postassistent, 64 J., 3.30 Uhr; Hackenbuchner Anna, Eisendrehers tochter, 10¾ J., 3 Uhr; Schicker Martha, Näherin, 34 J., 4.15 Uhr.

Nordfriedhof: Schweiger Hildegard, Gärtnerskind, 5 M., 1.30 Uhr; Reim Martin, Gastwirt, 70 J., 2.30 Uhr; Sellmann Therese, Kesselschmiedswitwe, 73 J., 3 Uhr; Krieg Eleonora, Lackiererswitwe, 64 J., 2 Uhr; Schmahl Philipp, Schneider, 80 Jahre, 3.30 Uhr.

Waldfriedhof: Himmighofen Hermann, Kaufmann, 58 J., 3 Uhr; Distler Karl, Metzgermeister, 55 J., 2.30 Uhr.

Deutsches Theater

HEUTE Mittwoch, 22. Februar 1930

abends 9 Uhr DER

MODE-BALL

Leitung: MARQUIS DE GIAFFERRI, PARIS

Max Michael Oswald zeigt die fabelhafte Festdekoration des Karnevals 1930 in weißer Seide!

Modisches Spiel unt. Pleureusen-Bäumen von Ladislaus Czettel, Wiener Staatsoper

Ballett von Prof. Gust. Neuber v. der Volksoper Wien

Das lange Kleid

100 Modelle erster Schneider der Welt!

MODE-TOMBOLA

Für M. 1.— gewinnen Sie Modelle der Mode!

Vorverkauf ist eröffnet: Deutsches Theater ● Hieber Billett-Kiosk ● Wallach ● Asta für Studierende
Eintrittspreis: Saalkarte M. 5.-, Logen M. 8.- bis 12.-

Donnerstag, 23. 1. 1930, 4 Uhr **Mode-Nachmittags-TEE** M. 3.50 mit Gebäck

ETTE Europas beste Tanzmusik spielt

Mittwoch, 29.1.: **I. Balparé** mit intern. Welt-Miramundum

Bauern-Not = Volkes Not!

Hakenkreuzbanner und schwarze Fahne — die Symbole für die Befreiung der Schaffenden

Der deutsche Bauer im Jahre 1929

Preissturz für landwirtschaftliche Produkte — Nur der Zwischenhandel noch rentabel — Die zweischneidigen Kredite — Ungeheuerliche Steuerbelastung — Die Rettung

Trotz drückender Steuer- und Soziallasten, zunehmendem Arbeitermangel und vermehrter Lebensmitteleinfuhr hat der deutsche Bauer auch im vergangenen Jahr 1929 gezeigt, daß er die Ernährung des Volkes aus eigener Scholle sicherstellen kann. Einheitssortenbau, Verbesserung der Technik durch neuzeitliche Bodenbearbeitungs- und Düngungsmaßnahmen führten zu einer Ernte, die sowohl der Qualität als auch der Menge der Rekordernte des Jahres 1928 nur wenig nachsteht.

Bei allen Rationalisierungsmaßnahmen konnten aber die Einnahmen nicht die Vorjahrshöhe erreichen, **die Zahl der Verlustbetriebe mußte steigen**, da die Bedarfsartikel und Betriebsmittel teils eine steigende Preistendenz aufwiesen, teils gleichbleibende Preishöhe zeigten. Schon bei gleichbleibenden Produktenpreisen und erhöhten Betriebsmittelpreisen mußte die Verdienstspanne des Landwirts, wenn von einer solchen z. Zt. überhaupt gesprochen werden kann, sinken. Da sich aber **der Preiseinbruch** bei Getreide seit 1927 über das Jahr 1928 **auch nach der Ernte 1929 sogar in stärkerem Maße fortgesetzt hat**, sind die dadurch entstandenen Verluste augenscheinlich. Eine einfache Überschlagsrechnung zeigt, daß die Verluste durch die stetige Preisminderung ganz außerordentliche sind. Der Börsendurchschnitt für Verkaufspreise betrug für den Doppelzentner

Ernte	1927	1928	1929
Weizen	25.00	22.00	22.50 M.
Roggen	24.50	21.50	18.50 M.
Hafer	22.70	20.70	18.20 M.
Gerste	28.00	25.00	22.00 M.

Mit Ausnahme des Weizens sind sämtliche andere Getreidearten in beiden Jahren ziemlich gleichmäßig gefallen. Rechnet man nach dem statistischen Reichsamt die verkaufsfähige Erntemenge 1929 mit 21 Millionen Doppelzentner Weizen, 41 Millionen Doppelzentner Roggen, 28 Millionen Doppelzentner Hafer und 22 Millionen Doppelzentner Gerste, so beträgt bei vorsichtiger Schätzung **der Verlust der deutschen Landwirtschaft durch die Preisminderung im letzten Jahre rund 260 Millionen Mark, bei Bezugnahme auf die Preise der Ernte 1927 550 Millionen Mark, ein außerordentlich schwerer Verlust für den notleidenden deutschen Bauern.** Dieser Verlust wäre bei einer gleichzeitigen Verbilligung des Endproduktes und der Lebenshaltung noch zu rechtfertigen. Nun ist aber im letzten Jahr der Lebenshaltungsindex nicht gesunken, im Gegenteil.

Dieser auf dem Rücken des deutschen Bauern entstandene Verlust muß also anderen Wirtschaftskreisen wieder zugute kommen, vor allem dem **Zwischenhandel**, der sich im letzten Jahrzehnt vervielfacht hat und **dessen hoher Gewinnanspruch in keinem tragbaren Verhältnis zum Erzeugerpreis steht.** So kommt es, daß heute der Bauer klagt und schimpft, gleichzeitig aber auch der Arbeiter und Städter über die teure Lebenshaltung unzufrieden ist und dem Bauern die Schuld in die Schuhe schiebt. Auch hier das uns Nationalsozialisten längst bekannte Bild: zwei große Berufsstände dürfen nie zu einer Einigung kommen, damit ein lachender Dritter sie beherrscht und ihnen den Lohn wegnimmt.

Wie ein Faustschlag ins Gesicht muß es aber für den deutschen Bauern wirken, während er für seine gute Ernte kaum einen Käufer findet, wenn andererseits **allein im 1. Halbjahr 1929 ein Einfuhrüberschuß** von 6,083 Millionen Doppelzentner Brotgetreide (nach Umrechnung des Mehles), von 1,496 Millionen Doppelzentner Fleisch, Fleischwaren und tierische Fette, eine Einfuhr von 267 Millionen Mark für Milch und Molkereiprodukte und von 152 Millionen Mark für Obst und Gemüse, insgesamt in einem Werte **von rund 2 Milliarden Mark** vorhanden ist. Für das gesamte Jahr 1929 wird sich diese Summe auf 4 Milliarden erhöhen. Nicht nur, daß man damit den Bauern um seinen kargen Lohn bringt, beschäftigt man mit dieser ins Ausland fließenden Riesensumme rund 2 Millionen Arbeiter im Ausland, während wir dafür im Inland durch Landflucht, mangelnde Beschäftigung unseres Nahrungsmittelgewerbes und zahlreicher Industrien Arbeiter in großer Zahl ausstellen und als Arbeitslose unterstützen müssen. Man greift sich an den Kopf bei Betrachtung dieser Zustände, denn hier kann nicht mehr von einem einfachen Leerlauf, sondern nur noch von einer Verstärkung und Verdoppelung der Mißstände innerhalb unserer Volkswirtschaft gesprochen werden. Ist dies überhaupt noch eine „Wirtschaft im Dienste des Volkes" oder „für die Gesamtheit des Volkes" zu nennen?

Daß die **im Sommer 1929 durchgeführten Zollerhöhungen** ein Schlag ins Wasser waren, hat jeder Bauer gesehen. An Stelle einer Festigung und Versteifung der Getreidepreise trat ein Preissturz ein. Allein im Juli wurden rasch noch 45 Millionen Doppelzentner eingeführt und späterhin auch noch Gerste und Hopfen. **Die heutige kapitalistische Wirtschaftsform**, die gegenüber dem kapitalarmen Bauern über große Kapitalsummen verfügt, die sie jederzeit auf den Markt werfen kann, wird durch kleinliche Zollschutzmaßnahmen allein in der Beherrschung der Produktenpreise nicht behindert werden. Dazu gehört eine gleichzeitige organische und durchgreifende Änderung der gesamten Wirtschaftspolitik des Reiches. Da der Bauer keinen Einfluß auf die Preisbildung seiner Produkte ausüben kann, müßte notwendigerweise der Staat den Schutz seiner Landwirtschaft übernehmen. — **Am Jahresschluß wurden wiederum neue Zollerhöhungen beschlossen.** Sie bilden für viele Landwirte die letzte Hoffnung. Dabei wurde bei Weizen **und Gerste erstmalig ein gleitendes Zollsystem** eingeführt, was nach Erfahrungen anderer Länder eine noch größere Möglichkeit für Spekulationen und Preisschwankungen bietet.

Nachdem **der heurige Hopfen** bereits zu Schleuderpreisen, sie entsprechen dem fünften bis zehnten Teil der Hopfenpreise 1927, verkauft ist, wurde nun auch **das Hopfenprovenienzgesetz** angenommen. Dieses hat insoferne eine große Lücke, als der ins Ausland gehende Hopfen gemischt werden darf. Ohne Hopfeneinfuhrverbot oder wenigstens Erhöhung der Einfuhrzölle, wird auch hier keine durchgreifende Besserung eintreten können. Auf der europäischen Wirtschaftskonferenz im November 1927 ist aber **Deutschland der „internationalen Konvention für Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote"** beigetreten, eine Angelegenheit die für die deutsche Landwirtschaft von weittragender Bedeutung werden kann und unseren Bauern kaum bekannt sein dürfte, da sie überall möglichst rasch übergangen oder überhaupt totgeschwiegen wird. Ihr Inkrafttreten ist zur Zeit wieder hinausgeschoben worden. Es ist, gelinde gesagt, **ein Unsinn, eine krank und arm danieberliegende Volkswirtschaft mit der internationalen Weltwirtschaft zu verflechten.** Zuerst muß eine organische Gesundung der Wirtschaft der Nation erstrebt werden, die den blutgebundenen Lebenszielen des Volkes entspricht. Ist dies nicht der Fall, **so wird der deutsche Bauer** in noch stärkerem Maße **zum Spielball der internationalen Wirtschaftsmächte** und weiter hin gedrückt und ausgebeutet. Der Gedanke an die Freiheit der Nation und Wiedergesundung der großen Berufsstände, des Bauern und des Arbeiters, muß internationalen Händler- und Krämergeist unterdrücken.

Wie auch der deutsche **Gemüsebauer** durch die starke und frühzeitige Auslandskonkurrenz eine Preissenkung ertragen mußte, so herrscht auch beim deutschen **Tabakbauern** Sorge und Niedergeschlagenheit. Infolge der drohenden Tabaksteuer will kein Käufer die vorzügliche Tabakernte abnehmen. Wie groß werden sich hier die Verluste belaufen?

Wenn sich auch **die Schweinepreise** im vergangenen Jahr gut hielten, so beginnt hier bereits der vorausgesagte Preisrückgang. **Die Rindfleischpreise** standen durchschnittlich auf Friedenshöhe, was bei Berücksichtigung der Geldentwertung eine Wertminderung um ein Drittel ausmacht; sie entsprechen also auch nur 70 Prozent des Vorkriegspreises. Will aber der Landwirt sein Getreide in Kraftfuttermittel zur Erzeugung von hochwertigen Produkten umtauschen, so stehen heute die weltwirtschaftlichen Futtermittel, die 1929 wieder um 25 Prozent gestiegen sind, gut über der Hälfte der jetzigen Getreidepreise. Ein wenig rentabler Umtausch und ein Zeichen der fortschreitenden Entwertung der Mark.

Wo die Not am größten ist, werden von Zeit zu Zeit **Staatskredite**, z. B. für Molkereien, jetzt für Hopfen, ausgegeben. Da diese Kredite aus Steuergeldern oder aus hochzuverzinsenden Auslandsanleihen genommen werden, wird dadurch keine Besserung geschaffen. Dem einzelnen wird damit wohl vorübergehend geholfen, aber die Steuerlasten der Allgemeinheit erhöhen sich um so mehr.

Eine bereits im vergangenen Erntejahr 1928 und auch heuer wieder angepriesene Hilfe, **die Lombardierung oder Beleihung der Erntevorräte**, zeigte sich gleichfalls als ein Fehlschlag. Diese Beleihung rentiert sich für den Landwirt nur dann, wenn er die Sicherheit hat, das Getreide später zu höheren Preisen zu verkaufen. Diese Gewißheit ist aber nie gegeben. Im letzten und heurigen Erntejahr gingen die Preise abwärts. Schon bei gleichbleibenden Preisen muß der Landwirt die Zinsen der Beleihung tragen; bei fallenden Preisen kommt außer dem Zins noch der Preisverlust hinzu. **Die individuelle bäuerliche Wirtschaft wird sich niemals in das jetzige, hochkapitalistische Wirtschaftssystem einreihen können.** Wo das fremde Leihkapital mit seinem hohen Zinsendienst in die bäuerlichen Betriebe oder Genossenschaften eindringt, verteuert es den Betrieb und führt immer mehr zu einer Überfremdung unserer Landwirtschaft. Durch die immer stärker in der Wirtschaft fließenden Bankgelder wird die Zwischenhandelsspanne noch mehr erhöht.

Auch **die bäuerliche Siedlung** konnte ihr Versprechen, jährlich 10 000 neue Siedlerstellen zu schaffen, nicht halten. Nach neunjährigem Bestehen des Siedlungsgesetzes mit dem Ziele, eine gesunde und gerechte Mischung der Besitzgrößenverhältnisse vor allem in den östlichen Teilen des Reiches zu schaffen, wurden insgesamt 16 000 bäuerliche Siedlerstellen errichtet, also jährlich kaum 2000 (die weiteren 10 000 sind unter zwei Hektar groß). Es muß aber auch hier festgelegt werden, **wie widersinnig die Wirtschaftspolitik des Reiches arbeitet. Auf der einen Seite** wird eine Verarmung der Landwirtschaft, eine Aufblähung der Industriekonzerne und Truste herbeigeführt, eine andauernde Landflucht verursacht, **die Bauernsöhne werden dadurch in die Städte und Fabriken gelockt, die Bauerntöchter wollen keinen Bauern mehr heiraten**, die Auswanderung und die Entvölkerung des deutschen Ostens nimmt zu — und **auf der anderen Seite** versucht man, dieses nun entvölkerte flache Land mit einem kostspieligen Apparat wieder zu besiedeln. Auch hier sieht man klar **den Mangel einer einheitlichen, zielsicheren und verantwortungsbewußten volkswirtschaftlichen Leitung.** Völkische Wirtschaftspolitik würde allein ein Siedlungsgesetz unnötig machen. Ohne Rentabilität der Landwirtschaft läßt sich eine erfolgreiche Siedlung nicht durchführen.

Schauen wir vorwärts ins neue Jahr, so zeigen sich trübe Ausblicke. Die niedrigen Preise des letzten Jahres machen es noch mehr wie im Vorjahre dem Handel und dem verarbeitenden Gewerbe möglich, **mit geringeren Geldsummen größere Getreidemengen aufzustapeln.** Damit dürfte für die Ernte 1930 bereits wieder ein preishemmendes Moment vorhanden sein. Auch **handelspolitisch** zeigen die letzten Handelsverträge, daß man von dem bisherigen Weg noch nicht abzugehen gedenkt. Man sieht immer noch in einem möglichst großen Export industrieller Produkte **ohne** gleichzeitige Erhöhung des Binnenumsatzes an eine kaufkräftige Landwirtschaft das wirtschaftliche Ziel des Staates. **Die Steuerbelastung der Landwirtschaft** wird durch die wahrscheinliche Annahme des Youngplanes bestehen bleiben. Das neue Steuerprogramm setzt die bisherige höhere Belastung des sichtbaren Besitzes gegenüber dem Bank- und Börsenkapital fort.

Trotz alledem darf der deutsche Bauer den Mut nicht sinken lassen. Er wird die Rettung seiner Ackerscholle erreichen, wenn er in unseren Reihen tatkräftig mitkämpft. Denn nur **durch den Sieg des Nationalsozialismus wird wieder eine gesunde organische Wirtschaft innerhalb blutgebundener Grenzen entstehen**, wird die internationale Hochfinanz ihre ausbeutenden Fangarme zurückziehen müssen. Mit dem Sieg unserer Idee, „das Leben des Volkes steht über dem selbstsüchtigen Interesse des einzelnen" wird auch der Bauer wieder ein freier Mann auf freier Scholle und das, was er früher war: **der erste Sohn des Staates.**

Dipl.-Landwirt **Hergenröder.**

Die Enteignung der Bauern

Auf dem Wege zur Kollektivwirtschaft — Die Umlegung bereitet den Weg

Von Dr. R. Ley, M. d. L.

Herr Genosse **Braun**, Dr. honoris causa — und derzeitiger Ministerpräsident des „Freistaates Preußen — soll kürzlich in einer Nachtgesellschaft über Sowjet-Rußland folgendes Urteil abgegeben haben:

„Ich bin kein Gegner des Sowjet-Systems; ganz im Gegenteil, was ich an Sowjet-Rußland beanstande, ist einzig und allein das Tempo."

Uns Nationalsozialisten nimmt diese Äußerung eines Sozialdemokraten durchaus nicht wunder. Ob Kommunist oder Sozialdemokrat, sie sind beide Kinder des gleichen Geistes, des Marxismus. Sie unterscheiden sich nur in dem „Tempo". Für beide gilt der Fundamentalsatz der marxistischen Wirtschaftslehre:

Eigentum ist Diebstahl! Alles gehört Allen! Gebt die Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit!

In Rußland geschieht die Enteignung auf heißem Wege. Wer sich wehrt, wird erschossen, die übrigen wandern aus. Der Weg zur marxistischen Kollektivwirtschaft ist gepflastert mit den Millionen Menschen, die von den Bolschewisten ermordet wurden.

In Deutschland geschieht die Enteignung auf kaltem Wege. Man wahrt den Schein. Man macht vorher „Gesetze", um dann auf „gesetzlichem" Wege das gleiche Ziel zu verfolgen — Enteignung. — Kollektivwirtschaft.

Und da die hochkapitalistische Wirtschaftsordnung der Banken und Börsen die gleiche Entwicklung nehmen muß, so ergänzen sich beide.

Es sind zwei Mühlsteine, die genau aufeinander abgestimmt sind, zwischen denen die Arbeit zerrieben und zermahlen wird!! Marxismus und Leihkapital!

Wieviele produktive Industriebetriebe sind durch beide zur Strecke gebracht worden, so daß heute die gesamte deutsche Industrie in den Klauen und Fangarmen der Banken versinkt. Die deutschen Unternehmer, die ehemaligen Eigentümer ihrer Werke, sind durch das Aktiensystem, Zins- und Börsenmanöver aufgefressen, nachdem sie vorher durch sinnlose marxistische Wirtschaftskämpfe dazu reif gemacht wurden.

Betrachten wir als zweites die Inflation.

Der rote marxistische Zentrumsmann Erzberger brüstete sich:

„Ich habe die Inflation eingeleitet, der Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister!"

Der Sozialdemokrat Hilferding ließ sich das nicht zweimal sagen und prägte das Wort: „Mark gleich Mark!" und machte es zum Gesetz. Zu wessen Nutz und Frommen? Allein zum Vorteil der Bank- und Börsenbanditen, der Warburgs, Levi-Hagen, Goldschmidt, Wassermann und wie all die Finanzmischpoche heißen mag. Auch hier wiederum das Gleiche, Marxismus und Leihkapitalismus arbeiten einträchtig zusammen, um das mühsam erworbene Sparvermögen zu vernichten.

Sehen wir nicht weiter, wie gegenwärtig langsam, aber sicher, der gesamte Mittelstand, **Handwerk und Kleinbetrieb, zwischen den beiden Gewalten Großwarenhaus** — Ausdruck großten Finanzkapitals — und marxistische Konsumvereine geradezu erdrückt und erdrosselt wird?

Alles die gleiche Tendenz:

Vernichtung des erarbeiteten Eigentums und Züchtung kapitalistischer Ungetüme wie Truste, Konzerne, Mammutbanken, Warenhäuser, marxistische Konsumvereine, marxistische Arbeiterbanken, städtische Sklarekbetriebe!

Alles gehört allen und keinem gehört etwas! Das ist der Weg der demokratischen Republik zur „sozialistischen" — sprich marxistischen Republik. Die deutsche Republik unterscheidet sich von Sowjet-Rußland lediglich durch das Tempo der Sozialisierung nach dem Motto:

Enteignet die Deutschen, der Jude braucht Geld!

So ist denn jetzt der deutsche Bauer dran!

Will diese durch und durch sozialdemokratisch verseuchte Republik leben, muß der bodenständige Bauer sterben!

Wie sagte doch Bebel im Reichstag:

„Wir Sozialdemokraten sehnen den Tag herbei, wo der Bauer von seiner Scholle vertrieben wird, damit er zum Proletariat wird".

Das furchtbare marxistische Wort gilt heute genau so wie gestern: ob Bebel oder Braun, mit dem einen Unterschied, was gestern nur ein Wunsch war, ist heute zur schrecklich greifbaren Wirklichkeit geworden.

Heute ist die bauernfeindliche Sozialdemokratie an der Macht und die bürgerlichen Trabanten leisten ihr Zutreiberdienste.

Das Ziel aller marxistischen Bauernpolitik ist die Entwurzelung und Enteignung des gesamten Bauerntums und die Schaffung bäuerlicher Kollektiv-Wirtschaften.

Der Weg ist eine räuberische Steuerpolitik, ein wucherisches Leihkapital, ein absichtlicher Abbau jeglichen Schutzzolles, Umlegung des bäuerlichen Eigentums und dann zuletzt Schaffung von Produktiv-Genossenschaften, die mit Hilfe anonymer Anteilscheine an den Börsen handelsfähiger Aktien die Scholle beweglich machen, in mobiles Kapital verwandeln.

Steuer, Zins, Wucher und Freihandel sollen den Bauern mürbe machen, die Umlegungen (Land-Zusammenlegung) sollen dem Bauern einmal den sittlichen Eigentumsbegriff nehmen und zum anderen die Schaffung von Produktiv-Genossenschaften technisch vorbereiten.

Diese Umlegung ist der erste Schritt zur Kollektivwirtschaft und damit zum bäuerlichen Proletariat.

Das erste Gesetz zur Umlegung von landwirtschaftlichen Grundstücken wurde in Preußen im Jahre 1822 geschaffen. Dieses Gesetz sollte dazu dienen, Grundstücke, die im Gemeinschaftsbetrieb waren, unter die einzelnen Eigentümer aufzuteilen, sobald dies von mehr als 50 Prozent der Beteiligten verlangt würde. Zu diesem Gesetz wurden Zusatz- und Änderungsvorlagen in den Jahren 1851 und 1872 eingebracht. Eine derselben sah vor, daß die Umlegungsbestimmungen dahin geändert wurden, daß nun nicht mehr **allein Gemeinschaftsbetriebe der Umlegung unterworfen waren**, sondern generell alle landwirtschaftlichen Grundstücke in die Umlegung eingezogen werden konnten. Dies galt besonders für die heillos zerstückelten Grundstücke in Rheinland und Hessen-Nassau. Hier hatte das geltende napoleonische Erbrecht zum Teil ganz unhaltbare Zustände geschaffen. Auch hier konnte jetzt bei Zustimmung von mehr als 50 Prozent Beteiligten eine zwangsmäßige Um- und Zusammenlegung vorgenommen werden. Die Bejaher der Umlegung können in der geschichtlichen Entwicklung der Umlegung noch weiter zurückgreifen und sogar Friedrich den Großen zum Zeugen für die Richtigkeit ihres Handelns anführen.

Ich erinnere nur an die vorbildlichen Siedlungen im Oderbruch, die auf Grund zwangsweiser Umlegung geschaffen wurden und die heute noch in ihrer genialen Anlage als unerreicht gelten dürften.

Gewiß, es ist unbedingt richtig, die Umlegung und Zusammenlegung ist manchmal notwendig. Jedoch das steht gegenwärtig gar nicht zur Debatte. Eingangs sagte ich schon:

Die Umlegung ist heute ein Werkzeug der marxistischen Machthaber, um ihrem Ziel, der Verproletarisierung der Bauern, näher zu kommen. **Die Umlegung ist heute kein technisch-wirtschaftliches Problem, sondern eine höchstpolitische Frage.**

Hat der Staat und seine Träger das erarbeitete Eigentum und die Scholle des Bauern zum geheiligten Gesetz als absolut unantastbar erklärt,

wie es unter dem alten Fritz oder auch noch im Vorkriegsdeutschland der Fall war,

dann ist die Umlegung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit nur zu begrüßen; stehen aber alle Handlungen des herrschenden Systems im Dienste der Enteignung,

wie ich es ebenso kurz schilderte,

so kann ganz besonders der Bauer nicht konservativ genug sein; **mit dem größten, dem allergrößten Mißtrauen muß er alles das betrachten, was ihm der Staat bringt. Dieses Mißtrauen muß sich zur brutalen rücksichtslosen Abwehr steigern, wenn es sich um angebliche Wohltaten handelt.**

Eine solche Wohltat sollte denn wohl auch das neue Umlegungsgesetz kurz nach der Revolution, vom Jahre 1920, sein. Man wollte damit den Bauern helfen. Sehen wir uns nun einmal die Unterschriften der Gesetzgeber an.

Vier Sozialdemokraten, Severing-Braun-Hainisch-Lüdemann, dazu den Zentrums-Marxisten Stegerwald und den rosaroten Demokraten Fischer.

Diese geschworenen Bauernfeinde wollen also dem Bauern eine Wohltat erweisen? Bauer spitz die Ohren! — Und wenn man sieht, mit welcher unheimlichen Geschäftigkeit und mit allen Mitteln jüdischer Beredsamkeit Landrat, Bürgermeister und Kulturamts-Beamte ihre ganze Energie aufwenden, um den Bauer dafür zu gewinnen, wird man schon, ohne den Inhalt des Gesetzes zu kennen, mit allen Mitteln die zugedachte Wohltat abwehren müssen.

(Schluß siehe Rückseite.)

Die Landwirtschaft — das Stiefkind der deutschen Nation

Die niedrigen Preise für Agrarprodukte — Existenztötende Massenverschuldung

F. **Müller**, Huckelheim.

Ein amerikanischer Staatsmann prägte einmal das Wort: „Ihr könnt das ganze Volk eine gewisse Zeit und einen gewissen Teil des Volkes die ganze Zeit übertölpeln, aber nicht das ganze Volk die ganze Zeit." Für kein Volk trifft dieser Ausspruch mehr zu wie für unser deutsches Volk und in diesem wieder für den Bauernstand. Die ganze Zeit her ist es seiner bisherigen Führung gelungen, die Bauerninteressen den verschiedenen Parteiinteressen unterzuordnen, den Bauernstand unwissend über seine schlechte Wirtschaftslage zu halten, und seine durch bittere Not hervorgerufenen Wutausbrüche durch Protestkundgebungen einzuschläfern. Doch allmählich sammeln sich immer mehr Bauern, die nun endlich einsehen, daß die bisherigen Parteien nur wenig die Bauerninteressen vertraten, die nun merken, daß die einzelnen Bauernorganisationen sie bis jetzt nicht von ihrer Not schützen konnten, weil sie sich in der Hauptsache **darauf beschränkten, wirtschaftliche Interessen zu vertreten, und auf politischen, insbesondere außenpolitischen Einfluß verzichteten.** Endlich sehen heute viele Bauern ein, daß es vor allem nur **außenpolitische Hintergründe sind, die die drohende Agrarkrisis heraufbeschworen, daß nur durch Befriedigung des Dawesplanes, des Youngplanes und der gesamten Reparationslasten eine Wendung in der gegenwärtigen schlimmen Lage zu erreichen ist.** So ist zu verstehen, daß **der Nationalsozialismus immer mehr Boden auf dem Land gewinnt, denn nur er kann den Bauern Befreiung aus all dieser Not bringen.**

Eine Veröffentlichung in der vom statistischen Reichsamt herausgegebenen „Wirtschaft und Statistik" zeigt wieder deutlich die niedrigen Preise in der Landwirtschaft und läßt erkennen, daß trotz der kleinen Zahlerhöhungen vor kurzer Zeit, trotz der guten Ernte des Jahres 1928 und der auch heuer zu erwartenden guten Ernte der Bauer auch weiterhin schlecht wirtschaften und immer mehr seinem Untergang zuschreiten wird. In einem Aufsatze: „Die landwirtschaftlichen Märkte" wird über die Indexziffern für die einzelnen Agrarstoffe der letzten Monate und Jahre berichtet. Sie zeigen in erschütternder Deutlichkeit **die tiefe Preislage aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse und lassen verstehen, daß heute schon vier Fünftel aller landwirtschaftlichen Betriebe trotz ihrer intensivsten Bewirtschaftung und Ausnutzung, größter Einschränkung in Neuanschaffungen und Verbesserungen, von ihrer Substanz leben, daß immer mehr derselben zusammenbrechen, daß es heute schon herrenlose Güter gibt, für die sich bei den derzeitigen Rentabilitätsverhältnissen in der Landwirtschaft weder Käufer noch Pächter finden wollen.**

Deutlich veranschaulicht uns die Notlage der Landwirtschaft die Indexziffer für Vieh. Das hat wohl jeder einzelne Bauer schon verspüren müssen, denn **immer hatten unter allen Agrarerzeugnissen die Viehpreise den niedrigsten Stand.** Schon seit Herbst 1925 befanden sich diese vor allem durch den Druck des Angebotes auf den Schweinemärkten in rückläufiger Bewegung. Im April 1928 erreichten sie ihren niedrigsten Stand und waren sogar unter 100 gesunken, also unter die Preise von 1913, trotzdem die Indexziffer für die gesamte Lebenshaltung auf 150 stand. Von dieser Zeit ab setzte eine kleine Besserung ein, bedingt vor allem durch den Einfluß der steigenden Schweinepreise, die bis zu 122 anstieg, aber in den letzten Monaten wieder langsam zurückging und für Mai auf 120 stand. Im Jahresdurchschnitt 1928 betrug die Indexziffer für Vieh nun 111,3, während die ganze Lebenshaltung schon weit über 150 hinausgeschnellt war. Diese Zahlen zeigen ein erschreckendes Bild über den Tiefstand der Viehpreise. Es würde noch viel schlimmer sein, wenn man ihnen **die Preise zugrunde legen würde, zu denen dem Bauern von den Viehjuden zum größten Teil sein Vieh abgegaunert wird.** Man steht oft vor Rätseln, wie es in dieser schweren Zeit möglich ist, daß sich einzelne Bauern ihr Vieh um den halben Preis aus dem Stall ziehen lassen.

Etwas günstiger liegt die Indexziffer für Vieherzeugnisse. Hier hat aber der Bauer **weniger Nutzen von den höheren Preisen für Milch, Butter und Eier,** denn die gerade von den Städten entfernter liegenden landwirtschaftlichen Betriebe müssen heute noch mit einem Milchpreis von **16 Pfennig**, der im vergangenen Sommer sogar einmal auf 14 Pfennig erniedrigt wurde, zufrieden sein. Würde man diese Verhältnisse bei der Berechnung der Indexziffer zugrunde legen, so würden die Preise für Milch, Butter und Eier eine ähnliche Tieflage aufweisen wie beim Vieh. Die Indexziffer stünde nur wenig über 100.

Ein ganz trübes Bild zeigt wieder die Indexziffer für pflanzliche Nahrungsmittel, vor allem für Getreide. Am Anfang des Jahres 1926 befand sie sich auf ihrem Tiefstand von 110; dann stieg sie langsam und erreichte, verursacht vor allem durch künstliche Steigerung zu einer Zeit, wo der Bauer allerdings durch die Not der Zeit schon seine ganzen Bestände abgesetzt, so daß ihm die Preissteigerung kaum mehr zugute kam, im Mai 1927 ihren Höchststand von 170, um seit dieser Zeit langsam und unaufhaltsam zu fallen. Heute steht sie wieder weit unter 130, und es scheint, daß sie trotz kleiner Zahlenerhöhungen und sonstiger Bestrebungen immer noch weiter fällt.

So ist auch zu verstehen, daß die Indexziffer für die gesamten Agrarstoffe heute um 125 steht. In Wirklichkeit liegt diese Ziffer für den einzelnen Betrieb bedeutend tiefer, man kann ruhig sagen, daß sie für die meisten Betriebe um wenig über 100 ansteigt, da es doch immer in den seltensten Fällen den Bauern gelingt, die Erzeugnisse wenigstens teilweise aufzuspeichern, bis Höchstpreise bezahlt werden.

So zeigen uns diese statistischen Zahlen das trübe Bild der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Lage. Ein Vergleich dieser amtlichen Indexziffer, die für den einzelnen Betrieb noch viel zu hoch ist, mit den anderen Indexziffern, z. B. der Indexziffer für industrielle Fertigwaren, die im Mai auf 157, also um 32 über die der Agrarstoffe stand oder die der Lebenshaltung, die sich um 28 höher auf 153 belief, läßt verstehen, **daß sich die Landwirtschaft nicht mehr rentieren kann, namentlich dann, wenn man auf der anderen Seite die Verpflichtungen, Steuern, Zinsen sieht, die ein Vielfaches der Nachkriegslasten des Bauern betragen. Damit kann man sich auch erklären, daß heute schon der größte Teil der landwirtschaftlichen Betriebe von ihrer Substanz leben muß, daß diese immer mehr angegriffen und aufgebraucht wird, daß die Zahl der Zusammenbrüche in erschreckender Weise zunimmt.** Zu verstehen sind so auch die Veröffentlichungen der Preußenkasse im Dezember vergangenen Jahres, die uns Aufschluß über die der Landwirtschaft drohende Gefahr geben.

Von den 13 000 östlichen Großbetrieben sind **mehr als 2000 Betriebe mit über siebzig Prozent des (meist zu hoch bewerteten) Gesamtvermögens verschuldet, also so stark, daß sie in absehbarer Zeit konkursreif werden, um dann den Güter- oder Pachtmarkt zu belasten.**

Es gab eine Zeit, in der der Bauer sich in einer ähnlich schwierigen Lage befand, als er unter dem Druck seiner Herren gerade wie heute seufzte, die frei über Leben und Gut ihrer Arbeitssklaven verfügen konnten. Wir Menschen der Zivilisation und Kultur des 20. Jahrhunderts sehen diese Zeit, wo der Zehntknecht seine Geißel schwang, als die härteste für den deutschen Bauernstand an. Und heute? **Seufzt nicht auch jetzt der Bauer unter all den Lasten und Abgaben, wird ihm nicht auch jetzt mittels des Zehnts, ja des Fünfzehnts, das letzte Tröpflein Blut abgezapft, wird er nicht auch heute — wie genau vor 400 Jahren — von Haus und Hof gejagt, ganz nach Belieben seines Peinigers?** Der Bauer von 1525 hatte noch die Kraft, sich durch eine gerechte Revolution seiner Unterdrücker zu erwehren. Und der Bauer von heute?

Die roten Volksverhetzer beschimpfen dazu noch die Bauern

„Der deutsche Bauer beutet den Verbraucher aus"

Wie die Sozialdemokratie zu der Not der Landwirtschaft steht, zeigen folgende Zeilen des roten Zentralorgans „Der Vorwärts" vom 3. Januar 1930:

„Soweit die Landwirtschaft eine Hebung ihrer Rentabilität durch Verbesserung ihrer Produktions- und Absatzverhältnisse, durch Ausbau des Bildungs- und Beratungswesens und ähnliche Förderungsmaßnahmen anstrebt, wird sie stets bei der Sozialdemokratie weitest gehende Unterstützung finden. **Soweit sie aber fortfährt in dem Bestreben, durch unsinnige Zollforderungen auf Kosten der breiten Bevölkerungsmassen rückständige Produktions- und Absatzformen aufrecht zu erhalten und nur die Verbraucher auszubeuten, wird sie nicht nur bei der Sozialdemokratie**, sondern (vergl. die Erklärung vor dem Reichswirtschaftsrat) in **steigendem Maße auch bei anderen Parteien und Wirtschaftsgruppen auf den energischsten Widerstand** stoßen."

Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, wie das Papier einen solchen Unsinn erträgt. „**Hebung der Rentabilität**", „**Verbesserung der Produktionsverhältnisse**" **sind doch gar nicht möglich, wenn Preise für landwirtschaftliche Produkte gelöst werden, die nicht einmal erlauben, die Steuern zu bezahlen. Oder sollen weitere 15 Milliarden gepumpt werden, daß die Frucht auf dem Halm schon für die Zinszahlung verpfändet ist, wie jetzt schon in unzähligen Fällen?**

Aber das Schönste: **Der deutsche Bauer beutet den Verbraucher, also den Nichtbauern aus.**

Schamloser können die Dinge nun wirklich nicht mehr verdreht werden.

Millionen falscher Dollarnoten in Umlauf gesetzt

Die Fälschung lange nicht erkannt – Jetzt wurde ein Kommunist als der Vertreiber der Banknoten verhaftet

Berlin, 22. Januar.

Nach Zeitungsnachrichten arbeiten die Kriminalbehörden zweier Kontinente seit Monaten an der Aufklärung einer Notenfälschungsangelegenheit, die in ihren Ausmaßen vorläufig noch nicht zu übersehen ist. Es handelt sich um die Nachahmung hoher Dollarnoten, die so hervorragend gelungen ist, daß sie von keinem der großen europäischen Bankinstitute als Fälschung erkannt wurde. Erst bei der Einziehung von 100-Dollar-Noten durch die Federal Reserve Banc in Amerika wurde die Entdeckung gemacht, daß zahllose Scheine, die wahrscheinlich schon lange als echte kursierten, an einer Stelle einen kaum wahrnehmbaren Fehldruck aufwiesen.

Inzwischen scheint aber die Fälscherbande schon Millionen und aber Millionen Umsatz mit den unechten Banknoten erzielt zu haben. Die verschärften Kontrollmaßnahmen der amerikanischen Bankdetektive und der europäischen Kriminalbehörden bringen jetzt von Tag zu Tag neue Falschexemplare zum Vorschein.

In **Berlin** haben die polizeilichen Ermittlungen nach der Fälscherzentrale, die offenbar mit unbeschränkten Geldmitteln ausgestattet ist, bereits zu einem positiven Ergebnis geführt. Man kennt die Person eines der Banknotenvertreiber: es ist der Kommunist **Franz Fischer**, der unter dem Namen Voigt aufzutreten pflegt. Fischer hat früher einmal in der Parteibewegung eine Rolle gespielt, war dann nach Rußland gegangen und kehrte auf Umwegen schließlich nach Deutschland zurück, wo er im Oktober vergangenen Jahres mit den noch unbekannten Banknotenfälschern in Verbindung kam.

Das Berliner Bankhaus **Saß & Martini** in der Jägerstraße soll zum Absatz der falschen Banknoten gewählt worden sein. Dieses Bankhaus leistete im November eine Zahlung in Hundert-Dollar-Noten an die Deutsche Bank. Die Scheine wurden, nachdem sie mehrere Banken durchlaufen hatten, der Federal Reserve Banc übergeben, wo die Fälschung festgestellt wurde.

Der Kommunist Fischer, von dem die Banknoten stammen sollen, ist spurlos verschwunden, doch nimmt man an, daß er sich noch in Berlin aufhält.

Tragödie in den Bergen

Im Schnee verirrt und erfroren

Innsbruck, 22. Januar.

Am vergangenen Freitag kam zu einem Bauern in der Nähe von Unser Frau im Schnalsertale ein unbekannter Mann, der so erschöpft war, daß er sich kaum mehr aufrechterhalten konnte. Dem Bauern erzählte er, daß er in den Bergen an den Hängen des Similaun ein Mädchen zurückgelassen habe, da dieses nicht mehr imstande gewesen sei, weiter zu wandern. Die Bauern machten sich auf die Suche, konnten aber das Mädchen nur mehr tot auffinden. Wie der Arzt später feststellte, war das Mädchen erfroren.

Soldaten der Grenzmiliz vernahmen den Mann und es stellte sich heraus, daß es der 32 Jahre alte Bildhauer Basilius **Brusa** aus München ist, der zuletzt in Bozen wohnte. Das ums Leben gekommene Mädchen ist die 20jährige Rosa **Zamboni** aus Branzol bei Bozen. Brusa erzählte, er hätte mit dem Mädchen über die Grenze nach Österreich auswandern wollen, doch seien sie vom Schneesturm überrascht worden, so daß sie schließlich nicht mehr weiter konnten. Der vollkommen erschöpfte Brusa wurde festgenommen, dürfte aber erst in einigen Tagen transportfähig sein.

Die Strafanträge im Koblenzer Bestechungsprozeß

Koblenz, 22. Januar.

In dem großen Bestechungsprozeß gegen Dunkel und die Reichsbahnbeamten stellte der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Harlos nach mehrstündigem Plädoyer folgende **Strafanträge**:

Für den Angeklagten Dunkel wegen schwerer Bestechung und wegen Betruges eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, für den Angeklagten Reichsbahnoberrat Frey wegen schwerer passiver Bestechung 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, für den Angeklagten Betriebsingenieur Schneider wegen schwerer Amtsunterschlagung und schwerer Bestechung eine Gesamtstrafe von 2½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, für den Angeklagten Oberinspektor Dierzks wegen schwerer Amtsunterschlagung und schwerer Bestechung zusammen 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, für den Reichsbahnoberinspektor Fröhlich wegen schwerer Amtsunterschlagung und passiver Bestechung zusammen 1½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, für den Angeklagten Oberinspektor Glasmacher wegen schwerer Amtsunterschlagung und wegen schwerer passiver Bestechung zusammen 1½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, für den Angeklagten Obersekretär Krebs wegen schwerer passiver Bestechung 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Angeklagten Kleinking wegen einfacher Bestechung.

In der Nachmittagssitzung begannen die Plädoyers der Verteidiger. Rechtsanwalt Hirtz als Vertreter des Angeklagten Dunkel erläuterte die einzelnen Fälle, die der Staatsanwalt in seinem Plädoyer hervorgehoben hat von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus und betonte, daß der Vertreter der Anklage in seinem Strafmaß weit über das Ziel hinausgegangen sei.

Der Antrag auf Freisprechung sei berechtigt. Auch die folgenden Rechtsanwälte forderten Freilassung der Klienten. Die Plädoyers wurden um 7 Uhr abends abgebrochen und werden am Mittwoch fortgesetzt werden.

200 chinesische Räuber überfallen einen Zug

Vorher brachten sie ihn zur Entgleisung – Die militärischen Zugsbegleiter vertrieben aber die Räuber

London, 22. Januar.

200 chinesische Räuber griffen am Montag einen Zug der Mackay-Junnanfu-Eisenbahn an, den sie vorher zur Entgleisung gebracht hatten. Sie konnten aber von den militärischen Zugsbegleitern in die Flucht geschlagen werden. Während der Schießerei wurden mehrere Soldaten verletzt und ein Fahrgast getötet. Dieselbe Räuberbande hatte in der vorigen Woche einen Güterzug beraubt.

Deutschlands Dank an Lettland

Riga, 22. Januar.

In Anerkennung der hervorragenden Verdienste, die der Außenminister Ballodis und das lettische Rote Kreuz bei der vorbildlichen Fürsorge für die durch Lettland reisenden deutschen Bauern aus Rußland sich erworben haben, hat das deutsche Rote Kreuz dem lettischen Außenminister und mehreren Mitgliedern des lettischen Roten Kreuzes das Ehrenzeichen des deutschen Roten Kreuzes verliehen.

Der deutsche Gesandte Dr. Stiewe besuchte am Dienstagmittag den Außenminister und überreichte ihm bei dieser Gelegenheit das Abzeichen des deutschen Roten Kreuzes 1. Klasse. (Angesichts des Raubes deutschen Eigentums in Lettland hätte man zurückhaltender sein können.)

Autounglück bei Tilsit

Tilsit, den 22. Januar.

Am Montagabend überfuhr ein Teilnehmer der Sternfahrt Reval—Monte Carlo, der bekannte Rennfahrer **Janser** aus Innsbruck, mit seinem Steyrwagen bei großer Geschwindigkeit einen Schäferhund. Nach dem Anprall stieß der Wagen gegen die Straßenbäume, wobei der Baumeister **Wegscheider** und der Kaufmann **Kurz**, beide ebenfalls aus Innsbruck, herausgeschleudert und schwer verletzt wurden. Janser und sein Mitfahrer kamen ohne Verletzungen davon. Die Verunglückten wurden ins Krankenhaus Tilsit überführt.

Explosion in einer Fabrik

Stockholm, 22. Januar.

In einer Maschinenfabrik Atlas-Diesel in Sickla (Schweden) ereignete sich am Dienstagnachmittag ein schweres Explosionsunglück, wobei zwei Personen getötet und drei schwer verletzt wurden. Aus unbekannten Gründen explodierte ein Motor in der Montierungshalle, wo etwa 100 Arbeiter beschäftigt waren. Ein Werkmeister wurde durch den Luftdruck 15 Meter in die Luft geschleudert und fiel auf einen Arbeiter, wobei beide schwere Verletzungen davontrugen. Die übrigen wurden teilweise durch umherliegende Maschinenteile verletzt. Im Fabrikgebäude wurde großer Schaden angerichtet.

*

Superwal „Graf Zeppelin" notgelandet.

Stettin, den 22. Januar.

Der Superwal „**Graf Zeppelin**" ist am Dienstag, um 13 Uhr, auf dem Flughafen mit 10 Passagieren nach Warnemünde gestartet. Im Laufe des Nachmittags ist das Flugzeug fünf Kilometer südlich von Warnemünde infolge schlechten Wetters notgelandet und dann nach Warnemünde eingeholt worden.

Ein Neger gelyncht

Man warf ihm Menschenfresserei vor

Paris, 22. Januar.

Nach einer Mitteilung aus Mexiko wurde ein Neger in Yatapec im Staate Morenos von der Bevölkerung gelyncht und mit tödlichen Verletzungen von der Ortspolizei vom Platz geschafft. Man warf dem Neger vor, zwei kleine Mädchen getötet und aufgefressen zu haben.

Der neue Halsmann-Prozeß

Wien, 22. Januar.

Vor dem Obersten Gerichtshof begann am Dienstagvormittag die Verhandlung über die von den Verteidigern des wegen Totschlages an seinem Vater zu vier Jahren Kerker verurteilten Studenten Philipp **Halsmann** eingebrachten Nichtigkeitsbeschwerde. Der kleine Saal, der kaum 30 Personen faßt, ist zum größten Teil mit Pressevertretern, darunter einem aus Riga, und Rechtsanwälten ausgefüllt. Auch die Mutter und Schwester des Angeklagten Halsmann nehmen an der Verhandlung teil. Die Verhandlung begann mit der Verlesung des Berichtes, die mehrere Stunden dauerte.

Das Haltesignal im Nebel überfahren

13 Verletzte

Oldenburg, 22. Januar.

Auf der Eisenbahnstrecke Varel-Rodenkirchen überfuhr ein Personenzug wegen des dichten Nebels ein Haltesignal und fuhr auf einen Güterzug auf. Bei dem Zusammenstoß wurden dreizehn Personen verletzt, darunter zwei schwer. Der Materialschaden ist nicht allzu groß. Die Aufräumungsarbeiten waren nach drei Stunden beendet.

Eine Reichsgründungsfeier der Deutschen Studentenschaft in Wien

Eine machtvolle Kundgebung für das dritte Reich und den Anschluß

Wien, 22. Januar.

Im großen Festsaale der Wiener Universität fand die vom Kulturamte der Deutschen Studentenschaft veranstaltete Feier anläßlich der vor 59 Jahren erfolgten Gründung des Deutschen Reiches statt.

Fanfaren eröffneten die Feier,

zu der sich eine große Menge Studenten und sonstiger Gäste eingefunden hatten. Nach dem Einzug der Chargierten in Wichs betraten die akademischen Würdenträger und Professoren den Saal.

An der Spitze der Rektor der Wiener Universität Professor Graf **Gleispach**, ferner der Rektor der Technischen Hochschule Professor **Schaffernak**, der Rektor der Hochschule für Bodenkultur Professor **Hellebrand**, sowie zahlreiche Professoren.

Die Begrüßung erfolgte durch den Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft, Dr. Erwin **Wascher**, der besonders dem Rektor Grafen Gleispach für die Ermöglichung der Abhaltung der Reichsgründungsfeier und Anschlußkundgebung auf akademischem Boden dankte und den Zweck der Feier hervorhob, wobei er sich dagegen aussprach, daß man der Studentenschaft reaktionäre Absichten unterschiebe und sie für die Verfechterin einer bestimmten Staatsform halte.

Nach dem Liede „Durch die Lüfte rauscht ein Mahnen" ergriff, von minutenlangem, stürmischem Beifall begrüßt, der Rektor der Universität, Professor Dr. Wenzel Graf Gleispach das Wort.

Ausgehend von der Gründung des Reiches in Versailles, das die kleindeutsche Lösung darstellte, weil Österreich damals noch kein Nationalstaat war, stellte Redner unser festes Ziel heraus, den Zusammenschluß der deutschen Ostmark mit dem Reiche herbeiführen zu wollen. Die Hochschulen im besonderen dürfen für sich in Anspruch nehmen, mit an der Spitze für den Anschluß zu kämpfen und angesichts der heutigen Feier erfüllt es mit besonderer Genugtuung, daß zur gleichen Stunde an allen deutschen Hochschulen dieselbe Feier stattfindet.

Wir wollen bei der heutigen Gedenkfeier das Gelöbnis ablegen,

eine bessere Zukunft des deutschen Volkes in einem großen geeinigten Staat vorzubereiten.

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Rektors, der wie kein anderer vor ihm wegen seiner mannhaften, unerschrockenen Haltung und Treue zur deutschen Sache die Verehrung und Liebe der deutschen akademischen Jugend genießt.

Nach einer Ansprache des stellvertretenden Kreisleiters Walter Trink, der die besonderen Aufgaben des deutschen Akademikers um die Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft hervorhob und nach dem „Deutschen Gebet" ergriff Professor Dr. Hans **Hirsch** das Wort zur Festrede, in der er ausführte:

Die Geschichte kennt den Aufstieg großer Völker und großer Reiche auf dem Wege zumeist friedlicher Innenkolonisation oder auf dem gewaltsamer Unterwerfung anderer Völker.

Dann entwickelte er den Werdegang des römischen Reiches im besonderen, im allgemeinen den der romanischen Völker.

Aus ähnlichen Verhältnissen wie das hellenische Reich ist Großdeutschland hervorgegangen.

Mag es friedliche Kolonisation wie in Schlesien und Preußen, mag es die Abwehr feindlicher Angriffe gewesen sein, wie die Verteidigung des Ostens gegen die Angriffe der Magyaren, es war die überlegene Technik der Arbeit und das fortgeschrittene Recht, das besonders den slawischen Fürsten die deutschen Einwanderer wertvoll gemacht hat. Es war weiterhin die Übervölkerung, die die Deutschen von Westen in den schütter besiedelten Osten verschob. Der Osten war dem deutschen Volke als Einflußgebiet naturnotwendig zugewiesen, worüber unter allen Historikern, mögen sie nun groß- oder kleindeutsch eingestellt sein, Meinungseinhelligkeit besteht.

Im deutschen Mittelalter ist die Grundlage für jenes Großdeutschland geschaffen worden, das heute in geistiger und kultureller Hinsicht vor uns steht.

Nicht Ländergier und Hausmachtpolitik waren es, die die alemannischen Habsburger nach Österreich gebracht haben, sondern sie mußten ebenso wie andere Fürstengeschlechter das Schwergewicht deutscher Geschehnisse nach dem Osten verlegen.

Wer die deutschen Geschehnisse nach solchen Gesichtspunkten betrachtet, sieht, daß

die deutsche Ostgrenze heute in einer unmöglichen Linie

verläuft, und daß heute gerade die deutschen Neustämme, die stolzesten Errungenschaften, die die Geschichte des deutschen Volkes kennt, in Gefahr schweben. Bismarcks große Tat, der auch wir Österreicher dankerfüllt zu gedenken haben, war, daß er zur richtigen Zeit und mit den richtigen Mitteln ein neues Deutsches Reich geschaffen hat, ein Reich, das auch die Stürme des letzten Weltkrieges zwar in seinen Grundfesten erschüttert, aber nicht zu zerstören vermocht hat.

Darum kann es sich bei Entscheidung der Frage, ob dem geistigen und kulturellen Großdeutschland, das wir besitzen, in einer nahen oder fernen Zukunft auch politische Tatsetzung folgen soll, niemals in erster Linie darum handeln, ob wir Österreicher wollen oder müssen, sondern nur darum, daß diese

endgültige Sicherung des Deutschtums

im Sinne der Entwicklung liegt, die das deutsche Volk von allem Anbeginn seiner Geschichte erkennnen läßt.

Es muß den Deutschen daran gelegen sein, für sich endlich auch jenen Platz zu erringen, den die kulturell gleichstehenden großen Nationen sich bereits errungen haben. Und wenn wir unser Ziel auch später erreichen, so müssen wir die großen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben und die vor allem in unserer geographischen Lage gegeben sind, in Betracht ziehen. Wir haben unsere völkische Einheit bisher nur deshalb nicht erreicht, weil wir jünger sind als die romanischen Nationen. Es gilt also auch heute für uns der Satz Nietzsches:

Wir Deutsche sind nicht, wir werden!

Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners.

Mit der Absingung der ersten Strophe der neuen österreichischen Volkshymne und der letzten Strophe des Deutschlandliedes fand die schöne Feier ein Ende.

Zwischenfälle im Tscherwonzen-Prozeß

Ein Angeklagter nicht mehr verhandlungsfähig – Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und Verteidiger

Berlin, 22. Januar.

Im Prozeß gegen die **Tscherwonzenfälscher** kam es am Dienstag zu verschiedenen Zwischenfällen. Der Verteidiger des Angeklagten **Schneider**, dessen Verfahren abgetrennt worden ist, beantragte, das Verfahren gegen Schneider und gegen **Kipping** wieder mit diesem Prozeß zu verbinden, damit vermieden werde, daß nachträglich nochmals ein neuer Prozeß nur gegen Schneider und Kipping stattfinden müsse, in dem nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung alle in diesem Verfahren gehörten Zeugen noch einmal vernommen werden müßten. Die anderen Verteidiger und der Staatsanwalt widersprachen diesem Antrage nicht. Das Gericht lehnte jedoch den Antrag auf Verbindung als nicht angemessen ab, weil ein Teil der Angeklagten sich entfernt habe.

Dann erklärte der Verteidiger des Angeklagten Bell, Rechtsanwalt Dr. Becker, sein Mandant sei nicht mehr verhandlungsfähig.

Bell behauptete, er habe vor vier Wochen einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten und bitte, ihn auf seine Verhandlungsfähigkeit untersuchen zu lassen.

Für die Untersuchung des Angeklagten Bell mußte die Sitzung zunächst unterbrochen werden.

Medizinalrat Dr. **Woker** stellte die vorläufige **Verhandlungsunfähigkeit Bells** wegen offensichtlich starker Nervosität fest.

Dann sollte **Schneider** vernommen werden. Er bat, zunächst davon Abstand zu nehmen, worauf ihn der Vorsitzende darauf hinwies, daß er seiner Zeugenpflicht genügen müsse, da es sich um ein abgetrenntes Verfahren handle; er könne nur auf solche Fragen sein Zeugnis verweigern, durch deren Beantwortung er sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen würde.

Der darauf von dem Vorsitzenden unternommene Versuch, Schneider zu einer Aussage über sachliche Fragen zu bewegen, scheiterte sowohl an dem Widerstand Schneiders als an dem Widerspruch sämtlicher Verteidiger.

Insbesondere wurde die vom Vorsitzenden an Schneider gerichtete Frage beanstandet, wo er Weber kennengelernt habe. Als Schneider nicht antworten wollte, hielt ihm der Vorsitzende vor, das Gericht könnte daraus vielleicht den Schluß ziehen, daß er mit Weber zusammen Tscherwonzen gefälscht hätte.

Die Verteidiger sprangen erregt auf und widersprachen sehr energisch einer solchen Fragestellung.

Der **Oberstaatsanwalt** erklärte, er habe diese Schwierigkeiten kommen sehen, auf Schneider könne jedoch nicht verzichtet werden. Er wiederhole deshalb nochmals den Antrag, das Verfahren gegen ihn mit diesem Prozeß zu verbinden. Das Gericht beschloß jedoch, auch diesen Antrag zurückzuweisen.

Die dann von der Staatsanwaltschaft an den Zeugen gerichteten Fragen wurden **nicht** beantwortet, da sich Schneider immer auf sein Zeugnisverweigerungsrecht berief.

Schließlich verzichtete auch die Staatsanwaltschaft auf die weitere Vernehmung des Zeugen Schneider.

Dann wurde Karumidze über die Organisation der georgischen Bewegung befragt.

In erster Linie habe er aus Rußland Informationen erhalten. Weiter sei es seine Aufgabe gewesen, sich mit denjenigen russischen Gruppen in Verbindung zu setzen, die die georgische Regierung förderten. Er sei auch heute noch Mitglied der Gruppe Kedja.

Das Gericht beschloß dann noch, Kapitän **Ehrhardt** am kommenden Montag als Zeugen zu vernehmen und vertagte die Sitzung auf Donnerstag.

Ein Brief von Kapitän Ehrhardt

Berlin, 22. Januar.

Kapitän Ehrhardt hat an den Vorsitzenden im Tscherwonzenfälscherprozeß ein Schreiben gerichtet, in dem er ausführt, niemals mit dem Angeklagten Karumidze verhandelt zu haben. Er habe sich nur von Karumidze über dessen politische Absichten unterrichten lassen. Karumidzes politische Ziele, die auf eine Zerschlagung Rußlands hinausliefen, ständen seiner eigenen politischen Ansicht diametral gegenüber.

Von den Währungsfälscherplänen des Karumidze sei ihm ebenfalls nichts bekannt gewesen. Es sei richtig, daß Karumidze ihn um 10 000 M. angegangen habe, diese Unterstützung habe er ihm versagt. Vor irgendeiner Vereinbarung, einen Verbindungsmann seines früheren Bundes der georgischen Organisation zu attachieren, sei ihm nichts bekannt.

Die Enteignung der Bauern

(Schluß des Aufsatzes von der vorhergehenden Seite).

Von Dr. **R. Ley**, M. d. L.

Wenn man dann aber noch den Inhalt des Umlegungsgesetzes vom Jahre 1920 kennt,

dann ist es meines Erachtens ernsthafteste Pflicht jedes gewissenhaften Deutschen, **den Bauer eindringlich zu warnen, und ihn immer wieder zu mahnen: laß ab von der Umlegung, rühre jetzt in dieser eigentumslosen Zeit ja nicht an den Grundfesten Deiner Väter Erbe; setz Dich zur Wehr, Dein Bauerntum ist in höchster Gefahr!**

Während alles in dieser Demokratie nach dem Mehrheitsprinzip geht, die Mehreren ob dumm oder klug, — faul oder fleißig, — nüchtern oder verschwenderisch, — die Mehreren haben zu sagen. Der Bürgermeister darf kein Sch ... haus bauen, der Minister keinen F ... tz lassen, ohne die Mehrheit zu fragen.

Ausgerechnet beim Bauern und ausgerechnet, wenn es sich um eine derart hochwichtige Angelegenheit wie die Umlegung seiner ererbten und erarbeiteten Scholle handelt, dann bestimmt nicht mehr die Mehrheit, sondern dann genügen 25 Prozent (in Worten: fünfundzwanzig Prozent) der Grundstücksbesitzer, um die übrigen 75 Prozent zu terrorisieren, zu zwingen, der zwangsmäßigen Zusammenlegung zuzustimmen.

Bauer spitz die Ohren, der Beelzebub geht um! —

Damit nicht genug, das Umlegungsgesetz von 1920, von den roten Bauernfeinden unterzeichnet, geht noch weiter. Soll in einer Gemarkung umgelegt werden, so hat das Kulturamt die Ankündigung im Kreisblatt zu tätigen und jedem Beteiligten per Drucksache noch eine Einladung zu senden. Per Drucksache, nicht durch Einschreiben.

Wer dann zu der ersten Versammlung nicht kommt, und dort Einspruch erhebt, dessen Stimme gilt als zustimmend, als bejahend.

Kann es einen größeren Hohn geben?

Bauer spitz die Ohren! — Man macht dir die Umlegung leicht! Wenn man dir doch ebenso bereitwilligst bei Steuersenkungen, billigen Saat- und Düngerkrediten, bei Beschaffung von Betriebskapital zu erträglichen Bedingungen an Hand gehen wollte, ich glaube, das würde dir wirklich in deiner Not helfen, dann würdest du gern und freudig den Staat bejahen. — Nichts von alledem! Da ist man zugeknöpft, unerbittlich; da macht man dir die Umlegung so bequem, daß du selbst gar nichts dazu zu tun brauchst.

Halt! Doch eines mußt du leisten. Du mußt bezahlen, restlos mußt du bezahlen. Und billig ist es auch nicht; teuer, sogar recht teuer!

Die Unkosten auf dem Morgen betragen 20 bis 25 Mark!

Man stelle sich vor: In der heutigen Zeit, wo der Landwirt sowieso nicht aus noch ein weiß, wo ein Konkurs den anderen jagt, wo selbst der verstorbene Gustav Stresemann zugeben mußte, daß dem Bauern die letzte Kuh und das letzte Kalb aus dem Stall gepfändet wird, ausgerechnet in einer solchen Notzeit mutet man dem Bauern zu, auf den Morgen einen Unkostenbeitrag von 20—25 Mark bei einem Zinsfuß von 10—20 Proz. zu zahlen. Jeglicher Vorteil, den die Umlegung dem Bauern wirtschaftlicher Art bringen könnte, würde restlos und noch weit mehr dazu von den Zinsen des Anlagekapitals aufgefressen.

Wahnsinn, heller Wahnsinn, wenn er nicht so systematisch wäre!

Jedoch die klare Folgerichtigkeit lehrt uns ein anderes.

Weshalb hat denn dies marxistische System die Umlegung in seinen zielsicheren Enteignungsplan aufgenommen? Warum haben die Severinge und Brauns gerade das Umlegungsgesetz an die Spitze ihrer Bauernpolitik gestellt?

*

Dem Deutschen und ganz besonders dem Bauern ist das Eigentum nicht allein der materielle Begriff des Besitzes, wie etwa dem Juden Goldschmidt seine Bündel Aktien, mit denen er spekuliert, lediglich um reich zu werden. Für ihn, den schwer mit dem rauhen, steinigen Boden ringenden Bauern gilt sicherlich nicht der Satz: „Wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland." Wenn ihm der Profit allein der Inbegriff seiner Arbeit wäre, und der Boden ihm Spekulationsobjekt gelte, dann wäre der Hunsrück, die Eifel, der Westerwald und viele, viele andere unwirtliche Gebirge längst entvölkert, verlassen und öde. Denn dort gibt es keine Reichtümer zu erben, kaum daß das nackte kümmerliche Leben erhalten wird. — Und doch bleibt der Bauer dort, Generationen um Generationen mühen, rackern und arbeiten sich ab, plagen und schinden sich von früh bis spät, Sommer und Winter, und preisen sich glücklich, auf dem Erbe ihrer Väter bleiben zu dürfen. Weshalb? Ja, Freund der Börse und des Profits, das kannst du eben mit Zahlen und Rechnen nicht ergründen, das ist eben das Geheimnis des Bauern. — Verstandesmäßig kann auch er dir das nicht sagen, aber um alles in der Welt gibt er seine Scholle nicht her. Dort ist er verwurzelt und die Wurzeln sind um so tiefer geschlagen, je mehr Generationen auf dem Boden gewachsen sind.

Das Feld hat noch der Großvater urbar gemacht, im Winter bei eisiger Kälte die Wurzelstöcke gerodet, jenen Bauernhof hat der Vater angelegt und so fort und so fort. Geht der Bauer am Sonntag mit der Bäuerin sein Besitztum ab, so hängt an jedem Stück Land eine heilige Tradition. Die Kinder lauschen, um es weiter fort und fort zu verpflanzen. Das ist der sittliche Wert des Eigentums, der Sinn der Scholle:

Die Tradition der Familie ist die Wurzel des deutschen Menschen.

Die Tradition ist die Summe der Gesamtarbeitsleistung von Generation zu Generation.

Die Arbeit wiederum ist das Produkt der Disziplin unserer Rasse, der Harmonie unseres Blutes.

Das alles können wir noch mit dem Verstand erfassen, ja sogar mit der heutigen Erkenntnis der Wissenschaft beweisen. Jedoch weiterhin hört die Erkenntnis auf und das göttliche Geheimnis beginnt. So ergibt sich denn folgender Grundsatz folgendes unumstößliche Prinzip:

Rasse und Scholle, Blut und Erde, sie gehören zusammen; sie sind der Mittelpunkt allen Geschehens, auch natürlich der ruhende Pol, um den sich alle Politik letzten Endes dreht.

Deshalb muß jede politische Bewegung, die Anspruch auf Sieg und Erfolg erhebt

den Kampf um die Erhaltung der Rasse und der Scholle zum Kern und Herzstück ihrer Idee machen.

Das ist der Nationalsozialismus!

Deshalb auch unsere gewaltigen Erfolge auf dem Lande. Der wurzelhafte Bauer ist von naturher, kraft seines sicheren Instinktes, Nationalsozialist. — Die Scholle, der Väter Boden, ist ihm das Substrat, in das hinein sein Blut seit jahrtausenden immer tiefer und tiefer Wurzeln geschlagen. Reißt man diese Wurzeln heraus, so verdorrt der Baum, das ist die soziale Not des städtischen Proletariats, daß es wurzel- und heimatlos geworden ist. Aber schon ein Verpflanzen bedeutet für den Baum eine Gefahr, um so mehr, je älter der Baum geworden, d. h. je tiefer seine Wurzeln verankert waren.

Deshalb benutzt dieses marxistische System, das nur vom wurzellosen Proletariat leben kann, und das deshalb nur ein Lebensziel hat, möglichst alle zum Proletariat zu machen, die Umlegung der bäuerlichen Scholle, um über die Umpflanzung zum Umlegen des Bauerntums zu kommen.

Man will dem Bauer damit zuerst einmal den sittlichen Wert des Eigentums, den traditionellen Familienwert aus dem Herzen reißen.

Man ist gewiß, daß bei dieser Verpflanzung schon mal an sich so und soviel Prozent eingehen, vor allem, da dieser Gärtner Staat gar kein Interesse an ihrer Erhaltung hat. Nicht mit Liebe wird der Bauernstand in einen sauber gepflegten Garten verpflanzt, sondern mit dem Haß, mit Neid und Mißgunst, die der Inhalt **des Marxisten sind, reißt man den Bauern heraus**, um ihn anderswo zwischen Schlehen, Dornen und Unkraut einzupflanzen und verkümmern zu lassen.

Das ist der erste Sinn der Umlegung in der heutigen Republik, deshalb wird sie mit allen Mitteln von oben her propagiert und gefördert; deshalb machte man die Umlegung gesetzlich so leicht.

Der zweite Grund ist technisch-wirtschaftlicher Art. Aber nicht etwa, wie es sich der Bauer denkt, um seinen Betrieb rentabel zu gestalten, sondern um die Kollektivwirtschaft technisch vorzubereiten.

Wie heute der kleinbäuerliche Besitz verzettelt, kreuz und quer durcheinander liegt, ist eben eine Kollektivwirtschaft rein technisch unmöglich, und es würde die Banken und das Leihkapital Millionen von Marken kosten, um die Kollektivwirtschaft überhaupt in Gang zu bringen.

Das soll jetzt die Umlegung vorbereiten, und der Bauer soll den Strick, an dem er dermaleinst aufgehangen werden wird, selber bezahlen. Die Banken gehen immer in ein gemachtes Bett, das ist ja doch der Sinn des Parasiten.

Und zum Dritten soll die Umlegung ein Mittel sein, um dem Bauern und mit ihm alle, die noch ein Eigentum haben, an die Enteignung zu gewöhnen, um weitere Enteignungsgesetze durchzusetzen. Das sagt deutlich und klar der Sozialdemokrat und Jude J. Lipschnitz in der Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, betitelt „Die Gemeinde". Darin finden wir im Jahrgang VI, Heft 24, einen Aufsatz unter der Überschrift: „Umlegung von Grundstücken und Meliorationen in Landgemeinden", in dem das Umlegungsgesetz juristisch und kommunalpolitisch besprochen wird. Dann kommt am Schluß des Pudels Kern, der marxistische Hasenfuß. Dort heißt es auf Seite 1115:

„Die Unzulänglichkeit dieser gesetzlichen Bestimmungen für die Enteignung durch Bodenverbesserungsgenossenschaften springt am besten in die Augen, wenn man sich die Vorschriften über die Feststellung der Entschädigung und das Entschädigungsverfahren einmal näher ansieht. Es wird auch jetzt noch sehr häufig vorkommen, daß an diesem umständlichen Verfahren die Durchführung einer Enteignung zum Zwecke der Bodenverbesserung in Landgemeinden der Versuch gemacht wird, Bodenverbesserungsgenossenschaften zu bilden und Enteignungsverfahren durchzuführen, um nachzuweisen, daß wir im Interesse der Gesamtheit neue Enteignungsbestimmungen dringend benötigen. Denn so, wie die Dinge heute liegen, kann ein zum Nutzen einer Gemeinde beantragtes Bodenverbesserungsverfahren durch die auf Grund des Enteignungsgesetzes möglichen Einsprüche nicht nur monatelang, sondern sogar jahrelang verzögert und eventuell ganz hinfällig gemacht werden. Je besser sich unsere Gemeindevorsteher und Gemeindevertreter mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut machen, um so leichter und schneller werden bedeutsame Bodenverbesserungen durchzuführen sein. Man sollte daher gerade diese Fragen in der Gemeindevertretung öfters als bisher erörtern."

Greifen wir den Kernsatz nochmals heraus: **„um so notwendiger ist es, daß möglichst oft in den Landgemeinden der Versuch gemacht wird, Bodenverbesserungsgenossenschaften zu bilden und Enteignungsverfahren durchzuführen, um nachzuweisen, daß wir im Interesse der Gesamtheit (sprich jüdisches Leihkapital. Der Verf.) neue Enteignungsbestimmungen dringend benötigen."**

Kommentar hierzu ist wohl überflüssig; das begreift auch der Dümmste.

Das ist das „Tempo", von dem der Genosse Braun sprach. Langsam aber totsicher.

Enteignung — Kollektivwirtschaft.

In diese Linie sozialdemokratischer Enteignung gehört auch jetzt die Auflösung der Fideikommisse und die neuen Zollgesetze. Doch würden die Erörterungen dieser beiden hochwichtigen Fragen im Rahmen dieses Aufsatzes zu weit führen. Wir werden zur gegebenen Zeit darauf zurückkommen.

Zielsicher arbeitet der Marxismus an der Vernichtung des Bauerntums. Der letzte Wall völkischer Selbstbehauptung soll fallen, damit der Jude über den chaotischen Menschenbrei von Sklaven und Heloten herrsche.

Ihr sollt euch gründlich verrechnet haben. Noch ist es nicht zu spät, wenn jeder Nationalsozialist seine Pflicht tut.

Auf in den Kampf für deutsches Blut und deutsche Scholle.

Deutschland ist es wert!!

Menschen des Urwaldes

Fremd und unverständlich erscheint dem Europäer alles im australischen Busch, fremd und fast grauenerregend sind auch die Menschenbewohner dieser Gegenden. Man hat sie früher mißverständlich Austroneger genannt; sie sind aber eine Rasse für sich, nach der Überzeugung des Anthropologen H. Klaatsch sogar die tiefststehende aller Menschenrassen, dem sogen. Neandertaler, nähersteht als den jetzt lebenden Menschenformen.

In kleinen Horden schweifen diese **Halbtiere** im Urwald als Nomaden umher. Sie gehen völlig unbekleidet, kennen keine Viehzucht, errichten keine Häuser, nur Windschirme und Dächer aus Zweigen, nicht viel anders als die Orangs im benachbarten Insulinde. Sie haben es nicht so weit gebracht, Boote zu bauen, um das Meer befahren zu können. Sie sind zwar friedfertig, aber sie arbeiten nicht und hungern lieber, als daß sie irgendeine Zivilisation annehmen würden. Vor dem Weißen ziehen sie sich immer tiefer in den Busch zurück, und es gibt im Norden des Erdteiles, auf der Yorkhalbinsel noch genug Stämme, die nie einen weißen Mann gesehen haben.

Sie sind einfach ein Bestandteil dieses großen Urwaldes, ein Geschöpf mehr, das von ihm abhängt, ihn genau kennt, alle seine eßbaren Früchte kostet, auf geheimnisvolle Weise aus Baumwurzeln Trinkwasser zu saugen weiß, mit Wurfhölzern das Känguruh und den Emu, den australischen Strauß, zu jagen versteht, aus dessen wunderbar schönen Straußenfedern sich dann die schwarzen Frauen eitel und glückstrahlend Federschürzen und Kopfschmuck anfertigen.

Aus der Bewegung

Todes-Anzeige

Am 16 Januar 1930 starb im 24. Lebensjahre unser lieber

Pg. Helmuth Ritschel

Sektionsführer IV, Görlitz

Trauernd steht die O.-G. an der Bahre dieses unvergeßlichen und unermüdlichen Kampfgenossen, der stets begeistert unter Hitlers Fahne gearbeitet und geopfert hat.

Gauleitung Schlesien u. O.-G. Görlitz der N.S.D.A.P.
gez. Brückner, Gauleiter,
gez. Schussig, O.G.F.

Der Film vom Reichsparteitag 1929

der bisher in mehr als 60 Ortsgruppen mit größtem Erfolg vorgeführt wurde, ist vorerst noch ab 17. Februar verfügbar. Im Hinblick auf die starke Nachfrage ist baldige Antragstellung dringend erforderlich. Auch Anträge für März und April sind tunlichst jetzt schon einzureichen. Bedingungen und Antragsformulare verlangen!

Alle den Film vom Reichsparteitag betreffenden Schreiben sind zu richten an die

Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei,
Geschäftsführung München, Schellingstraße 50.

Achtung! Schifahrer!

Die sächsische S.A. veranstaltet am 8. und 9. Februar in Annaberg im Erzgebirge, der Hochburg der N.S.D.A.P. Sachsens ihr

Erstes sächsisches S.A.-Schitreffen.

Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 Uhr Begrüßungsabend durch die Ortsgruppe Annaberg.

Sonntag, den 9. Februar, früh 9 Uhr, Antreten zum 8-Kilometer-Langlauf nach Zeitwertung, gleichzeitig offen für Pg. im Braunhemd. Vormittags 10 Uhr Antreten zum 10-Kilometer-Gepäcklauf mit 20 Pfund Belastung. 1 Führer und 4 Mann eine Mannschaft. Nachm. 2 Uhr Sprunglauf und Geschicklichkeitslauf nach Zeit. Anschließend Vorbeimarsch und hierauf Siegerverkündung.

Wettlauf-Ordnung: Antreten im Braunhemd, beim Gepäcklauf im Dienstanzug, allerdings ist lange Norwegerhose gestattet. Wertung erfolgt nach Gebirgs- und Flachlandgruppen.

Bestimmungen für die Teilnehmer: Wegen Einteilung der Quartiere haben sich unbedingt alle Teilnehmer rechtzeitig zu melden. Die Anmeldung hat schriftlich zu erfolgen und hat zu enthalten: Vor- und Zuname, genaues Geburtsdatum, Ort, Straße, Standarte, Sturm, Gau, bei Parteigenossen Ortsgruppe. Teilnehmer außerhalb Sachsens sind herzlich willkommen.

Meldeschluß: Sonntag, den 3. Februar 1930. Nenngeld beträgt 0.50 M. für Einzelläufer, für Mannschaften 1 M.

Für erstklassige Verpflegung wird gesorgt. Mittagessen kostet 1 M. Privat- und Massenquartiere stehen zur Verfügung.

Anfragen und Meldungen an Georg Illmert, Dresden A 29, Warthaer Straße 2a. Bei Anfragen Rückporto beifügen.

Deutscher Frauenorden

Ortsgruppe Bad Aibling.

In Bad Aibling (Obb.) hat sich am 1. Januar 1930, eine neue Ortsgruppe gebildet. Ortsgruppenführerin ist Frau Luise Orthofer.

Die tägliche Versammlung

Donnerstag, den 23. Januar.

Jasmund Halbinsel (Kreis Rügen): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg.

Jühnde (Hannover-Süd): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Schneider.

Karstädt (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Werner.

Kapsdorf (Schlesien): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Trendel.

Köln (Rheinland): abends 8.30 Uhr öffentlicher Sprechabend der Hitlerjugend im Lokal „Mainz", Helenenstraße. Redner: Pg. Rühl.

Bad Lauterberg (Hannover-Süd): abends 8 U. öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Gutterer.

Leipzig (Sachsen): abends 8 Uhr Versammlung des „Nationalsozialistischen Schülerbundes" im „Börsenrestaurant". Alle nationalsozialistischen Eltern und Schüler sind herzlichst eingeladen.

Mönchhagen (Mecklenburg-Lübeck): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Hildebrandt, M. d. L.

Oberforstbach (Rheinland): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Dr. Schöneck.

Osterfeld (Osterland): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Pape.

Oderberg (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Korn.

Oranienburg (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentlicher Sprechabend der Ortsgruppe.

Plauen i. Vogtland: abends 8.30 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Wagner, M. d. R.

Potsdam (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Mossakowski.

Reinbeck-Wentorf (Sachsenwald): abends 8.30 Uhr öffentliche Versammlung im Forsthaus „Friedrichsruh". Redner: Pg. Burat.

Schlotheim: abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Sauckel, M. d. L.

Schweidnitz Bezirk (Schlesien): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Franke.

Stauchitz (Bezirk Chemnitz): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Weber.

Steinhagen (Bezirk Bielefeld): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Homann.

Tübingen (Württemberg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Weinmayer.

Troisdorf (Rheinland): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Gerling und Pg. Hoffstätter.

Waldenburg Bezirk (Schlesien): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Matusch.

Waldheim (Bezirk Chemnitz): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Hültmann.

Weißenfels a. Saale: abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Straßer, M. d. R.

Wolfsdorf (Schlesien): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Friedrich.

Zossen (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Dr. Decker.

Freitag, den 24. Januar.

Annahütte N.-L. (Ostmark): abends 8 Uhr öffentlicher Sprechabend. Redner: Pg. Wolff und Pg. Baasch.

Aschaffenburg (Bayern): abends 8 Uhr öffentlicher Sprechabend in der „Hackerbräu-Gaststätte", Sandgasse. Redner: Pg. Jörg.

Berlin: abends 8.30 Uhr Schule für Politik. Lokal: Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmsaue 114. Redner: Pg. Willikens, M. d. R.

Berlin, Sektion Stettiner Bahnhof: abends 8.30 Uhr öffentl. Sprechabend. Lokal: Berliner Schloßbräu, Friedrichstr. 122/25. Redner: Pg. Ossinger.

Drebach (Bezirk Chemnitz): abends 8 Uhr öffentlicher Sprechabend. Redner: Pg. Schreiber.

Cottbus (Ostmark): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Wagner, M. d. R.

Eltingen O./A. Leonberg: abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Mergenthaler, M. d. L.

Eberhausen (Hannover-Süd): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Schneider.

Frankfurt a. d. Oder (Ostmark): abends 8.30 Uhr öffentlicher Sprechabend im „Goldenen Löwen".

Gaschwitz i. Sa.: abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Dr. Albrecht.

Göttingen: abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Loeper, M. d. L.

Griesbach (Rottal): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Dauser, M. d. L.

Großdeuben (Bezirk Leipzig): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Hitzler.

Hannover: abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Schemm, M. d. L.

Hainichen (Bezirk Chemnitz): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Hüttmann.

Hoppegarten-Dahlwitz (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Holtz.

Havelberg (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. von Leers.

Lichtenstein-Callnberg: abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Jung.

Luckenwalde Kreis (Brandenburg): abends 8 U. öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Saage.

Mettmann (Bergisch-Land): abends 8 Uhr Schulungsabend. Redner: Pg. Eickenberg.

Osnabrück: abends 8 Uhr Zusammenkunft der Sektionsobleute. Leiter: Pg. Gronewald.

Papendorf (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Korn.

Der Marsch geht weiter

Und der Erfolg mit uns

3 Versammlungen, 2 neue Ortsgruppen

Kempten, 21. Jan.

In drei durch den neuen vielversprechenden Bezirksführer Pg. Koch, Kempten, für Samstag und Sonntag, den 18. und 19. Januar, gut vorbereiteten öffentlichen Versammlungen sprach Gauleiter Pg. Wahl, M. d. L., mit dem Erfolg, daß wiederum zwei neue Ortsgruppen, und zwar in Kottern und in Pfronten gegründet werden konnten.

*

Günzburg, 21. Jan.

In sehr gut besuchten Versammlungen sprachen am Sonntag, den 19. Januar, Pg. Stadtrat Rehm in Rösingen und Scheppach, und Pg. Stadtrat Mayr in Kemnat. Neuaufnahmen geben die Gewähr, daß mit den dortigen Einzelmitgliedern in absehbarer Zeit Ortsgruppen gegründet werden können.

*

Blaubeuren, 20. Jan.

Stark besuchte Versammlung in der „Krone" auf Veranlassung der Ortsgruppe Ulm—Neu-Ulm. Pg. Mergenthaler, M. d. L., sprach über das Thema „Der nationalsozialistische Kampf gegen die Volksausbeuter". Atemlos lauschten die Erschienenen seinen packenden Worten und spendeten zum Schlusse reichen Beifall. Der Abend war ein voller Erfolg. Gegnerische Störungsversuche, inszeniert durch einen scheinbar Betrunkenen, lösten einhellige Entrüstung der Zuhörer aus.

*

Michelfeld, 21. Jan.

Unser Landtagsabgeordneter Pg. Lenz sprach hier am 19. Januar in glänzend besuchter Versammlung. Gespannt folgten die Zuhörer den packenden Worten unseres Redners, der scharf mit der Novemberdemokratie abrechnete. Mitgliederaufnahmen und Bestellungen für den „Völkischen Beobachter" waren der sichtbare Erfolg.

22 Neuaufnahmen in einer Versammlung

Versmold, 21. Januar.

Am 14. Januar fand hier unsere zweite öffentliche Versammlung statt, in der Pg. Hiemisch vor weit über 200 Zuhörern über unsere Ziele sprach. Nach dem Vortrag erklärten 22 Volksgenossen sofort ihren Eintritt in unsere Bewegung. Außerdem wurden viele Spenden für unseren Kampfschatz abgegeben.

*

Lemgo, 21. Jan.

Gestern erste große Massenversammlung mit Pg. Pälike. Mehrere 100 Anwesende, glänzender Verlauf, guter Erfolg, 8 Neuaufnahmen und Zeitungsbestellungen. Endlich dringen wir auch in das Schmerzenskind des Gaues Westfalen ein.

*

Pfaffenhofen, 20. Jan.

In öffentlicher Versammlung sprach hier Pg. Biederer über die Not des deutschen Volkes. Die Versammlung war ausgezeichnet besucht. Der Abend ein voller Erfolg für unsere Bewegung. Unsere Aufklärungsarbeit geht weiter.

Wir lassen nicht locker

Hersfeld, 20. Januar.

Die marxistische Hochburg muß es sich gefallen lassen, daß wir Schlag auf Schlag gegen sie führen. Trotzdem sämtliche ortsansässige Bonzen, an ihrer Spitze Genosse Schnabberich, M. d. R., uns schärfsten Kampf und Terror bereits nach der zweiten Versammlung öffentlich ansagten — die damalige Versammlung, die die Polizei wegen ungeheurem Tumult auflöste, sollte unsere letzte in Hersfeld sein —, kamen wir doch wieder, und siehe da, der angedrohte Kampf blieb aus, und das Reichsbanner kniff.

Aber trotz allem war die neue Turnhalle wieder bis auf den letzten Platz besetzt. Pg. Kerrl sprach hinreißend, aufwühlend, überzeugend und sachlich. Trotzdem bis zu 80 Prozent Marxisten im Saal sich befanden, wurde der Vortrag von keinem Zwischenruf unterbrochen; minutenlanger Beifall dankte am Schluß dem Redner.

An diesem Abend ist eine Bresche in die roten Massen geschlagen worden, die wir in unermüdlicher Arbeit weiter vertiefen werden. Trotz aller Gegenarbeit — wir fürchten den roten Terror nicht — sind wir in stetem Angriff und werden auch Hersfeld, das letzte Bollwerk des Marxismus im Bezirk, niederringen. Bald wird die Ortsgruppe stehen und mit ihr unser Banner!

*

Dessau

Zum elften Male seit September fand hier eine von Tausenden besuchte und überfüllte Versammlung statt, in der die Massen unseren Rednern Dr. Ley, M. d. L., und Loeper, M. d. L., spontan zujubelten. Die Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe hat sich im vergangenen Jahre versechsfacht.

Chemnitz

Versammlung für Kleinhandel und Handwerk mit Pg. Dr. Albrecht als Redner störungslos verlaufen und überfüllt. Einmütige Zustimmung und Neuaufnahmen sowie Zeitungsbestellungen. Am Schlusse marschierten 400 Versammlungsbesucher geschlossen mit unseren Braunhemden durch die Stadt.

Marxisten stimmen gegen unseren Arbeitslosenantrag

Jena, 20. Januar.

Im hiesigen Stadtrat brachte unser Parteigenosse Beinsger nachstehenden Antrag ein:

Der Stadtrat wolle beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer oder mehrerer Wärmehallen in dazu geeigneten Räumen vorzubereiten und die Hallen ohne weiteren Beschluß des Stadtrates sofort nach Einsetzen größerer Kälte zu eröffnen.
2. Die Kosten für die Einrichtung und die Unterhaltung der Wärmehallen (Kohlen usw.) werden dem Kapitel I (Hauptverwaltung) entnommen mit der Maßgabe, daß dafür die Aufwands-Entschädigungen der Stadtratsmitglieder zunächst für den Rest des Geschäftsjahres in Wegfall kommen.

Gegen den Antrag stimmten geschlossen die Marxisten beiderlei Schattierung und brachten ihn damit zu Fall, denn wenn es um Diäten oder Pfründen geht, denken diese Arbeiterverräter nur an ihren eigenen Leib.

Rotmord-Ueberfall in Bad Nauheim

Die Folgen der Hetze des Landtagsabgeordneten Schäfer

Am 6. Januar sollte Pg. Feder, M. d. R., in Bad-Nauheim sprechen. In später Abendstunde mußte Pg. Geyser-Fett einspringen, da unser Abgeordneter Feder leider verhindert war zu erscheinen. Kommunisten versuchten, ohne Eintritt zu bezahlen, in den Saal einzudringen; an der Spitze der kommunistische Stadtrat und Landtagsabgeordneter Schäfer. Sie mußten jedoch bald den Saal verlassen.

Vor dem Versammlungslokal Burg wurden sie dann von Schäfer aufgehetzt. Der Erfolg der Hetze war, daß nach Schluß der Versammlung mehrere einzeln heimkehrende S.A.-Leute von den Wegelagerern in großer Übermacht angefallen wurden. So unser Pg. Häberlein, der in einer dunklen Seitenstraße angegriffen wurde und nur durch auf seine Hilferufe herbeieilende Parteigenossen vor weiteren Tätlichkeiten geschützt werden konnte.

Pg. Graf aus Friedberg wurde am Ortsausgang, in der Nähe der Wirtschaft des SPD.-Stadtverordneten Wiedemann, wo sich der ganze Mob versammelt hatte, von einer zehnfachen Übermacht in der rohesten Weise mit Zaunlatten viehisch niedergeschlagen. Es gelang ihm mit großer Mühe, sich blutüberströmt aus den Klauen der Bestien in Menschengestalt zu retten.

Das Überfallkommando trieb die Kommunisten, die inzwischen das Haus belagerten, in das einige Nationalsozialisten sich in Sicherheit gebracht hatten, auseinander.

Wir erfahren dazu noch, daß von seiten der Kommunisten und Sozialdemokraten noch abends spät Leute telephonisch in unsere Versammlung beordert worden sind. Am Schluß der Versammlung suchten diese unsere S.A.-Leute am Saalausgang zu belästigen. Als sie damit nichts erreichten, wurden dann systematisch die Überfälle, die bestimmt vorher beabsichtigt und organisiert gewesen sind, durchgeführt.

Dabei wurden Rufe laut, „das nächstemal gebt's nicht so glatt ab", „das nächstemal fließt Blut", „wir werden dafür sorgen, daß Euer Bäumchen nicht in den Himmel wächst" usw. Daraus erkennt man die klare Absicht des Überfalls.

Und ein solch gemeingefährliches politisches Banditentum wird von der hohen Justiz einfach übersehen, dieweil man Nationalsozialisten, die sich in der Notwehr gegen diesen Mob verteidigen, in Haft nimmt, wie kürzlich wieder in Berlin. Wir aber sind nicht gewillt, uns niederschlagen zu lassen. Auch in Bad-Nauheim nicht.

Weiterer marxistischer Überfall

Offenbach, 20. Januar.

Nach einer Versammlung in Trebur fielen Marxisten über die kleine Schar von 11 Mann S.-A. her. Dabei wurde unser Pg. B. von einer ihn verfolgenden Meute von 40 Mann zu Boden geschlagen und ins Gesicht getreten.

Nur dem Einschreiten eines noch nicht ganz verrohten Arbeiters ist es zu verdanken, daß unser Parteigenosse nicht mit Messern bearbeitet und mit Totschlägern totgeschlagen wurde.

2 Monate Gefängnis für unseren Pg. Schneider

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fitz beantragte 6 Monate

Göttingen, 20. Januar.

Diese Woche fand vor der großen Strafkammer Göttingen der Prozeß gegen unseren Pg. Albert Schneider, Pattensen, statt. Pg. Schneider war in der ersten Instanz, dem Schöffengericht Osterode, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden und zwar wegen Vergehens gegen § 8 Ziff. 1 Republ.-Schutz-Gesetz.

Sowohl Pg. Schneider wie auch die Staatsanwaltschaft hatten gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt. Das jetzige Urteil der großen Strafkammer erging dahin:

Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird verworfen. Der Berufung des Angeklagten wird stattgegeben, und zwar wird der Angeklagte zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, mit der Begründung: Der Inhalt der Reden bei 5 von ihm abgehaltenen Versammlungen verstoße gegen § 8 Republik-Schutz-Gesetz.

Abgesehen von dem Urteil, das rein juristisch nicht dem Tatbestand und der Beweisaufnahme zu entsprechen scheint, bot die Verhandlung sehr viel Interessantes.

Im ganzen waren 15 Zeugen geladen, darunter 3 Landjäger. Von diesen Zeugen bekundeten zirka zwei Drittel, daß die Ausführungen des Redners auf sie nur belehrend und aufklärend gewirkt hätten. Weiter bestanden die Notizen der Hauptbelastungszeugen nur in einzelnen Stichworten, die ganz aus dem Zusammenhang gerissen, die Grundlage für das Urteil abgaben.

Interessant war weiter das Verhalten des Vorsitzenden, Amtsgerichtsrats Polchau, der erst nach Zustimmung der Mitglieder des Gerichtshofes die Vereidigung nationalsozialistischer Zeugen zuließ.

Im ganzen genommen, war die Verhandlung wieder ein Beweis dafür, daß man mit allen Mitteln versucht, uns den Mund zu verbieten und durch derartige Urteile uns glaubt in unserem Aufklärungskampf beeinträchtigen zu können. Und nun erst recht!

Die S.P.D. macht für uns Reklame

Ulm, 20. Januar.

Große gelbe Plakate leuchteten an den Plakatsäulen Ulms „Das Verbrechen des Nationalismus — eine Abrechnung!" Ausgegangen ist diese öffentliche Versammlung von der SPD. Die Bonzen die zu feige waren, in unserer Versammlung zu sprechen, holten sich einen ihrer Prominenten, M. d. L. Ulrich aus Heilbronn. Selbstverständlich zogen wir auf, um diesen roten Brüdern zu zeigen, daß wir trotz allem „Totsein" noch leben. Die Rede des Referenten strotzte voll gehässiger Anwürfe und Lügen.

Als Diskussionsredner hatten wir Pg. Schwarz, Stadtrat in Memmingen, gewonnen, da unser Pg. Dreher, M. d. R., bereits die ganze Woche für norddeutsche Versammlungen vergeben war. Unser Kämpfer rechnete in der kurzen ihm zur Verfügung gestellten Zeit derart mit dem verlogenen marxistischen Gefasel ab, daß die roten Maulhelden nicht genug Schmähworte über ihn ergehen lassen konnten.

Der Referent fing sein Schlußwort wieder mit Beleidigungen unserer Bewegung und unserer Führer an, daß uns endlich die Geduld reißen mußte. Geschlossen verließen wir unter Gesang: „Brüder aus Zechen und Gruben" den Saal. Die angestimmte Internationale verschwand bei dem begeisterten Absingen unserer Kampflieder.

Die klaffende Lücke im Saale bewies dem Redner, daß den „überfüllten Saal" wir gestellt hatten. Vor dem Kasino des Kath. Gesellenvereins, in dem die SPD. die Versammlung anberaumt und dadurch die schwarz-rote Verschwägerung bewiesen hatte, bildete sich ganz von selbst aus innerem Empfinden heraus ein Zug Hunderter von Menschen, deren mancher vielleicht erst heute abend die Lüge des Marxismus richtig erkannte, und zog durch die Stadt zum Greifensaal, in dem wir noch schnell eine Versammlung veranstalteten, in der Pg. Schwarz mit zündenden Worten den Weg des Nationalsozialismus schilderte, der sich nicht scheut vor Gefahren, sondern aufrecht und stark seinem Ziele zustrebt, einem neuen Deutschland nationalen Willens und sozialer Gerechtigkeit!

Neuaufnahmen waren der sichtbare Erfolg dieser „SPD.-"Versammlung. So werden wir nicht ruhen und rasten, bis auch in Ulm das Hakenkreuzbanner führend die Geschicke beeinflußt.

Feuerschein

Ein Roman deutscher Sehnsucht und deutschen Glaubens von

Friedrich Schulze-Langendorff 29

Nachdruck verboten Alle Rechte vorbehalten

Auf der Bank zur Linken des Altars saß ein Mann, der einmal zu der Predigt nickte. Der Mann schien mit Mutter Wohlers einer Meinung zu sein. Als der Pastor bei dem allgemeinen Kirchengebet die Worte sprach: „Wir bitten dich auch für den Hausstand und alle, die dazu gehören," fügte Vater Wohlers leise hinzu: „Auch für unsern Dierk."

Eine zweite Freude wurde Mutter Wohlers an dem Tage. Nach dem Nachmittagskaffee ging der Bauer aus. Das paßte sehr gut. Nun konnte Wohlersmudder gleich darangehen, ihrem Jungen ein Paket zu packen.

Die flinke Hausfrau ging an den Wäscheschrank und musterte Tücher und Hemden und Strümpfe. Beladen kehrte sie in die Wohnstube zurück und legte die Herrlichkeiten auf den Tisch. Dann stieg sie auf den Boden und holte aus einem Raume, in dem allerlei Brauchbares und Unbrauchbares durcheinanderlagen, eine Pappschachtel.

Sie war noch oben beschäftigt, als sie eine Tür gehen und des Bauern Schritt hörte. Was würde Gerd sagen, wenn er die Herrlichkeiten finden würde? Mutter Wohlers fühlte ihren Herzschlag im Halse. Ihr kam aber sofort ein schöner Gedanke: Notlügen, wenn man etwas wirklich Gutes durch sie erreichen will, sind erlaubt. Eine solche wollte Wohlersmudder anwenden. Dann sollte jemand kommen und behaupten, daß die Wäsche in der Stube nach Holstein geschickt werden sollte!

Ohne die Schachtel ging sie in die Stube; niemand war da, auch nicht nebenan in der Kammer. Es mußte wohl der Großknecht gewesen sein, der nach Hause gekommen war.

Nachdem das Packmaterial besorgt war, begann sie mit dem Einpacken. In eine Streichholzschachtel legte sie ein paar Goldstücke, und um das Ganze nähte sie grobe Leinwand.

Als sie so weit gekommen war und sich über das Liebespaket freute, klappte die Hoftür, das schwere Stampfen des Bauers wurde hörbar. Nun kam die Not. Wohin sollte Mutter Wohlers mit dem Paket? Sie konnte nicht aus der Stube, weil sie Gerd in den Arm laufen würde. „Ach Gott!" Diesmal war sie aufgeworfen; denn hier half auch keine Notlüge.

Der Alte faßte an die Türklinke. — Die ängstliche Frau stöhnte. Es gab keinen Ausweg mehr. Keinen? — Oh, wie flink doch Mutter Wohlers war! An den Uhrkasten treten, die Uhr aufreißen, das Paket hineinwerfen und den Kasten schließen, das war alles eine Bewegung. „Ach ja ja ja!" Und schon stand sie vor dem Sofa und machte sich dort zu schaffen.

Der Bauer hing Stock und Mütze am Ofen auf. Als er im Sorgenstuhl saß, fielen ihm die roten Wangen seiner Frau auf.

„Mudder, siehst ja so wohl aus!" sagte er in guter Laune.

„Sooo?"

„Hast 'ne mächtig frische Farbe. Kommt wohl von der Frühjahrsluft!"

„Das mag."

Der Bauer steckte seine Pfeife an und öffnete den Kasten der Standuhr, um die Gewichtsstücke hochzuziehen. Das war seine regelmäßige Sonntagsarbeit.

Die Hausfrau bekam eine würgende Angst. Wenn Gerd das Paket finden würde! Aber es lag tief unten, wo es dunkel war. Der Bauer sah es nicht, und als die Tür wieder ins Schloß schnappte, atmete die Hausfrau erleichtert auf. Morgen vormittag wollte sie das Paket aus dem Hause bringen.

So schlief denn Mutter Wohlers an dem Abend mit einem überlegenen Lächeln ein. „Gerd ist sehr begabt, aber gegen Frauenlist kommt er doch nicht an!" flüsterte Gesche Wohlers noch im Halbschlummer.

Am andern Morgen, als Mutter Wohlers einen Knopf an ihres Mannes Rock nähen sollte, nahm Gerd seinen Spazierstock, um ihn in den Uhrkasten zu stellen. Die Hausfrau merkte die Absicht und wußte, daß Gerd das Paket entdecken würde. Schnell zog sie den Faden aus der Nähnadel und trat vor ihren Mann. „Meine Augen flimmern so, ich kann den Faden nicht hineinkriegen." Er merkte die Absicht nicht, sondern fädelte ein, während seine Frau den Stock an die für ihn bestimmte Stelle setzte. „Ach ja!" dachte sie. „Was doch so ein Ding für Unheil anrichten kann!"

Als Gerd auf dem Felde war, brachte sie das Paket zu der Nachbarfrau und erzählte von der Angst, die sie ausgestanden hatte.

In Dierk aber wollte, als er das Paket bekam, keine rechte Freude aufkommen. Die Sorge, die ihn in den Tagen bedrückte, war gar zu groß. Schon lange hatte er keinen ruhigen Schlaf mehr. Das gleichmäßige Bauerngewissen, das den Kopf am Abend auf das Kissen legt und gleich darauf die Welt um sich her vergißt, war durch Angst und Not vertrieben. Zwei Wechsel über zwanzigtausend Mark mußten in vier Tagen eingelöst werden, und er hatte noch nicht einen Taler dazu. Er hatte an einen Vorschuß von der Bank gedacht, aber ohne Hinterlegung wertvoller Pfänder wollte ihm das Institut kein Kapital geben. Er schrieb an Schönfeld und bat um Stundung, aber der Händler bedauerte, selbst in Verlegenheit zu sein. Wohlers wandte sich von einem Vermittler zum andern, aber jeder verlangte vor der Nachweisung des Kapitals eine Provision für die aufzuwendende Mühe. Die Verlegenheit drängte zu einem Versuch. Er zahlte einem Agenten fünfzig Mark, worauf ihm der Vermittler ein paar Bankhäuser aufzählte, die Geld gegen absolute Sicherheit verliehen. Dierk hatte mit keinem Versuche Erfolg.

Was sollte nun aus ihm werden?

Er saß vor dem Schreibtisch, auf dem eine Mitteilung von einer angesehenen Firma lag. Auf einem unbeschriebenen Blatte übte er den Namenszug, der unter dem Schreiben stand, ohne zu wissen, was er tat. Als auf dem Papier kein Platz mehr war, kam er zu sich und betrachtete und verglich die Unterschriften. Die letzten, die er gezeichnet hatte, glichen der unter der Mitteilung wie ein Ei dem andern. Ein schöner und doch furchtbarer Gedanke kam ihm: hier hatte er ein Mittel entdeckt, das ihn vor der äußersten Not schützte. Wer konnte nachweisen, daß er, Dierk Wohlers, die Unterschrift gefälscht hatte? Welche Bank würde beim Vorzeigen des Wechsels auch nur den geringsten Verdacht hegen können? Es mußte gehen, er konnte sich nicht verrechnen, in dieser Angelegenheit nicht. Noch einmal schrieb er den Namenszug — ausgezeichnet.

Er suchte aus dem Schreibtisch ein paar Wechselformulare hervor. Zur Übung benutzte er das eine, um seine verstellte Schrift als Unterschrift wirken zu lassen. Es nahm sich alles sehr gut aus. Nun wurde ein zweites Formular ausgefüllt. Ja, es gab doch noch eine Rettung in der Not.

Am andern Tage stand Wohlers vor dem Bankhause, wo er den Wechsel gegen Geld eintauschen wollte. Er betrachtete das Gebäude. Es war aus Sandsteinen erbaut und machte einen soliden Eindruck. Der Gutsbesitzer bekam starkes Herzklopfen, als er die weiten Treppenstufen, die nach dem Haupteingange führten, emporstieg. Was wollte er, und weshalb zitterte er? Er übte Selbsthilfe; ihm war der Weg, den er ging, vorgezeichnet. Die Menschen mit den von ihnen anerkannten Einrichtungen zwangen ihn zu diesem Schritt, den er nicht gewollt hatte. Ihn traf keine Schuld. Er lag in unsichtbaren Ketten, aus denen er sich nicht befreien konnte; denn er war doch nur ein winziges Teilchen an der großen Uhr, die sich Menschheit nannte.

In dem Schalterraum des Bankhauses stand ein Tisch, an den er sich setzte und das geschäftliche Treiben beobachtete. Wertpapiere, Kapitalien, Wechsel flossen in ununterbrochenem Strome hin und her. Wie der Kaufmann seine Waren für Geld herausgibt, so wurde hier Geld für Papier ausgegeben. Da legte man einen Wechsel vor, der Kassierer heftete wie im Fluge einen Blick darauf, gab das Ding weiter und zählte dem Einlieferer das Geld auf. Eine höchst einfache Sache, bei der nichts zu wagen war.

(Fortsetzung folgt.)

Unser Roman als Buch

Feuerschein
von Fr. Schulze-Langendorff
In Ganzleinen gebunden M. 4.50

Vom gleichen Verfasser erschien ferner:
Johannisfeuer, Novellen
In schmuckem Ganzleinenband M. 2.40

Buchhandlung Frz. Eher Nachf., München 2 NO
Postscheckkonto München 11346

Bauerntum und „deutsche“ Republik

Typisch für die zur Zeit grassierende politische Gedankenlosigkeit ist die Tatsache, daß man immer noch auf das politische Zerrgebilde, der durch eine sogenannte „Weimarer Verfassung“ verankerten Republik den Begriff „Staat“ in Anwendung bringen zu müssen glaubt.

Immer wieder muß von neuem festgestellt werden, daß das System, welches unter dem Namen „Deutsche Republik“ ein mehr als jämmerliches Dasein fristet, kein Recht hat, sich als Staat zu bezeichnen, denn für den Begriff „Staat“ fehlen ihm die wesentlichsten Voraussetzungen. — nämlich der volle Besitz der Hoheitsrechte, also die souveräne, d. h. uneingeschränkte Herrschaft über: Heereswesen, Gebiete, Geldwesen, Justizwesen und Verkehrswesen. Das völkische Innenleben der Weimarer Republik wird heute von Kraft- und Machtgruppen bestimmend beeinflußt, die ihren Sitz außerhalb der deutschen Reichsgrenzen haben und die auch sonst in keinerlei Beziehungen zum deutschen Volksorganismus stehen.

Das, was dem deutschen Volke, dem Volk der Dichter und Denker, dem Volk der tausend Schlachten und tausend Siege durch den „Geist von Weimar“ im Jahre 1919 — oder besser gesagt, durch den Geist der Jerusalemer Straße in Berlin beschert wurde, ist weder ein Staat noch eine freie Republik — sondern ein Tummelplatz übervölkischer, durch und durch korrupter Partei- und Wirtschaftssysteme, die durch beutelüsterne Finanz- und Schieberkonzerne ihre aktivsten Triebkräfte erhalten.

Der ausschließliche Daseinszweck und Lebensinhalt eines normalen, unbeschnittenen Inwohners dieser Kolonie des internationalen Börsenbanditentums scheint heute doch nur noch in der Aufbringung und pünktlicher Ablieferung von Tributen an die wirklichen Inhaber dieser Kolonie zu bestehen. Wenn ganze Stände und Berufsgruppen heute unter der Last ihrer „demokratischen“ Würden und Freiheiten zusammenbrechen, so wird das als natürliche Folgerung der schlechten Wirtschaftslage zurecht frisiert. Die Republik zeigt diesen ihren Opfern nicht nur kalt den Rücken — ja sie findet an diesen Zuständen noch ein perverses Vergnügen, indem sie ihre republikanisch gedrillten Steuerbüttel auf diese ihre Opfer hetzt, damit ihnen durch Pfändungen in Schönheit und Würde noch die Knochen völlig kaputt geschlagen werden. Der gesamte aufgeblasene Macht- und Verwaltungsapparat der Weimarer Republik scheint überhaupt nur einen einzigen Daseinszweck zu besitzen, nämlich: den wirtschaftlichen Ruin ihrer Gebietsinsassen mit möglichster Beschleunigung zu bewerkstelligen.

Eine sogenannte öffentliche Meinung wird amtlicherseits künstlich zu züchten versucht. Durch Maulkorbgesetze wird jede Kritik und sei sie an sich noch so berechtigt, zu verhindern versucht. Planmäßig und systematisch wird das Volk durch Phrasen, pomphafte Feste usw. narkotisiert. Die Entwicklung des wirtschaftlichen Elends sucht man als eine zufällige, nur durch den unglücklichen Kriegsausgang beeinflußte hinzustellen.

Die immer weitere Kreise ziehende Not macht jedoch die Betroffenen immer mehr immun gegen all diese behördlichen Chloroformierungsversuche. Man glaubt eben nicht mehr an Zufälligkeiten. Aus den grollenden Massen werden immer mehr Stimmen laut, die schon zu behaupten wagen, daß dieser Ausplünderung und Verramschung ein raffinierter, wohldurchdachter, systematischer Plan zugrunde liegt.

Geht doch wie auf Kommando ein selbständiger Berufszweig nach dem anderen durch den „Geist von Weimar“ in der Republik vor die Hunde. Die Zahl der abhängigen Existenzen befindet sich in ständig aufsteigender Linie, während die Zahl der selbständigen Existenzen in dauerndem Zurückgehen begriffen ist. Die Verelendung und Verproletarisierung der wirtschaftlich entrechteten Massen, der Angestellten und des früheren Mittelstandes macht rapide Fortschritte, und das soziale Elend in den breiten Arbeitermassen nimmt trotz aller „sozialen Errungenschaften“ geradezu groteske Formen an.

Auch die Landwirtschaft, der wichtigste Produktionsfaktor eines normalen, gesunden Staatsorganismus, liegt ebenfalls auf dem Seziertisch der „Republik von Weimar“ und wird mit wahrer Virtuosität hier nach allen Regeln der Kunst sachgemäß geschunden.

Angesichts dieser Erkenntnisse wirkt die Jeremiade des Reichsernährungsministers in den letzten Tagen wie auch die bewegten rührseligen Klagelieder der Parlamentarier geradezu paradox.

Eine Erkenntnis, zumal, wenn sie falsch und nicht die entsprechenden Folgerungen zu ziehen gewillt ist, nützt gar nichts.

Die Zahl der Zwangsvollstreckungen bäuerlicher Anwesen betrug im Jahre 1924/1925 noch 525 mit einer Wirtschaftsfläche von 2200 ha, das Jahr 1926/27 sah bereits 2400 mit einer Fläche von 38 000 ha, auf der Gant. Für das Jahr 1929 liegt eine genaue Statistik landwirtschaftlicher Konkurse noch nicht vor — jedoch eines ist sicher: ihre Anzahl hat eine grauenvolle Höhe erreicht — und das Jahr 1930 wird sie weiter in schwindelhafte Höhen emporsteigen sehen.

Der landwirtschaftliche Eigenprivatbesitz ist, als Einheit gesehen, heute schon bis zu 60% seines Gesamtwertes belastet. Bedingt und begünstigt durch die jedes wirtschaftliche Maß übersteigende Höhe der Steuersätze, eine nicht den Erfordernissen der Landwirtschaft sich anpassende Schutzzollgesetzgebung, nimmt die Verschuldung immer riesigere Dimensionen an — so daß der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern liegt, in welchem der letzte freie Bauer von Hof und Scholle getrieben sein wird.

Noch nie hat der Grundstücksmarkt so geblüht wie gerade in dieser Zeit. An dem allgemeinen Verschleiß sind Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe gleichmäßig beteiligt. Weit entfernt davon, für den Großgrundbesitz eine besondere Lanze zu brechen, muß entgegen anderen Versionen diese Feststellung gemacht werden, da es in der Tendenz gewisser politischer Parteien liegt, gerade diese Tatsache in das Gegenteil umzufälschen, um damit klassenkämpferische Propaganda treiben zu können. Jene Parteien propagieren die Behauptung, der landwirtschaftliche Großgrundbesitz nehme innerhalb der Gesamtwirtschaft hinsichtlich seines wirtschaftlichen Zielstrebens anderen Besitzgruppen gegenüber eine Sonderstellung ein und werde daher von der allgemeinen Not der Landwirtschaft nicht berührt. Die Statistik des Verschleißes der Landwirtschaft straft diese tendenziöse Behauptung Lügen. Sie zeigt, daß heute Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe in gleichem Maße und Verhältnis Handels- und Schacherobjekt des jüdischen Grundstücksmaklertumes geworden sind, wie dies längst beim Zinshaus und Baugrundstück der Großstädte der Fall war.

Alle Abwehraktionen landwirtschaftlicher Berufsschutzverbände, diese Entwicklung aufzuhalten, sind wirkungslos verpufft. Sie erschöpfen sich in Demonstrationen und parlamentarischen Protesten. Mit Protesten aber rettet man kein dem Untergang entgegentorkelndes Volk. Diese Berufsverbände haben eines nicht erkannt, daß nämlich das Schicksal der deutschen Landwirtschaft unlöslich mit dem Schicksal des Gesamtvolkes verknüpft ist.

Die Lösung des landwirtschaftlichen Problems liegt nicht im Wirtschaftlichen, sondern im Politischen.

Der Kampf der landwirtschaftlichen Berufsverbände um die Existenz der Landwirtschaft war falsch — sowohl hinsichtlich seiner Taktik wie auch hinsichtlich seiner Fronteinstellung — er wurde gekämpft als Kampf eines Berufsstandes und nicht als Schicksalskampf eines Volkes. Der Kampf wurde auch nicht mit der notwendigen Energie und Konsequenz geführt.

Die Folgen dieses offensichtlichen Versagens der landwirtschaftlichen Berufsorganisationen äußern sich heute schon in der bedauerlichen Erscheinung, daß weite Kreise der Bauernschaft beginnen, in einen Zustand der Gleichgültigkeit und des Fatalismus zu verfallen, — ein Umstand, der sie in kürzester Zeit willensmäßig völlig gelähmt haben wird —, der aber auch die verheerendsten Folgen gezeitigt haben wird.

Systematisch, zielbewußt, mit meisterhafter Virtuosität wird der Bankerott der Landwirtschaft gefördert von den marxistisch-jüdischen Usurpatoren der deutschen Republik, die sich damit zum Handlager internationaler, antivölkischer Wirtschafts- und Finanzkräfte konzessioniert hat. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die Funktion der Republik, außenpolitisch gesehen, in der restlosen Befriedigung der unersättlichen Forderungen unserer ehemaligen Kriegsgegner und innerpolitisch gesehen, in der Vorbereitung einer sogenannten proletarischen Klassendiktatur besteht.

Das furchtbare Schicksal der russischen Landwirtschaft im System der sowjetistischen Klassendiktatur ist auch für das deutsche Bauerntum ein mahnendes Mene-Tekel, all diesen Bestrebungen klassenkämpferisch eingestellter politischer Machtgruppen gegenüber die Augen wach und die Ohren steif zu halten.

Die Beendigung der Inflation war der Anfang des Bauernelends. Schon damals war es das Finanzjudentum, welches die Geldknappheit der Landwirtschaft in erpresserischer Weise und in wucherischen Formen auszunützen begann. Die Rentenmark, die ihre Fundierung zur Hälfte der Landwirtschaft verdankte, und die sich zum Segen für das gesamte deutsche Volk hätte auswirken können, wurde der erste Nagel zum Sarge der deutschen Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft hatte im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen über die chaotischen wirtschaftlichen Zustände der Inflation hinweg ihre Substanz im wesentlichen zu erhalten vermocht. Durch die Schaffung der Rentenmark wurde die deutsche Landwirtschaft mit einer Zwangsschuld in Höhe von 1,6 Milliarden belastet, für welche sie auch den Zinsendienst zu leisten hatte. Jedes land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstück wurde dabei durch eine Zwangshypothek in Höhe von 4 Prozent seines Vorkriegswertes (Wehrbeitragswert) belastet, und der Besitzer hatte für diese Schuld 5 Proz. Zinsen als „Rentenbankzinsen“ zu entrichten.

Fortsetzung folgt.

Kauft nur deutsche Waren!

Soeben erschien das neueste Heft der „Nationalsozialistischen Bibliothek“ (Herausgeber G. Feder, M. d. R.)

Heft 14: Der Young-Plan in 67 Fragen u. Antworten Von Dr. A. Pfaff

Umfang 100 Seiten / Preis kart. M. 1.20

Vorwort des Herausgebers Dipl.-Ing. G. Feder:

Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan liegen hinter uns. Rund 6 Millionen deutscher Männer und Frauen haben der Versklavung unseres deutschen Volkes ein klares Nein entgegengesetzt durch ihr „Ja“ zum Freiheitsgesetz. Über 30 Millionen deutscher Wähler haben aus politischer Interesselosigkeit oder falsch unterrichtet über die grauenvollen Folgen einer Annahme des Young-Planes sich an dem Volksentscheid nicht beteiligt. An diesen 30 Millionen gilt es Aufklärungsarbeit zu leisten. Bei der Scheu der meisten Deutschen, sich ernsthaft mit ihrem eigenen Schicksal zu befassen, ist diese Arbeit doppelt wichtig. Zu der ebenso großen Sucht der meisten Deutschen, alle möglichen Einwendungen zu erheben, die von keinerlei Sachkenntnis getrübt sind, ist gerade die Frage- und Antwortform vorliegender Abhandlung von Pg. Dr. Pfaff vorzüglich geeignet.

Die strenge Sachlichkeit vorliegender Arbeit gibt jedem unserer politischen Kämpfer die Möglichkeit, den Vernebelungskünsten unserer Gegner aufs schärfste u. vollkommen unwiderleglich entgegenzutreten.

Auf diese 67 Fragen gibt die Schrift Antwort!

1. Welche Aufgaben hatte der Sachverständigenausschuß?
2. Wie hat der Sachverständigenausschuß seine Aufgabe gelöst?
3. Wurde die Rechtsfrage geprüft?
4. Haben politische Erwägungen eine Rolle gespielt?
5. Wurde die deutsche Leistungsfähigkeit geprüft?
6. Durften die deutschen Sachverständigen den vorliegenden Text des Planes unterschreiben?
7. Wann soll der Young-Plan in Kraft treten?
8. Welche Übergangsbestimmungen sind vorgesehen?
9. Welche Zahlungen hat Deutschland zu leisten?
10. Wie sind die Deutschland auferlegten Zahlungen berechnet?
11. Nach welchen Gesichtspunkten sind die deutschen Zahlungen unterteilt?
12. Welche Zahlungen sind von der Deutschen Reichsbahn zu leisten?
13. Welche Sicherheiten hat die Reichsbahn zu geben?
14. Inwiefern wird die Reichsbahn durch den Young-Plan entlastet bezw. stärker belastet?
15. Welche Verpflichtungen legt der Young-Plan der deutschen Industrie auf?
16. Welche Haushaltszahlungen sind vorgesehen?
17. Welche Sicherheiten hat Deutschland für die vorgeschriebenen Haushaltszahlungen zu leisten?
18. Inwiefern wird der deutsche Haushalt durch den Young-Plan entlastet bezw. stärker belastet?
19. In welcher Form zahlt die Reichsbahn?
20. In welcher Form zahlt die deutsche Regierung?
21. Haftet Deutschland nach Erfüllung seiner Zahlungspflicht für den Goldwert der Reichsmark?
22. Sind die Haushaltszahlungen ausschließlich in Geld zu entrichten?
23. Wie werden die deutschen Sachlieferungen auf die fremden Länder verteilt?
24. In welcher Weise werden die Sachlieferungen abgerechnet?
25. Wie hoch werden spätere Generationen durch den Young-Plan belastet?
26. Welche Bestimmungen enthält der Young-Plan über die Reichsbank?
27. Welche Bestimmungen enthält der Young-Plan über den sogenannten Wohlstandsindex?
28. Hat Deutschland außerhalb des Young-Planes noch andere sogen. Reparationszahl. zu leisten?
29. Wie verhalten sich d. deutschen Zahlungsverpflicht. n. d. Young-Plan i. Verhältnis z. Dawes-Plan?
30. Wie wirkt sich der Young-Plan auf die deutsche Besteuerung aus?
31. An welche Stelle soll Deutschland seine Zahlungen leisten?
32. In welchen Raten hat Deutschland zu zahlen?
33. Womit wird die Schaffung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich begründet?
34. Welche Vorteile bietet die Bank?
35. Wo befindet sich der Sitz der Bank?
36. Wer bildet das Direktorium der Bank?
37. Welche Rechte und Pflichten hat das Direktorium der Bank?
38. Wem untersteht das Direktorium der Bank?
39. Welche Rechte und Pflichten hat der Geschäftsführer der Bank?
40. Welche Aufgaben hat der Organisationsausschuß?
41. Welche Aufgaben hat das Organisationskomitee?
42. Welche Aufgaben hat der Beratende Sonderausschuß?
43. Wie hoch ist das Gesellschaftskapital der Bank?
44. Wer übt bei der Bank das Stimmrecht aus?
45. Welchen steuerlichen Verpflichtungen unterliegt die Bank?
46. Welche Zahlungen muß Deutschland in normalen Zeiten an die Bank abführen?
47. In welcher Währung muß Deutschland in normaler Zeit an die Bank bezahlen?
48. Welche Schutzmaßnahm. sind f. d. Fall vorgeseh., d. Deutschl. keine fremde Währ. beschaff. kann?
49. Welche Bedeutung hat der Transferschutz?
50. Welche Bedeutung kommt dem Zahlungsaufschub zu?
51. Wie wirkt sich die vorgesehene unparteiische Untersuchung aus?
52. Rechnet der Young-Plan überhaupt mit einer Erfüllung der deutschen Verpflichtungen?
53. Hängt die Erfüllung der von Deutschl. zu übernehm. Verpflichtungen nur von Deutschl. ab?
54. Wie denkt sich der Young-Plan die Abwicklung des Vertrages?
55. Wie wickelt sich der Young-Plan bis zum ersten Transferschutz ab?
56. Was geschieht nach Ankündigung eines Transferaufschubes?
57. Wie wickelt sich der Young-Plan während des Transferschutzes ab?
58. Was versteht der Young-Plan unter Kommerzialisierung und Mobilisierung?
59. Hat der Young-Plan die Kommerzialisierung tatsächlich durchgeführt?
60. Wie erfolgt nach dem Young-Plan die Mobilisierung?
61. Werden die deutschen Zahlungen sofort an die Gläubigermächte verteilt?
62. Wann und wie erfolgt die Verteilung der deutschen Zahlungen?
63. Wie groß ist das Arbeitskapital der Bank?
64. Wie werden die Bankgewinne verteilt?
65. Welche Herabsetzung d. letzten 22 Annuitäten kann Deutschl. v. d. Bankgewinnen erwarten?
66. Welche finanz. Erleichterungen hat Deutschl. d. ein. etwaig. Kriegsschulden-Nachlaß zu erwarten?
67. Wohin führt der Young-Plan?

Den ständigen Beziehern der „Nationalsozialistischen Bibliothek“ geht das Heft in diesen Tagen zu. „Der Young-Plan“ ist durch jede deutsche Buchhandlung und durch den Verlag zu beziehen.

Verlag Frz. Eher Nachf., München 2, NO., Thierschstr. 11/15 Postscheckkonto München 11346

Prima Schleswig-Holsteinische
Molkerei-Butter
mit vielen Ehrenpreisen versendet täglich frisch, in 5-, 6- u. 9-Pfd.-Paketen zum jeweiligen Tagespreis, heute 9 Pfd. franko M. 17.90. Pg. S.A.-Mann H. Dittmann, Dampfmolkerei, Damlos bei Lensahn (Ostholstein).

Kaufhaus Schlögel
Augsburg
Gute Ware!
Billig durch Großeinkauf
Grüne Marken.
Lange Gasse und Frauenthorstr.

Photo Entwickeln Kopieren Vergrößern Alles für den **Amateur**
Alle Apparate Zubehör/Platten Papiere
PHOTOHAUS HOFFMANN
Ecke Theresienstraße-Amalienstraße (i. Hause Café „Stefanie“)
Parteigenossen 10% auf sämtliche Photoarbeiten.
Bis 10 Uhr Ihre Aufnahmen gebracht, bis 6 Uhr kopiert.

Ihren
Ulster oder Paletot
kaufen Sie zu billigsten Preisen nur bei
Jung, Augsburg
nur Wertachstraße 1½

Verlangt in allen Gasthöfen u. Restaurants unsere **Zeitung!**

Nach dem 24. Januar erhebt die Post eine Nachgebühr von 20 Pfennig!

Post-Bestellschein

Für nachbenannte Bezugszeit bestellt

Herr ....

Frau

(Straße und Nr.) ....

Exemplar	Benennung der Zeitung	Bezugszeit (Monate)						Bezugsbetrag
1	Völk. Beobachter München Reichs-Ausgabe	I	II	III	IV	V	VI	monatlich 3.20 Mark
		VII	VIII	IX	X	XI	XII	zuzüglich 36 Pfennig Einweisungsgebühr

Quittung

Obige .... Mark .... Pf. sind richtig bezahlt.

Post-Annahme

Ort: ....

Datum: ....

Bei der Post bestellen und dort einzahlen

Herren- und Damen-Konfektion sowie Leib- u. Bettwäsche Strickwaren usw.
Auf Teilzahlung
erhalten Sie bei bequem. Wochen- oder Monatsraten zu billigsten Preisen
Jos. Attenberger
Augsburg, Phil.-Welser-Str. D 275,
1. Stock, Pillhoferhaus, Fleischwarenfabrik

Verlags- und Versandbuchhandlung mit ausgedehntem treuen Kundenstamm übergibt für West- und Süddeutschland
Alleinvertretung
an nur fleißigen, seriösen, völkischen Herrn oder Dame. Zur Übernahme sind unbedingt M. 10 000 erforderlich, deren Nachweis erbracht werden muß. Monatliche Verdienstmöglichkeit von M. 500—900 nachweislich. Nur ernsthafte Interessenten wollen Anfrage unter Nr. 10337 an den „V. B.“ richten.

Zum 1. März
Lehrstelle
frei auf anerkannter Kammerlehrwirtschaft, nach 2 Jahren Kammerprüfung. Pg. oder Hitlerjugend. Herdbuchzucht, Saatbau, Forst, Wiesenbau und Geflügelzucht, 300 Morgen. Desgleichen ordentliches
Hausmädchen
für Haus und Garten, hoher Lohn, teilweise Familienanschluß. G. Buning, Lulle (Post Bippen in Hann.)

S.A.-Mann, 29 Jahre alt, sucht Stellung als
Chauffeur
gleich welcher Art (Reisechauffeurstelle bevorzugt), besitzt den Führerschein in sämtlichen Klassen, und ist staatl. geprüft als Motorführer, 3jährige Fahrzeit mit guten Zeugn., und sicherer Fahrer auf allen Straßen. Kann auch noch als Reis. oder sonst für alle Arb. verwendet werden. Offerten unter 10374 an den „V.B.“

Musik Musik
Alles was Sie an Musik gebrauchen, ob Noten, Musikinstrumente aller Art, Sprechmaschinen, Elektrola und die neuesten Platten, Trommeln, Pfeifen, Pianos, Harmoniums. Billigste Bezugsquelle bei Hugo Reiber, Heidelberg, Brückenstr 8
Musik Musik

10 n. Rosen . . . . . 4 M.
25 n. Rosen . . . . . 8 M.
50 n. Rosen . . . . . 15 M.
10 Johannisb. . . . . 4 M.
25 Johannisb. . . . . 8 M.
10 Schlingrosen . . . 6 M.
10 Himbeerruten . . . 1 M.
100 Erdbeeren Ia . . 4 M.
Baumschulen J. Schlinck, Pg., Mettmann (Rhld.)

Behaglich möbliertes
Zimmer
ein- u. zweib., f. jede Zeitdauer zu vermieten. Kaulbachstraße 71/1

Verk. Burg
für Erholungsheim, Café, Wohnvilla. Vermiete leere, zwangsfr. Wohnungen, Park, Autogar. E. Munk, B.-Baden, Sonnenburg, Schloßberg

Radio
Nora Netzanschl. (3-R.-Empfänger) m. Lautspr. (Membra), tadell. Empf., (neu), zu verkauf. Preis 160 M. F. Herrmann, Augsburg, Thelottstraße 15/1

5000 M.
werden v. einem Pg. u. S.A.-Mann auf 2 Mon. bei gutem Zins gesucht. Off. u. 10378 a. d. „V.B.“

Streng reell
Parteigenosse sucht
M. 1000.—
zur Erweit. sein. gutgeh. Geschäftes geg. gut. Zins u. Extravergüt. auf etwa 1 Jahr von Selbstgeber. Genügend Aufträge vorh. Off. u. 10372 a. d. „V.B.“

Gegen
Arterienverkalkung
nur
Revirol RM. 3.50
„Ich bin der Überzeugung, daß Revirol eine immer größere Beachtung finden wird!“ Geh Med Rat Prof. Dr. med. R. in L.
Alleinhersteller
P. Feigenauer & Co.
Chem. pharmaz Laboratorium
Erfurt.
„Gehirnblutungen — Aerzte alles aufgegeben — ¾ Jahre „Revirol“ genommen, Erfolg blieb nicht aus. Meine Frau fühlt sich wieder sehr wohl.“ Th. L., Dresden 23

Geb., junges Mädchen sucht Stelle als
Sprechstundenhilfe
b. Zahnarzt od. Arzt. Off. u. 10379 an den „V. B.“

Schneidergehilfe
18jähr., sucht sich zwecks weiterer Ausbildung zu verändern. Ang. erbittet Joh. Haas, Alfeld bei Hersbr. Nr. 81

Gärtnergehilfe
22 J., sucht Stelle in gem. Betrieb. Off. unter 10381 an den „V. B.“

Zahle 300 RM.
demjenigen, welcher mir eine Stelle nachweist, nach Abschluß. S.A.-Mann, verh., 29 Jahre alt, Forstmann und Jäger (2 Kind.), Forstschule mit „gut“ absolviert, Ehrendiplom vom Allgem. Deutschen Jagdschutz-Verein, gute Zeugnisse. Übernehme auch ähnliche Beschäftigung. Offerten unter 10345 an den „V. B.“

Empfehlenswerte Gaststätten

München

Gasthaus „Gartenlaube“
Blutenburgerstr. 106 (Straßenbahnlinie 1, 4, 11, Hindenburgplatz) — Spatenbräubier, vorzügliche bürgerliche Küche, schöner Garten. Lokal der S.A. Telephon 63615.

Weinhaus 's Klauserl Hochbrückenstraße 14
Tel 28768. Nähe Hofbräuhaus. Mittwoch u. Samstag großer Faschingsrummel. U-Boot-Klauserl mit Polizeistundenverlängerung und Tanz. Eintritt frei. Inh.: Hans Sachsenhauser

„Konditorei-Café Fischer“
Adalbertstr. 41a (nächst Ecke Barerstr.), Trambahn-L. 10 u. 20, Tel. 27972. Gemütliches Tages- u. Abend-Café. Gut bürgerlicher Mittagtisch M. 1.—. Samstag und Sonntag fidele Faschingsveranstaltungen mit Tanz. Parteiblätter liegen auf.

Nürnberg

„Batzenhäus'l“ Altdeutsche Wein- u. Bierstube - Jakobstraße 50 (hinter der Jakobskirche). Telephon 25893. Spez. Tiroler Weine sowie Pfälzer Weine. Bier von der Stadtbrauerei Roth - Champagner-Weizenbier - Jeden Dienstag Metzelsuppe
Georg Steichele

Wild-West Völkische Gaststätte, Rosengasse 20 - Bes. Zacharias Wenze - Tel. 27424 - Guten bürgerlichen Mittagtisch. Reichhaltige Abendkarte, ff. Biere, gut gepflegte Weine, Tee und Kaffee mit ff. Gebäck. Treffpunkt aller Nat.-Soz. in Nürnberg.

Lia Teufel „Georgi-Ritter“, Hummelsteinerweg 8 - Speiserestaurant - Vom Hauptbahnhof, Südausgang, in 5 Min. erreichbar. Treffpunkt aller Nationalsozialisten - ff. Biere, Weine, Kaffee usw. - Jeden Freitag Metzelsuppe - Samstag und Sonntag Konzert - Aufmerksame Bedienung.

Augsburg

Gaststätte Café Schachamayer
Restaurateur Leonhard Zach. Vereinshaus des D.H.V. - Treffpunkt der N.S.D.A.P. — „V. B.“ liegt auf. Säle und Nebenzimmer im 1. und 2. Stock.

Bad Kreuznach

Schwarz-weiß-rot Hotel Feßner, Steingasse 6. Zentralheizung, fließend Wasser. Parteilokal d. Nationalsozialisten

Besuchen Sie diese Gaststätten!

Dieser Raum darf nicht beschrieben werden! Eingang-Stempel

Gutschein Nr. 4 (Der Gutschein hat 7 Tage Gültigkeit.) Der Einsender dieses Gutscheines ist berechtigt, in unserem Blatte „Völk. Beobachter“ eine Gelegenheitsanzeige (Stellengesuche, -Angebote usw., ausgeschlossen sind reine Geschäftsanzeigen) in der Höhe von 20 mm einspaltig (7 Petitzeilen) aufzugeben, gegen Einsendung der Einschreibgebühren von 40 Pf. Für größere Inserate ist der entsprechende Zuschlag (5 Pf. pro mm-Zeile) durch Einsendung des Betrages im Brief oder auf Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G.m.b.H., München, 11346 oder durch Postanw. an Verlag „Völk. Beob.“, München, Thierschstr. 11, zu bezahlen. Wir bitten dabei anzugeben: „Zuschl. auf Gutschein Nr. 4“. (Belegexempl. können nicht versand. werden.)

Verlag „Völk. Beobachter“, Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., Anz.-Abt. Thierschstr. 11

Text ....

....

....

....

Deutlich schreiben

Name ....

Wohnort ....

Straße Nr. ....

4